



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Normalisierung des rechtspopulistischen
Migrationsdiskurses?
Eine vergleichende qualitative Analyse der Wahlkämpfe der
neuen Volkspartei und der FPÖ zur österreichischen
Nationalratswahl 2019

verfasst von / submitted by

Milena Pieper

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for
the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it
appears on the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich allen danken, die mich bei der Erstellung dieser Arbeit unterstützt haben. Ganz besonderer Dank gilt meiner Betreuerin Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger, die mir mit ihrer fachlichen Kompetenz und ihrem Engagement stets zur Seite stand und mich in meiner Begeisterung für das Thema der Arbeit bestärkt hat.

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig angefertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.



Wien, 17. November 2020

Milena Pieper

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1.Problembeschreibung	1
1.2.Forschungsvorhaben und Fragestellungen	2
1.3.Leitende Thesen	3
1.4.Aufbau der Arbeit	4
2. Stand der Forschung: Die These der Normalisierung	5
3. Rechtspopulismus	11
3.1.Ansätze der Populismusforschung	11
3.2.Rechtspopulismus	14
3.3.Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ	20
4. Die neue Volkspartei (ÖVP)	28
5. Migration und Migrationsdebatte in Österreich	31
5.1. Einwanderung und Migrationspolitik nach 1945	31
5.2. Die (politische) Debatte um Migration	34
6. Der Fall: der Wahlkampf zur österreichischen Nationalratswahl 2019	43
6.1.Die Wahl	43
6.2.Die FPÖ im Wahlkampf 2019	44
6.3.Die ÖVP im Wahlkampf 2019	45
7. Methoden und Material	46
7.1.Der Diskursbegriff	46
7.2.Der Diskurshistorische Ansatz	47
7.3.Material	51
8. Ergebnisse: Inhalte, Argumentationsstrategien, sprachliche Mittel	54
8.1.Migration im FPÖ-Nationalratswahlkampf	54
8.2.Migration im ÖVP-Nationalratswahlkampf	59
9. Vergleich und Diskussion: Normalisierung des rechtspopulistischen Migrationsdiskurses?	67

10. Zusammenfassung und Ausblick	74
11. Quellenverzeichnis	76
11.1.Literatur	76
11.2.Onlinequellen	84
12. Anhang	88
12.1.Abstract deutsch	88
12.2.Abstract englisch	88
12.3.Tabellen Analyse	90
12.4.Material Analyse	121

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Ergebnisse der Nationalratswahl 2019	44
Abbildung 2: Forschungsstrategien der KDA und ihre theoretischen Grundlagen	48
Tabelle 1: Analyseebenen und Subfragen	51

Abkürzungsverzeichnis

BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
DHA	Diskurshistorischer Ansatz
EU	Europäische Union
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
KDA	Kritische Diskursanalyse
NRW	Nationalratswahl
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
VdU	Verband der Unabhängigen

„Zu den Folgen der *Normalisierung rechtspopulistischer Politik* gehört, dass sich fast das gesamte politische Spektrum nach rechts verschiebt.“ (Wodak 2016: 207, Hervorh. im Original)

1. Einleitung

1.1.Problembeschreibung

Im Wahlprogramm „Unser Weg für Österreich. 100 Projekte.“, mit dem die türkise Volkspartei (ÖVP) zur vorgezogenen Nationalratswahl (NRW) in Österreich am 29. September 2019 antrat, wird den Themen „Asyl & Migration“ eine große Bedeutung zugemessen (Die neue Volkspartei 2019). In den sozialen Medien wird (illegale) Migration im Wahlkampf der Partei mehrfach als Gefahr für Europa beschrieben (Die neue Volkspartei 2020).

Zur Debatte um Migration in Österreich sind in der politikwissenschaftlichen Literatur zwei zentrale Argumentationsstränge auszumachen: Migration wird zum einen als klassisches Thema rechtspopulistischer Parteien eingeordnet (Pelinka 2002b: 285), die in Österreich durch die Freiheitliche Partei (FPÖ) vertreten sind. Es war die FPÖ, die dieses Themenfeld seit den 1990er Jahren politisiert und europaweit als Anti-Einwanderungs-Partei von sich Reden gemacht hat. In der jüngsten Zeit wird zum anderen eine *Normalisierung rechtspopulistischer Themen* im politischen Mainstream beschrieben (Liebhart 2019). Normalisierung besagt Wodak zufolge, dass *Inhalte, Argumentationsstrategien* sowie *Sprache und Rhetorik*, die ursprünglich ausschließlich die FPÖ nutzte, zunehmend auch von anderen Parteien verwendet und so normalisiert werden. Rechtspopulismus sei so in der Mitte der österreichischen Politik angekommen (Wodak 2015a, 2018).

Die Perspektive der Normalisierung rückt Inhalte und Strategien in der Migrationspolitik von Mainstream-Parteien wie der ÖVP in den Mittelpunkt meines Forschungsinteresses. Sie ermöglicht eine Analyse des Migrationsdiskurses, die über die Herangehensweise hinausgeht, diesen bei rechtspopulistischen Parteien zu verorten. Die neuesten Analysen von Normalisierungsprozessen im österreichischen Kontext beziehen sich auf die NRW 2017 und die Europawahl 2019 (Liebhart 2019; Wodak 2018). Nachdem

die ÖVP 2017 eine Regierungskoalition mit der FPÖ eingegangen war, platzte diese im Mai 2019 in Folge des sogenannten „Ibiza-Skandals“ (Oltermann 2019). Der Annahme folgend, dass die konservative Volkspartei nach diesen Ereignissen einmal mehr daran interessiert war, Wähler*innen von der FPÖ zurückzugewinnen, soll am Beispiel des polarisierenden Themas Migration genauer untersucht werden, **wie** die Partei dieses im Wahlkampf kommuniziert. Dazu wird das Wahlprogramms der ÖVP einer detaillierten qualitativen Analyse unterzogen und mit dem Wahlprogramm der rechtspopulistischen FPÖ verglichen. Das Setting des Wahlkampfes ist besonders interessant, da rechtspopulistische Elemente bei nicht-rechtspopulistischen Parteien vor allem im Wahlkampf zu beobachten sind (Caballero 2016: 3).

1.2.Forschungsvorhaben und Fragestellungen

Gegenstand der Forschung ist der Wahlkampfdiskurs zur NRW 2019 zum Thema Migration, untersucht anhand folgender empirischer Fragestellung sowie anschließender, zur Operationalisierung dienender Subfragen: **Wie kommuniziert die ÖVP/die FPÖ das Thema Migration im Wahlkampf der Nationalratswahl 2019?**

- Welche Inhalte werden thematisiert? Mit welchen Themen/anderen Politikfeldern wird das Thema Migration verknüpft?
- Welche Argumentationsstrategien sind erkennbar? Welche Akteur*innen kommen wie vor? Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen oder Personengruppen? Wie werden Handlungen dargestellt? Wie wird argumentiert, um bestimmte Handlungen/Maßnahmen zu legitimieren? Aus welcher Perspektive erfolgen diese Argumentationen?
- Welche sprachlichen Mittel werden angewandt? Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet? Welche expliziten oder impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?

Eine Analyse auf den drei am Diskurshistorischen Ansatz orientierten Ebenen *Inhalt*, *Argumentationsstrategien* und *sprachliche Mittel* bildet die Grundlage, um rechtspopulistische Elemente zu erkennen, die Thematisierung von

Migration vergleichend zu erheben und zu diskutieren. Untersucht wird, ob eine Verschiebung des politischen Diskurses festzustellen ist und wie diese erfolgt, um so eine Antwort auf die Fragen zu geben, **ob und wie eine Normalisierung des rechtspopulistischen Migrationsdiskurses im politischen Mainstream stattfindet**. Das Forschungsdesign ist deskriptiv und enthält eine komparative qualitative Analyse des ausgewählten Materials der beiden Parteien. Die Fragestellungen sind aus dem in Kapitel 2 dargestellten Stand der Forschung entwickelt worden.

1.3. Leitende Thesen

Die Arbeit basiert auf der Annahme, dass die ÖVP eine *Normalisierung rechtspopulistischer Inhalte, Argumentationsstrategien und Sprache* betreibt und sich weiter rechts positioniert, um Stimmen zu gewinnen (Bale 2003, Downs 2001, zit. nach Gruber 2014: 40; Pelinka 2019: 153-154; Wodak 2018: 333). Nach dem Scheitern der Regierung im Mai 2019 ist davon auszugehen, dass die Konkurrenz zwischen ÖVP und FPÖ stark ausgeprägt ist. Eine Anpassung der Kommunikation zum Thema Migration der ÖVP an die FPÖ ist zu erwarten. Rechtspopulismus ist nicht nur bei der FPÖ, sondern auch bei der ÖVP zu finden.

Die These basiert auf in der politikwissenschaftlichen Literatur formulierten Annahmen beziehungsweise empirischen Beobachtungen. Dazu zählt die These des „Ansteckungseffektes“:

The „contagion of the right“ thesis suggests that after a national election where a radical right party registers a sharp gain in their share of votes and/or seats, then in subsequent elections other mainstream parties in the same country who may feel threatened will respond (particularly parties on the center-right) by moving their own position further rightwards. (Norris 2005: 266)

Dies gilt nicht nur für Mitte-Rechts-Parteien wie die ÖVP, sondern auch für das Thema Migration: „For center-right parties, the expected response to anti-immigrant politicization is an accommodative (converging) strategy combined with increased salience of the issues.“ (Gruber 2014: 40).

Einige Autor*innen nehmen an, dass Mainstream-Parteien des rechten Spektrums teilweise sogar stärker verantwortlich seien für die Entwicklung hin

zu einer Anti-Einwanderungshaltung als rechtspopulistische Parteien (Bale 2008, zit. nach Mudde 2013: 12).

1.4.Aufbau der Arbeit

In Kapitel 2 wird der Stand der Forschung zur These der Normalisierung beschrieben, dabei wird auch auf die entgegenstehende Annahme der „Zähmung“ rechtspopulistischer Parteien eingegangen. Kapitel 3 widmet sich dem Rechtspopulismus, der dieser Arbeit als theoretische Grundlage zugrunde liegt. Er dient der Einbettung des Forschungsvorhabens in einen theoretischen Kontext und gibt der Arbeit eine Perspektive. Nach einer Einführung in Ansätze der Populismusforschung werden zentrale Ideologien, Themen und Strategien rechtspopulistischer Parteien herausgearbeitet, um aufzuzeigen, was Rechtspopulismus ausmacht. Es folgt ein weiteres Unterkapitel zum Rechtspopulismus in Österreich und den Policy-Positionen der FPÖ. Kapitel 4 stellt die ÖVP als zentrale Akteurin dieser Arbeit vor. Kapitel 5 und 6 dienen der Kontextualisierung des Forschungsvorhabens. Kapitel 5 enthält eine kurze Chronologie der Einwanderung und Migrationspolitik in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg sowie eine detaillierte Beschreibung der österreichischen Debatte um Migration. In Kapitel 6 wird mit der Nationalratswahl 2019 und den beiden Parteien FPÖ und ÖVP im Wahlkampf der unmittelbare Kontext beschrieben. In Kapitel 7 wird in die Kritische Diskursforschung eingeführt und der Diskurshistorische Ansatz sowie dessen Anwendung in meiner Arbeit vorgestellt. Das Material wird beschrieben. Kapitel 8 enthält die Ergebnisse der Analyse. Darauf folgt in Kapitel 9 ein Vergleich von ÖVP und FPÖ, um schließlich die Frage nach der Normalisierung eines rechtspopulistischen Migrationsdiskurses in Österreich zu diskutieren. Dazu werden die Ergebnisse in Theorie und Kontext eingebettet und so entsprechend eingeordnet. In Kapitel 10 folgen eine abschließende kurze Zusammenfassung sowie ein Ausblick.

2. Stand der Forschung: Die These der Normalisierung

Mit dem Erfolg rechtspopulistischer Parteien haben sich in europäischen Demokratien verschiedene Strategien herausgebildet, mit denen andere Parteien auf diese Entwicklung reagieren: Sie reichen von einem Ausschluss beziehungsweise einer Isolation rechtspopulistischer Parteien wegen ihrer Inkompatibilität mit demokratischen Werten über eine Kooperation, etwa durch das Einbeziehen in Regierungsverantwortung, bis zu einer Imitation rechtspopulistischer Politik (Decker/Lewandowky 2017: 36; Kallis 2013: 57; Minkenberg 2017; Pelinka 2013: 17; Rosenberger 2005: 46). Daran anknüpfend stellte der Populismusforscher Cas Mudde in seinem Beitrag „The populist Zeitgeist“ von 2004 die These einer „combined strategy of exclusion and inclusion“ auf, nach der Mainstream-Parteien populistische Themen und Rhetorik inkludierten, um populistische Akteur*innen von politischer Macht auszuschließen (Mudde 2004: 563). Andere Autor*innen vertreten die These der *Normalisierung*, die im Folgenden vorgestellt wird.

Bis in die 1980er Jahre wurde in Österreich die Strategie der Isolation der nationalistischen, nicht als koalitionsfähig angesehenen FPÖ verfolgt. Es war die SPÖ, auf Bundesebene als erstes mit dieser brach: Von 1983 bis 1986 regierte sie mit der zunehmend populistischen FPÖ, später folgten Regierungskoalitionen der ÖVP mit der FPÖ beziehungsweise dem von dieser abgespalteten Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) zwischen 2000 und 2006 und von 2017 bis 2019 (Belafi 2017: 378-379; Riedlsperger 1998: 39). Grüne und Liberale hielten an einer Ausgrenzung fest (Fallend/Heinisch 2016: 329-330) und auch die SPÖ kehrte zu dieser zurück, als Jörg Haider im Jahr 1986 die Führung der Partei übernahm (Art 2007: 342). Konsequenterweise eingehalten wurde die Isolation allerdings nicht, es folgten weitere Kooperationen auf Regional- und Landesebene (ebd.).

Zunehmend ist eine Imitation beziehungsweise Übernahme rechtspopulistischer Forderungen durch andere Parteien zu beobachten. So zeigte sich insbesondere in der jüngeren Vergangenheit der Versuch von ÖVP und SPÖ, Inhalte der FPÖ zu übernehmen, um deren Wähler*innen zu erreichen (Pelinka 2019: 153-154). Dem Politikwissenschaftler Anton Pelinka zufolge beabsichtigen die Parteien des rechten und linken Mainstreams, als

„FPÖ light“ dieser den Alleinvertretungsanspruch auf bestimmte rechtspopulistische Positionen zu nehmen (ebd.: 155). Dies zeigte sich etwa in Verschärfungen des Fremdenrechtes oder im Versuch, die Gleichstellung von EU-Bürger*innen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Familienbeihilfe zu relativieren (Breitegger et al. 2017, zit. nach Pelinka 2019: 153).

Die These der *Normalisierung* aus der linguistischen Diskursforschung geht einen Schritt weiter: Sie besagt, dass durch „die Enttabuisierung und Akzeptanz früher tabuisierter Inhalte wie Äußerungsformen“ eine Verschiebung des politischen Diskurses und politischer Forderungen nach rechts erfolgt (Wodak 2018: 324). Dies geschieht, indem zunächst von bestimmten (marginalisierten) Gruppen vorgebrachte Forderungen auch von anderen Akteur*innen übernommen und zur Normalität werden (Wodak 2015a: 29). Es setzt ein Gewöhnungseffekt ein, der mit der Akzeptanz sich kontinuierlich ändernder Normalitäten im politischen Diskurs einhergeht (ebd.; Schulz 2019: 12). Die Auswirkungen zeigen sich in der Bandbreite der Parteien: „Zu den Folgen der *Normalisierung rechtspopulistischer Politik* gehört, dass sich fast das gesamte politische Spektrum nach rechts verschiebt.“ (Wodak 2016: 207, Hervorh. im Original).

Der Wettbewerb zwischen rechtspopulistischen beziehungsweise rechtsradikalen und Mitte-Rechts-Parteien rückt in den Mittelpunkt der Forschung. Die Rede ist von einer Normalisierung, „Mainstreaming“ (Kallis 2013) oder dem „Ansteckungseffekt“ (Gruber 2014: 36; Norris 2005: 266), der von rechtspopulistischen Parteien ausgeht. Luis Caballero zufolge kann Rechtspopulismus als „Motor“ wirken, der andere politische Akteur*innen nach rechts treibt (Geden 2006: 44ff, Hillebrand 2015: 7ff, Staud/Radke 2012: 11ff, zit. nach Caballero 2016: 3). Dies gilt insbesondere für die Migrationspolitik (siehe 1.3. *Leitende Thesen*). In der Folge werden zuvor undenkbare und als Tabu eingestufte Forderungen von einer breiteren Masse akzeptiert (Kallis 2013: 57).

Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak und die Politologin Karin Liebhart beobachten die Dynamik der Normalisierung ebenfalls vor allem bei der ÖVP (Liebhart 2019; Wodak 2015a,b, 2018). Konkret beschreibt Wodak, wie „sich die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) zu einer rechtspopulistischen

Partei normalisiert (hat) und Themen wie Vorschläge der rechtsextremen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) übernimmt“ (Wodak 2018: 324). Zentral für den Prozess der Normalisierung ist neben der Übernahme der Inhalte, die Art und Weise, wie diese präsentiert werden. Andere Parteien bedienen sich rechtspopulistischer Sprache und Rhetorik (Pelinka 2019: 133-134). Die Bedeutung von Begriffen kann sich durch Rekontextualisierung verändern (Rheindorf/Wodak 2018; Wodak 2015a: 28-29, 2018). Empirische Studien zeigen, wie sich einzelne Begriffe wie etwa „Integrationsunwilligkeit“, die jahrelang von der FPÖ verwendet wurden, normalisiert haben (Wodak 2015a: 34). Die „Grenzen des Sagbaren“ haben sich Wodak zufolge signifikant verschoben (Wodak 2018: 324). Dies gilt insbesondere für Forderungen in der Migrations- und Grenzpolitik (Wodak 2017: 46-47, 2018: 332) und zeigte sich in Folge der Migrationsbewegungen im Spätsommer 2015: Für diesen Zeitraum wird eine Übernahme wesentlicher Forderungen sowie der Rhetorik der FPÖ durch die ÖVP beschrieben. Die ÖVP sei unter Berufung auf ökonomische Argumente zum Mitläufer der FPÖ geworden und habe deren Politik imitiert (Rheindorf/Wodak 2018: 33). Insgesamt wird „die Normalisierung der Bewertung von MigrantInnen als Bedrohung der inneren Sicherheit und Belastung des Sozialstaats und Bildungswesens“ als länderübergreifende Entwicklung ausgemacht (Rheindorf 2017, Wodak 2015a,b, zit. nach Wodak 2018: 324).

Besondere Aufmerksamkeit erhalten in der jüngeren Literatur die ÖVP-FPÖ-Koalition von 2017 bis 2019 sowie der vorangegangene Wahlkampf: Zahlreiche Autor*innen vertreten die These, die NRW habe zu einem Rechtsruck der österreichischen Politik geführt (Liebhart 2019: 94-95; Rosenberger/Gruber 2020). Eine Normalisierung des Rechtspopulismus wurde für diesen Zeitraum mehrfach aufgezeigt: Der Wahlkampf der ÖVP habe sich eines populistischen Stils und typisch rechtspopulistischer Rezepte bedient, beschrieben wird ein Personenkult um Sebastian Kurz (Ajanovic et al. 2018: 639; Liebhart 2019: 93). Liebhart zufolge ist die Wahl in einer „rechtspopulistischen Regierung“ gemündet (Liebhart 2019: 96). Die zuvor genannte Strategie, sich als „FPÖ

light“ zu präsentieren, verdient vor diesem Hintergrund besondere Aufmerksamkeit:

Der große Erfolg der ÖVP wurde auch deshalb errungen, weil die sich neu formierende Volkspartei („Liste Sebastian Kurz“) in der aktuellen Kernthematik des Rechtspopulismus – die Frage der Zuwanderung – sich inhaltlich wie die FPÖ präsentierte; sie machte dies aber in einem Stil, der vielen vertrauenswürdiger erschien als das Auftreten der als „zu extrem“ wahrgenommenen FPÖ. Dass die FPÖ trotz der solchermaßen von der ÖVP erzielten Erfolge, und trotz der Stabilisierung der SPÖ ebenfalls deutlich an Stimmen gewinnen konnte, weist auf eine weit fortgeschrittene Akzeptanz der von der FPÖ forcierten Themen – und gleichzeitig auf eine ebenso fortgeschrittene Akzeptanz der FPÖ als Partei hin. (Pelinka 2019: 153-154)

Detailliert zeigt Wodak in ihrer Publikation „Vom Rand in die Mitte – ‚Schamlose Normalisierung‘“ die Dynamik der Normalisierung auf: Dem Wahlprogramm der neuen Volkspartei sei eine Gleichsetzung Geflüchteter mit „illegalen Migranten“ zu entnehmen, die ÖVP beabsichtige das Schließen der „Mittelmeerroute“, eine Verringerung der Mindestsicherung und die Obergrenze für Asylwerber*innen Null anzunähern (Wodak 2018: 324-325). FPÖ und ÖVP verbreiteten Gerüchte und Falschmeldungen über Geflüchtete, die „allesamt zu einem einzigen Bedrohungsszenario verschmelzen“ (ebd.: 332). Wodak schlussfolgert, Sebastian Kurz als neuer Parteiobmann habe fast wörtlich die Programmatik der FPÖ übernommen (ebd.: 325). Rosenberger und Gruber stellen eine Angleichung der Policies von ÖVP und FPÖ fest (Rosenberger/ Gruber 2020: 148-149): In der Integrationspolitik habe die ÖVP sich rechtspopulistische Stile und Inhalte der FPÖ angeeignet, und zwar bereits vor Beginn der gemeinsamen Regierung (ebd.: 165).

Wenngleich bei Liebhart ein etwas anderes Verständnis von „Normalisierung“ deutlich wird und die Politologin weniger die Übernahme von Themen oder spezifischen Ausdrücken durch andere Parteien fokussiert, sondern vielmehr die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz der FPÖ, sieht auch sie einen Rechtsruck von SPÖ und ÖVP. Beide Parteien übernahmen nach und nach Rhetorik und politische Forderungen der FPÖ (Liebhart 2019: 93). Dies gelte insbesondere für die türkise ÖVP unter Sebastian Kurz und deren Migrationspolitik (ebd.: 93). „His formula has consisted of stealing talking points from the FPÖ and presenting them in more moderate garments and with better manners“, zitiert Liebhart einen Artikel aus dem *Guardian* aus dem Jahr 2017

(Oltermann 2017, zit. nach Liebhart 2019: 93). Das Zitat beschreibt mit der Übernahme der Politik der FPÖ durch die ÖVP das Forschungsinteresse dieser Arbeit. Durch Rekontextualisierung und eine abgewandelte Präsentation derselben Themen sorgt Sebastian Kurz für eine Normalisierung bestimmter Inhalte und Formulierungen. Ein Vergleich der Wahlkämpfe der FPÖ und der ÖVP nur zwei Jahre später, im September 2019, bietet sich auch vor dem Hintergrund des Zitates von Oltermann und der damit verbundenen Frage an, ob sich Ähnliches für 2019 – unter geänderten Rahmenbedingungen – feststellen lässt. Ob sich auch 2019 zeigt, dass die ÖVP ihre Forderungen auf moderatere Weise vorbringt als die FPÖ, soll die Analyse beantworten.

Der Normalisierung entgegen steht die These der „Domestifizierung“, „Zähmung“ oder „Entzauberung“ des Rechtspopulismus durch eine Einbindung rechtspopulistischer Parteien, zum Beispiel in Koalitionen (Decker/Lewandowky 2017: 36; Kallis 2013: 57; Minkenberg 2017: 443, 2016: 443; Pelinka 2013: 17; Rosenberger 2005: 46). Strittig ist, ob sich die Hoffnung erfüllen kann, diese zeigten an der Macht ihre professionelle Unfähigkeit (Decker/Lewandowky 2017: 36; Kallis 2013: 57; Minkenberg 2017; Pelinka 2013: 18; Rosenberger 2005: 46). Nach dem Regierungsende der ÖVP-FPÖ-Koalition im Jahr 2002 wurde dies viel diskutiert und häufig als bestätigt gesehen (Fallend/Heinisch 2016; Heinisch 2003, u.a.).

Bis heute werden ähnliche Auffassungen vertreten: In einem von *Foreign Affairs* veröffentlichten Artikel argumentiert Autor Franz-Stefan Gady, eine Koalition einer Mitte-Rechts-Partei wie der ÖVP mit einer rechtspopulistischen Partei wie der FPÖ sei eine adäquate Lösung, um Rechtspopulist*innen zu kontrollieren oder sogar zu schwächen (Gady 2018). Die Entwicklungen in der ÖVP-FPÖ-Koalition seit 2017 seien nicht problematisch, da es zu dem Zeitpunkt des Erscheinens seines Beitrags keine Angriffe auf die unabhängige Justiz oder die Legislative gegeben habe (ebd.). Gady räumt ein, die ÖVP habe sich unter Sebastian Kurz nach rechts bewegt und eine Anti-Einwanderungs- und Anti-Islam-Haltung sowie strikte Law-and-Order-Positionen der FPÖ übernommen. Dennoch dränge die ÖVP die extremsten Forderungen der FPÖ in der Migrationspolitik zurück (ebd.).

Interessant ist, dass Vertreter*innen der These der „Zähmung“ des Rechtspopulismus einschränkend anmerken, der gegenteilige Effekt, ein vom Rechtspopulismus ausgehender Rechtsruck, erfolge am ehesten im Politikfeld der Kulturpolitik und beim Thema Einwanderung. Minkenberg sieht dies in einem „new *Kulturkampf* against the left, its allies and against foreigners“ (Minkenberg 2017: 455, Hervorh. im Original) – wie im Fall der österreichischen Politik zur Jahrtausendwende (ebd.: 453-454). Es gilt also bei der Bewertung des Umgangs von Mainstream-Parteien mit rechtspopulistischen Parteien nach Politikfeldern zu unterscheiden. Dieser Befund untermauert das Forschungsvorhaben, den politischen Diskurs um Migration im Wahlkampf 2019 genauer zu betrachten.

Das Ergebnis der folgenden NRW im Jahr 2019 führte nach langen Verhandlungen zu einer Regierungskonstellation ohne die FPÖ: Türkis-Grün. Doch noch wenige Monate vor der Wahl war das Szenario einer Neuauflage von Türkis-Blau trotz des „Ibiza-Skandals“ nicht undenkbar (Wodak 2019b). Ruth Wodak sieht darin ihre These der „schamlosen Normalisierung“ bestätigt. Die Linguistin betitelte das Motto der ÖVP im Juli 2019 wie folgt: „Remaining in power, no matter what“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund ist es besonders interessant, zu betrachten, wie die ÖVP sich in der Migrationspolitik positioniert und diese kommuniziert.

3. Rechtspopulismus

3.1. Ansätze der Populismusforschung

Um Rechtspopulismus zu definieren, wird in der Literatur meist auf den Begriffskern Populismus zurückgegriffen. Daher soll dieser zunächst erklärt werden, um anschließend zentrale Merkmale des Rechtspopulismus herauszuarbeiten.

Populismus hat Konjunktur. Und zwar sowohl das Phänomen des politischen Populismus an sich, das vom Politikstil des amerikanischen Präsidenten über den Brexit bis hin zu populistischen Parteien in ganz Europa beschrieben wird, als auch die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem (Feustel/ Bescherer 2018: 133; Heinisch et al. 2017: 6). Das führt einerseits zu einer Vielzahl an Literatur, Studien und Definitionsversuchen, andererseits stehen Forschende jedoch vor dem Problem, dass eine klare Eingrenzung schwer fällt und der Begriff des Populismus kaum zu fassen ist. Heinisch et al. bringen diese Entwicklung wie folgt auf den Punkt:

[...] the term populism is almost universally employed to describe a large number of different political phenomena, political actors, policy decisions and regimes that often have little more in common than the label alone. (Heinisch et al. 2017: 6)

Damit geht auch ein vielfach beschriebener Trend einher, demzufolge immer häufiger auf den Begriff des Populismus zurückgegriffen wird (Liebhart 2019: 80), was dazu führt, dass dieser einem „conceptual stretching“ (Müller 2016: 16) beziehungsweise einer „pauschalisierende[n] Verwendungsweise“ (Marchart 2017: 11) unterworfen ist. Die Beobachtung der inflationären Verwendung des Begriffs findet sich auch in der Entscheidung des *Cambridge Dictionary* wieder, das Populismus im Jahr 2017 zum „Wort des Jahres“ kürte (Cambridge Words 2017; Liebhart 2019: 80). Doch was ist Populismus? Das *Cambridge Dictionary* definiert den Begriff wie folgt: „political ideas and activities that are intended to get the support of ordinary people by giving them what they want“ (Cambridge Dictionary 2020). Dem *Duden* zufolge ist Populismus eine „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen“ (Duden 2020). Diese Definitionsversuche können nur als

Annäherung an den Begriff verstanden werden – insbesondere da mit diesem verschiedene Konzepte und Ansätze in Verbindung gebracht werden, die das gesamte Spektrum zwischen Links- und Rechtspopulismus umfassen.

Zentral für den Populismus ist seine Variabilität, die der Politikwissenschaftler Paul Taggart durch die Zuschreibung „chameleonic“ ausdrückt (Taggart 2000: 5). Populismus kann sich verschiedenster Inhalte bedienen (Müller 2016: 42). Häufig überwiegen Emotionen und Moral beziehungsweise eine Moralisierung von Politik gegenüber Inhalten und Programmatik (Mudde 2004: 544; Müller 2016: 18-19, 52-53; Priester 2012b: 5). Zwar kein definierendes Element, aber zentral für viele Populismusansätze ist die Fokussierung auf einen Anführer oder „Leader“ (Mudde 2004: 545; Panreck 2019: 30-32). Kern des Populismus und Teil nahezu jedes Ansatzes in der Populismusforschung ist ein Gegensatz zwischen „Volk“ und „Elite“ (Müller 2016: 42; Panreck 2019: 27-31). Der Populismusforscher Cas Mudde – einer der bekanntesten Wissenschaftler in diesem Feld – definiert Populismus wie folgt:

I define populism as an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, „the pure people“ versus „the corrupt elite“, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people. (Mudde 2004: 543)

Bei Jan-Werner Müller finden sich ähnliche definierende Elemente. Für ihn ist Populismus

[...] eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehören. (Müller 2016: 42)

Doch auch an bekannten Konzepten wie denen von Mudde und Müller gibt es Kritik. Der Parteienforscher Frank Decker sieht in ihnen gegenüber den Erkenntnissen eines Forschungsbooms zu Populismus in den 1990er Jahren kaum relevante Erkenntnisfortschritte (Decker 2018: 355).

Die Politikwissenschaftlerin Isabelle-Christine Panreck macht drei Strömungen der Konzeptualisierung von Populismus aus, denen der Kern der Trennung zwischen „Volk“ und „Elite“ gemein sei: Erstens Populismus als politische Logik, zweitens Populismus als Politikstil und drittens Populismus als „dünne Ideologie“ (Panreck 2019: 26). Bekannte Vertreter*innen des Ansatzes der politischen Logik sind die postmarxistischen Theoretiker*innen Ernesto

Laclau und Chantal Mouffe, deren Ansichten durch lateinamerikanische Erfahrungen geprägt sind und die explizit einen linken Populismus fordern. Andere Autor*innen beschreiben ihr Verständnis von Populismus auch als eine Form der Diskurspraxis (Heinisch/Mazzoleni 2017: 107; Priester 2012a: 44-48). Die Politik für „das Volk“ ist in dieser Denkrichtung positiv konnotiert, da sie als Ursprung der Demokratie gilt (Panreck 2019: 28).

Jan Jagers und Stefan Walgrave untersuchen Populismus als Stil politischer Kommunikation, der sich offenbare, wenn „Elite' und ‚Volk' zu stereotypen Schlagworten verkommen“ (Jagers/Walgrave 2007: 321-325, zit. nach Panreck 2019: 28). Zentral für den Populismus sei es, Emotionen einzusetzen und zu behaupten, den Willen des Volkes zu vertreten, anstatt inhaltlich zu argumentieren (Panreck 2019: 28). Dieses Verständnis wird jedoch häufig als zu kurz greifend kritisiert.

Populismus als „dünne Ideologie“ knüpft an Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser an, denen zufolge diese um andere Ideologien erweitert werden kann (Mudde 2004: 544; Mudde/Kaltwasser 2012: 8-9). Die Dichotomisierung von „Volk“ und „Elite“ ist der Kern der „dünnen Ideologie“. So kann etwa eine Kombination aus Populismus und Nationalismus als Rechtspopulismus, aus Populismus und Sozialismus als Linkspopulismus verstanden werden (Panreck 2019: 28). Nachdem populistische Ansätze zwischen den späten 1960er und frühen 1980er Jahren in Europa eher aus der „Neuen Linken“ kamen, werden sie seit den 1990er Jahren hauptsächlich mit (radikal) rechten Positionen assoziiert (Mudde 2004: 542, 548, 551). Muddes Definition von Populismus gilt als „Minimaldefinition“ (Machart 2017: 12), der sich zahlreiche Theoretiker*innen anschließen und diese ergänzen beziehungsweise eigene Schwerpunkte setzen oder mit Elementen anderer Strömungen kombinieren (Heinisch/Mazzoleni 2017; Panreck 2019: 28-29).

Doch wer sind „das Volk“ und „die Elite“? Das variiert wie die Inhalte populistischer Politik. Mit „der Elite“ sind meist politische Funktionär*innen gemeint (Panreck 2019: 29), was jedoch nicht heißt, dass Populist*innen nicht selbst beabsichtigen, politische Repräsentant*innen zu werden. Sie erachten lediglich diejenigen, die dies sind als „die Falschen“ für diese Aufgabe

(Skenderovic 2017: 42). Populist*innen selbst sehen sich als einzig wahre Vertreter des „Volkes“, was mit Forderungen nach mehr direkter oder plebiszitärer Demokratie einhergeht – zumindest wenn eine Mobilisierung der Bevölkerung vielversprechend erscheint (Geden 2006: 41ff, Rensmann 2006: 67, zit. nach Caballero 2016: 2).

Bei der Definition des Volkes unterscheidet Mudde zwischen dem Populismus der „Neuen Linken“, die sich auf ein „active, self-confident, well-educated, progressive people“ beziehe und Populismus aus dem rechten Spektrum, bei dem dieses vielmehr aus dem „hard-working, slightly conservative, law-abiding citizen“ bestehe, „who, in silence but with growing anger, sees his world being ‚perverted‘ by progressives, criminals, and aliens“ (Mudde 2004: 557). Der These, Rechtspopulismus sei ausschließlich für Bürger*innen unterer sozialer oder Bildungsschichten anschlussfähig, wird jedoch häufig vehement widersprochen (z. B. Müller 2016: 29). Interessant ist beim Rechtspopulismus, wie das „Volk“ nach außen hin abgegrenzt wird. Dies wird im folgenden Kapitel deutlich.

3.2.Rechtspopulismus

Rechtspopulismus ist eine Spielart des Populismus. In diesem Unterkapitel geht es darum zu verstehen, was Rechtspopulismus ist und zentrale Ideologien, Inhalte und Strategien rechtspopulistischer Parteien herauszuarbeiten. Detailliert wird auf eine Verschiebung der Feinbilder europäischer rechtspopulistischer Parteien in der jüngeren Vergangenheit eingegangen.

Mit dem Label „rechtspopulistisch“ sind im öffentlichen Diskurs zahlreiche häufig seit den 1980er Jahren neu entstandene Parteien in Europa und darüber hinaus gemeint, wie der französische Front National, die Alternative für Deutschland, die italienische Lega Nord oder auch die FPÖ. Neu war um die Jahrtausendwende, dass sich rechte Parteien in westlichen Demokratien parallel etablierten, den politischen Diskurs beeinflussten und bedeutende Positionen im Parteiensystem und in Regierungsämtern übernahmen (Betz 1998: 1). Strittig ist weiterhin, ob sie als eine Parteienfamilie angesehen werden können und eine gemeinsame Ideologie teilen (Decker/Lewandowsky 2017: 21-22; Minkenberg 2018). Die Schwierigkeit, eine gemeinsame Fraktion im

Europäischen Parlament zu etablieren, unterstreicht die Divergenzen (Heinisch/Mazzoleni 2017: 105). So verteilten sich rechtspopulistische Parteien zunächst auf drei Fraktionen, seit der Europawahl im Mai 2019 sind sie in zwei Fraktionen vertreten (Riegert 2019). Anton Pelinka differenziert die Gruppe rechtspopulistischer Parteien, indem er zwischen Parteien „with or without pre-populist roots“ unterscheidet (Pelinka 2013: 12-13). Decker argumentiert von der inhaltlichen Ebene ausgehend: die Gemeinsamkeit der nationalen Orientierung rechtspopulistischer Parteien in der Zuwanderungs- und der Europapolitik zeige sich auch organisatorisch, da eine europaweite Zusammenarbeit inzwischen selbstverständlich sei (Decker 2018: 361). Der Soziologe Dietmar Loch spricht ebenfalls von einer neuen Parteienfamilie, die sich durch ökonomischen und kulturellen Protektionismus auszeichne (Loch 2017: 78-81).

In der englischsprachigen Literatur werden diese Parteien häufig als „populist radical right parties“ (PRRP) (Mudde 2007) oder „radical right populist parties“ (Loch 2017) bezeichnet. Diese seien *populistisch* durch ihren Glauben an die Existenz eines „Volkswillens“, *radikal* im Gegensatz zu den Werten liberaler Demokratien und *rechts* durch die Annahme einer natürlichen Ordnung mit vorgegebenen Ungleichheiten (Mudde 2007: 23-26). Loch zufolge vertreten sie „*rightist* values“ wie individuelle Freiheit (im Gegensatz zu „*leftist* values“ wie Gleichheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit), seien *radikal* durch eine auf Rassismus basierende Ablehnung individueller und sozialer Gleichheit und somit der Prinzipien liberaler Demokratie und *populistisch* durch die Anwendung eines populistischen Stils (Loch 2017: 76-77).

Zentrale Merkmale rechtspopulistischer Parteien sind deutlich geworden. Eine trennscharfe Definition zu finden, ist jedoch wie beim Populismus nicht leicht. Politikwissenschaftler*innen erweitern beziehungsweise konkretisieren die Definition des Populismus (Caballero 2016; Decker/Lewandowsky 2017; Minkenberg 2018; Pelinka 2013, u.a.). Rechtspopulismus ist eine Form des Populismus mit rechter ideologischer Ausrichtung (Decker/Lewandowsky 2017: 24). Dessen Kern („Volk“ gegen „Elite“) und die Annahme eines Volkswillens finden sich auch im Rechtspopulismus wieder (Decker 2006: 17; Minkenberg

2018: 343). Dem Rechtsextremismusexperten Walter Ötsch und der Journalistin Nina Horaczek zufolge beruht die Politik des Rechtspopulismus auf einem „selbst gestrickten Bild der Gesellschaft“, das trennscharf abgrenzt: „Hier sind WIR und dort sind die ANDEREN.“ (Ötsch/Horaczek 2017: 13; Hervorh. im Original). Die Grenze erfolgt nicht nur auf einer nach innen gerichteten vertikalen Dimension („Volk“ gegen „Elite“), sondern auch und besonders auf der horizontalen Dimension nach außen (Krastev 2007: 105, Pelinka 2002: 284f., Reisigl 2012: 141, zit. nach Ajanovic et al. 2018: 637; Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 7). Ausgrenzung ist ein zentrales Merkmal rechten Populismus (Betz 2001; Caballero 2016: 3). Anhand der Dichotomisierung „Wir“ gegen „die anderen“ wird stets neu verhandelt, wer einbezogen und wer ausgeschlossen wird. Die Grenzziehung erfolgt häufig anhand ethno-kultureller Kriterien (Minkenberg 2018: 343), wie im Folgenden ausgeführt wird. Ermöglicht wird die Exklusion erst durch die Schaffung einer (nationalen) Identität, die als „Dreh- und Angelpunkt“ (Decker 2018: 361) rechtspopulistischer Parteien beschrieben wird (Betz 2002; Decker/Lewandowsky 2017: 24-26; Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 7). Sie ist eng mit den folgenden ideologischen Merkmalen verknüpft:

1. Nativismus

ist Cas Mudde zufolge einer von zwei ideologischen Hauptbestandteilen des Rechtspopulismus (Mudde 2007: 18-20). Auch Ruth Wodak nennt Nativismus beziehungsweise Nationalismus oder Anti-Pluralismus als eine von vier Dimensionen des Rechtspopulismus (Wodak 2018: 328).

2. Autoritarismus bzw. eine Führerfigur

ist nach Mudde der zweite ideologische Hauptbestandteil des Rechtspopulismus (Mudde 2007: 22-23). Der Parteienforscher Decker nennt eine Führerfigur als eines von fünf Merkmalen des Rechtspopulismus (Decker 2006: 17).

3. Anti-Establishment bzw. Anti-Elitismus

ist ein weiteres der fünf Merkmale nach Decker (Decker 2006: 17). Er führt zu einer vertikalen Ausgrenzung.

4. Konservativismus bzw. Geschichtsrevisionismus

folgend vertreten rechtspopulistische Parteien eher traditionelle, konservative Werte, vor allem in Bezug auf Geschlechterrollen und das Familienbild (Wodak 2018: 329; Caballero 2016: 9-10).

Diese zentralen ideologischen Bestandteile des Rechtspopulismus kommen so oder ähnlich bei fast allen Autor*innen vor. Sie sind jedoch bei verschiedenen Parteien unterschiedlich stark ausgeprägt und können sich innerhalb einer Partei im Zeitverlauf verändern. In einer gewissen Diffusität, ideologischer und programmatischer Flexibilität, Opportunismus, Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit wird häufig das Erfolgsmodell rechtspopulistischer Parteien gesehen (Caballero 2016: 3; Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 9; Heinisch 2004: 251, 2008: 48).

Aus den genannten ideologischen Merkmalen lassen sich von rechtspopulistischen Parteien vertretene Inhalte und Policy Positionen sowie Strategien zu deren Umsetzung ableiten. In Anlehnung an den Nativismus sind dies etwa Forderungen nach einer Renationalisierung des Wohlfahrtsstaates (Caballero 2016: 10), Anti-Elitismus führt zu Euro-Skepsis oder der Forderung nach direkter Demokratie (Wodak 2018: 328-329) und Konservatismus zu einer Mobilisierung gegen eine „Genderideologie“, Feminist*innen oder die LGBTIQ-Community (Ajanovic et al. 2018: 637, 643). Im letzten Punkt wird allerdings die Heterogenität rechtspopulistischer Parteien deutlich. So spricht sich etwa der niederländische Populist Geert Wilders weder gegen eine Gleichstellung von Mann und Frau noch gegen Homosexuelle aus (Decker 2018: 361).

Die größte inhaltliche Schnittmenge besteht bei kulturellen Themen (ebd.). Migration wird so zum zentralen Thema des Rechtspopulismus. Rechtspopulistische beziehungsweise rechtsradikale Parteien spielen bei der Politisierung dieses Themas eine entscheidende Rolle (z. B. Meguid 2008, zit. nach van der Bruck et al. 2015: 6). Anstatt in den Wettbewerb um Themen einzusteigen, die andere Parteien bereits auf die politische Agenda gesetzt haben, fokussieren sie neue, eigene Themen wie Einwanderung oder Europäische Integration (Bornschier 2010, 2012, Cutts et al. 2011, van der Brug/Fennema 2007, zit. nach Aichholzer et al. 2014: 114). Dabei sind Identität und Ausgrenzung wiederkehrende Grundmuster. Sieglinde Rosenberger

beschrieb 2005 eine Verschiebung von einer Interessens- zur Identitätspolitik rechtspopulistischer Parteien (Rosenberger 2005: 43-44). Letztere konstruiert verschiedene Bedrohungsszenarien (Reisigl 2005: 59). Dies kann in sich wandelnden Gesellschaften stets neu erfolgen und neue Feindbilder hervorbringen. Auf der vertikalen Ebene sind dies, einem Anti-Elitismus folgend, Akteur*innen wie die Regierung, etablierte politische Parteien, Berufspolitiker*innen, Jurist*innen, Banker*innen, Großunternehmer*innen, Gewerkschaften, Intellektuelle, „die Medien“ oder „Brüssel“, die für Entwicklungen wie Europäisierung, Globalisierung oder „Massenmigration“ verantwortlich gemacht und zum Feind erklärt werden (Ajanovic et al. 2018: 637; Betz 1998: 4; Caballero 2016: 3; Pelinka 2013: 8; Reisigl 2005: 58-59).

Anton Pelinka beschreibt allerdings eine Verschiebung der Ausgrenzung: Heutiger Populismus mobilisiere nicht gegen den „(perceived) enemy above“, also die „Elite“, sondern gegen den „(perceived) enemy from abroad“ (Pelinka 2013: 8). Das primäre Ziel rechtspopulistischer Feindbilder ist also auf der horizontalen Ebene zu verorten. Dort wird aus „the people“ „our people“ (Canovan 1999: 5, zit. nach Ajanovic et al. 2018: 637). Grenzziehungen erfolgen anhand ethnischer, kultureller oder religiöser Kriterien, der Populismus richtet sich gegen „Fremde“ (Minkenberg 2018: 343; Pelinka 2013: 8).

Isabelle-Christine Panreck konkretisiert diese Entwicklung weiter: Ausgrenzung habe sich in den 1990er Jahren gegen Asylbewerber*innen gerichtet, heute richte sie sich gegen Muslim*innen (Panreck 2019: 30). Decker und Lewandowsky sehen dies im Umgang rechtspopulistischer Parteien mit aktuellen Flüchtlingsbewegungen aus nordafrikanischen und arabischen Staaten bestätigt, die durch Warnungen vor „Überfremdung“ und „Islamisierung“ instrumentalisiert würden (Decker/Lewandowsky 2017: 25). Die überwiegend muslimische Zuwanderungsbevölkerung werde zum Gegenbild der nationalen Identität stilisiert, die sich ebenfalls verändert habe und „in ein nationenübergreifend gemeinsames (west)europäisch-abendländisches Verständnis von kultureller Zugehörigkeit“ eingebettet sei (Decker 2018: 361). Zentral sind Gerd und Susanne Pickel zufolge „emotionale Debatten über Zuwanderung und kulturelle Diversität“ sowie „stereotype Zuschreibungen“ und Vorurteile (Pickel/Pickel 2018: 315). Häufig dient Religion und insbesondere der

Islam als „Fremdidentifikation“ (ebd.). So wird Rechtspopulismus „Islamophobie“ zugeschrieben, ein Begriff, der nicht unumstritten ist. Im Kern geht es um die Konstruktion des Islam als Feinbild (Hafez 2010: 17). Der Islam wird als gefährlich, unzivilisiert, unvereinbar mit der westlichen Kultur und dieser gegenüber minderwertig dargestellt (ebd.: 50-51; Betz 2017: 376). Stereotypisierungen, Simplifizierungen und eine Reduktion des Islam werden strategisch eingesetzt (Hafez 2010: 68). Kallis spricht von „anti-Islam/Muslim ‚othering‘“ (Kallis 2013: 58). Die Ablehnung des Islam zeigt sich etwa in der ablehnenden Haltung gegenüber und der Mobilisierung gegen Moschee- und Minarettbauten (Betz 2013; Hafez 2010) oder in der Debatte um das Kopftuch im Islam (Kallis 2013: 58).

Rechtspopulistische Parteien verknüpfen antimuslimischen Populismus außerdem, insbesondere seit den Ereignissen von 9/11, eng mit dem Schüren von Ängsten vor Terrorismus (Decker/Lewandowsky 2017: 25-26). Dies führt zur Bewertung von Migration als Gefahr oder „Sicherheitsrisiko“ (Panreck/Brinkmann 2019: 2; Pickel/Pickel 2018: 315-317) – ein Zusammenhang, der sich Liebhart zufolge für rechtspopulistische Politik generalisieren lässt: „Right-wing populists have succeeded in reframing political debates and securitizing almost every political issue [...]“ (Liebhart 2019: 85). Die Darstellung der gefährdeten inneren Sicherheit zeigt sich etwa in der Vorstellung einer ständig steigenden Kriminalitätsrate, die zwar nicht realen Zahlen entspreche, jedoch zum Ziel habe, ein „Unsicherheitsgefühl“ in der Gesellschaft hervorzurufen, gegen das sich die Rechtspopulist*innen dann im Sinne einer „Law and Order“-Politik als Problemlöser darstellten (Hartleb 2004: 123ff., zit. nach Caballero 2016: 9). Die Verknüpfung von Migration und Sicherheit sowie die in der Literatur als „Versicherheitlichung“ debattierte Entwicklung werden auch in weiteren Publikationen festgestellt (Eberl et al. 2018; Perchinig/Valchars 2019; Rheindorf 2017; Wodak 2015a,b, u.a.).

Weitere Themen, mit denen rechtspopulistische Parteien Migration verknüpfen, sind der Sozialstaat und das Bildungssystem (Wodak 2018). Es erfolgt eine Dichotomisierung, nach der trennscharf zwischen dem Eigenen und dem Fremden unterschieden wird. Außerdem wird ein Bild von Muslim*innen

kreiert, die in „Parallelgesellschaften“ lebten und Integration verweigerten (Decker/Lewandowsky 2017: 25).

Deutlich geworden ist, dass die Inhalte und Positionen rechtspopulistischer Parteien häufig aus der Konstruktion von Feindbildern abgeleitet werden. Inhalt und Strategie sind eng verknüpft. Die programmatische Variationsbreite des Populismus legt nahe, dass dieser in erster Linie eine „*Strategie des Machterwerbs*“ ist (Priester 2012b: 3, Hervorh. im Original). Es geht darum, Stimmen zu gewinnen. Dazu werden konkrete Strategien angewandt: eine Banalisierung politischer Diskurse, die Benennung Schuldiger und „Sündenböcke“, eine Umkehr von „Opfer“ und „Täter“, Schwarz-Weiß-Malerei, Angstmake und Provokation, das Labeln sozialer Akteur*innen, die Generalisierung negativer Attribute und dadurch gerechtfertigte Abwertung und Exklusion (Decker 2018: 366; Krzyżanowski/Wodak 2009: 13; Matouschek/Wodak/Januschek 1995: 52; Ötsch/Horaczek 2017: 42; Pelinka 2013: 8; Schulz 2019: 8; Wodak 2018: 329).

In der Linguistik wird die zentrale Rolle von Sprache und Rhetorik bei der Ausgestaltung dieser Strategien betont, die hier nicht in Gänze dargestellt, jedoch exemplarisch genannt werden sollen. Dazu zählen diskursive Strategien, die soziale Akteur*innen sprachlich charakterisieren und ein bestimmtes Bild von ihnen konstruieren, diesen positive oder negative Merkmale zuschreiben oder bestimmte Argumentationslinien verfolgen (Reisigl 2005: 62). In einem Experteninterview erklärt die Diskursforscherin Ruth Wodak, sprachliche Mittel, die im Diskurs um Flüchtlinge und Migration Anwendung finden, seien Metaphern zu Fluten und anderen Naturkatastrophen („Flüchtlingsströme, Tsunami, Flüchtlingswellen“) oder entmenslichende Vergleiche, die Fremde mit Tieren, Schädlingen oder Krankheitserregern gleichsetzten („Parasiten“ oder „Viren“) (Schulz 2019: 8). Rechtspopulistische Rhetorik weise außerdem Framings in Verbindung mit „Krieg“ oder „Kampf“ auf (ebd.).

3.3.Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ

In Österreich ist Rechtspopulismus vor allem durch die FPÖ vertreten. Sie wird in der politikwissenschaftlichen Literatur als klassisches Beispiel einer

rechtspopulistischen Partei behandelt (Frölich-Steffen 2004; Heinisch 2008; Pelinka 2002b, 2019) und ist Pelinka zufolge „die treibende, die dominante Kraft des österreichischen Rechtspopulismus“ – auch aufgrund ihrer inzwischen engen Kooperation mit anderen europäischen rechtspopulistischen Parteien (Pelinka 2019: 133). Für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in Österreich ist eine Auseinandersetzung mit der FPÖ also zentral. Um anschließend eine *Normalisierung* des rechtspopulistischen Migrationsdiskurses zu untersuchen, werden in diesem Sub-Kapitel Inhalte, Policy-Positionen und Strategien der FPÖ herausgearbeitet.

Eine Typologisierung der Partei ist – auch aufgrund ihrer Veränderung über die Jahre hinweg – nicht einfach. Sie wurde 1955 als Nachfolgerin des Verband der Unabhängigen (VdU) gegründet, in beiden Gruppierungen gab beziehungsweise gibt es personelle Kontinuitäten zur NSDAP und dem Nationalsozialismus (Pelinka 2005a: 96). Ihre Entwicklung bis hin zur festen Etablierung im Parteiensystem sowie die Größe der Partei machen die FPÖ anders als die meisten europäischen rechtspopulistischen Parteien zu einer Traditionspartei (Pelinka 2002a: 3).

Sie wird als rechtspopulistisch bezeichnet (Pelinka 2013, 2019), aber auch als radikal rechtspopulistisch (Betz 1998; Loch 2017; Riedlsperger 1998), rechtsradikal (Aichholzer et al. 2014; Mudde 2004; Norris 2005), rechtspopulistische Partei mit „extremistischen ‚Einsprengseln‘“ (Decker 2018: 360), „extreme-right elements“ (Rheindorf/Wodak 2019: 303), „rechtsextremer Wurzel“ (Pelinka 2019: 133) oder sogar als rechtsextrem oder „neo-Nazi“-Partei (Salzborn 2020; Wodak/KhosraviNik 2013: xvii). An dieser Stelle soll betont werden, dass die Beschreibung „rechtspopulistisch“ in dieser Arbeit nicht von rechtsextremen Einflüssen in der Partei ablenken, geschweige denn extreme Neigungen verharmlosen soll. Da jedoch aus der Perspektive des Rechtspopulismus auf bestimmte Entwicklungen in Österreich geschaut wird, steht diese Bezeichnung im Mittelpunkt.

Die FPÖ gilt als *populistisch*, da sie beansprucht, das „Volk“ gegen die „Elite“ zu vertreten, von Beginn an die repräsentative Demokratie der Zweiten Republik kritisierte und gegen die Große Koalition aus ÖVP und SPÖ sowie die Sozialpartnerschaft mobilisierte (Pelinka 2002b, 2005a: 90). Das Bekenntnis

zum „Volk“ wird jedoch als „symbolischer Akt“ eingeordnet, Ziel sei es, Stimmen zu gewinnen und sich ins etablierte System zu integrieren (Bauböck 2002: 245). *Rechtspopulistisch* ist die FPÖ, da sie sich „zur Verteidigung von (nationaler oder ethnischer) Identität gegen die Aufhebung oder verstärkte Durchlässigkeit von Grenzen wendet“ (Pelinka 2002b: 281). Bei einer Verortung auf einer Links-Rechts-Skala attestiert Pelinka der FPÖ jedoch Vielschichtigkeit, da sie in ihrem Protest gegen „die Elite“ Züge einer linken Protestpartei aufweise, aber ebenso rechts sei, indem sie sich gegen Einwanderung und „Fremde“ richtet (Pelinka 2005a: 93).

Der Erfolg der FPÖ, die nach ihrer Gründung zunächst jahrzehntelang eine Kleinpartei blieb und bundesweit nie die Zehn-Prozent-Marke erreichte, begann in den 1980er Jahren. Zurückzuführen sind die Zuwächse bei den Wahlergebnissen auf bestimmte Inhalte und Strategien. Diesbezüglich stellte der Beginn der Obmannschaft von Jörg Haider im Jahr 1986 eine Zäsur für die Partei dar, die sich zuvor dem „Mainstream“ angenähert und unter Norbert Steger in Richtung des Liberalismus bewegt hatte (Art 2007: 333; Pelinka 2019: 137-138). Haider's Politikstil war durch „charismatischen Leadership“ geprägt und erregte international viel Aufsehen („Haiderism“ (Art 2007: 345), „*Haiderization of Europe*“ (Wodak/KhosraviNik 2013:xviii, Hervorh. im Original)). SPÖ-Kanzler Franz Vranitzky beendete die Koalition mit der FPÖ, als Haider deren Obmann wurde. Bei der FPÖ folgte ein Strategiewechsel, der 1993 die Abspaltung des Liberalen Forums zur Folge hatte (Pelinka 2005b: 95): Die Partei vertrat nun einen „fundamentalen Liberalismus“, der jedem die individuelle Verantwortung für sich zusprach, mobilisierte gegen ÖVP und SPÖ, wurde (nach Österreichs Beitritt 1995) zur größten Kritikerin der EU, propagierte eine Anti-Europapolitik und Anti-Internationalismus (Betz 1994: 112-114; Gärtner 2002: 17; Heinisch 2004: 255; Krzyżanowski 2013: 141; Liebhart 2019: 87). Außerdem zentral waren Antisemitismus und eine Glorifizierung der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs (Krzyżanowski 2013: 141). Radikalismus und Populismus verbreiteten sich in der FPÖ (ebd.; Rheindorf/Wodak 2019: 305).

„Anti-Ausländer-Politik“ entwickelte sich zum zentralen Projekt der FPÖ. In den 90er Jahren kamen Flucht und Asyl hinzu – Themen, die die FPÖ zunehmend politisierte (Haselbacher/Rosenberger 2018: 250). Auch wenn sie sich unter Haider programmatische Flexibilität zu Nutzen machte (Heinisch 2008: 43), wurde die typisch rechtspopulistische Ausgrenzung von als „fremd“ konstruierten Gruppen konsequent verfolgt (Wodak/Pelinka 2002, zit. nach Pelinka 2019: 138). Mit gegen Ausländer*innen gerichteten, fremdenfeindlichen, antisemitischen, revisionistischen und Anti-Establishment-Slogans erzielte die Partei Wahlerfolge auf allen politischen Ebenen (Gärtner: 2002: 18-19; Krzyżanowski 2013: 141; Rheindorf/Wodak 2019: 305). Ihre Strategie war es unter anderem, Ausländer*innen als „Sicherheitsproblem“ darzustellen und so Wähler*innen zu mobilisieren (Wonisch 2019: 450). Dazu diente auch eine Verknüpfung mit anderen Themen und Politikfeldern: Migrant*innen wurden der Kriminalität, dem Missbrauch des Arbeitsmarktes und Sozialsystems oder einer Bedrohung der österreichischen Identität beschuldigt (ebd.). Parteifunktionär*innen nutzten stereotype Zuschreibungen und Simplifizierungen, die zu einer für rechtspopulistische Parteien typischen Banalisierung des Diskurses führten. Mit Phrasen wie „THEY are criminal“, „THEY take away jobs and housing from the Austrians“ oder „THEY receive undeserved privileged treatment from the Austrian welfare system“ wurden Migrant*innen zu Repräsentant*innen der „anderen“ stilisiert (Krzyżanowski/Wodak 2009: 175, Hervorh. im Original).

Die Politik der FPÖ wirkte sich auch auf die Gesetzgebung in der Asyl- und Migrationspolitik aus. 1992/93 startete die Partei ein Volksbegehren mit dem Titel „Österreich zuerst“, das weitere Restriktionen in der Einwanderungspolitik sowie die Aufnahme der Aussage, Österreich sei kein Einwanderungsland, in die Verfassung forderte (Liebhart 2019: 86-87; Rupnow 2017: 49). Auch wenn das Volksbegehren wenig Unterstützung fand und die Abspaltung des Liberalen Forums sowie Gegendemonstrationen zur Folge hatte, folgten weitere Verschärfungen des Asyl- und Fremdenrechts (Bauböck/Perchinig 2006: 734; siehe 4.1. *Einwanderung und Migrationspolitik nach 1945*). 1997 schrieb Haider, die größte Bedrohung der Jahrhundertwende seien „Migrationsströme“ und aufkommender Fundamentalismus (Haider 1997: 13, zit. nach Betz 2001: 413).

Stark ausgeprägt ist außerdem die Identitätspolitik der FPÖ, die sich mit der Zeit verschob: Österreichpatriotismus ersetzte den zuvor vorherrschenden Deutschnationalismus, der in der Tradition des Nationalsozialismus gestanden hatte; das machte die FPÖ für breite Schichten wählbar (Frölich-Steffen 2004: 281; Luther 2006: 376; Pelinka 2019: 138-139). Was blieb war der „exklusive[n] Charakter“ der Identitätspolitik (Frölich-Steffen 2004: 291). Doch das Verständnis von Inklusion und Exklusion verschob sich: „Wir“ waren nicht länger „Die Deutschen“, sondern Österreicherinnen und Österreicher (Pelinka 2019: 138-139). „Die anderen“ waren nicht mehr Jüd*innen oder „Nicht-Deutsche“, sondern Zuwander*innen – und zwar zunehmend Muslim*innen (ebd.). Der Fokus auf den Islam, der sich später noch verstärken sollte, zeigte sich bereits um die Jahrtausendwende: Die FPÖ beförderte ein „Anti-Islam-Klima“ durch populistische, aggressive Beiträge zum Diskurs sowie stereotype Bilder von Nationalität und Ethnie, die den Islam als gewalttätig, extremistisch und rückständig darstellten (Greaves 2004, Grosfoguel 2012, zit. nach Liebhart 2019: 87). So mobilisierte sie in der kontroversen Debatte um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei (Liebhart 2019: 87). Für den Rechtspopulismus typische Feinbilder und deren Verschiebung im Laufe der Zeit sind also auch bei der FPÖ wiederzufinden.

Der Erfolg dieser Ausrichtung zeigte sich im Ergebnis der Nationalratswahl 1999, bei der die FPÖ mit fast 27 Prozent zweitstärkste Partei wurde (Demokratiezentrum Wien 2020). Die folgende ÖVP-FPÖ-Regierung sorgte in Kombination mit dem österreichischen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit international für Aufsehen. Es folgten Sanktionen der EU gegen Österreich, die jedoch noch im selben Jahr wieder aufgehoben wurden (Manoschek 2002: 4; Pelinka 2005b: 95-97). Die Beteiligung der FPÖ an der Bundesregierung stellte einen großen Schritt in Richtung der Normalisierung von Rechtspopulismus in Europa dar (Ajanovic et al. 2018: 640).

Auf den Aufstieg der Partei unter Haider folgten dessen plötzlicher Rücktritt als Bundesobmann und drastische Zustimmungsverluste der Partei sowie die Abspaltung des BZÖ (Ajanovic et al. 2018: 640; Belafi 2017: 369; Heinisch 2008: 42; Pelinka 2005b: 97). Ab 2005, unter dem neuen Obmann Heinz-

Christian Strache, rückte die FPÖ in Bezug auf Ideologie, Rhetorik und Wahlkämpfe noch weiter in Richtung der radikalen Rechten (Liebhart 2019: 89; Scharsach 2017). Nach einigen wenig erfolgreichen Jahren führte Strache die Partei nach und nach wieder zu einem steilen Anstieg ihrer Wahlergebnisse, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene: 2013 waren es rund 21 Prozent, 2017 26 Prozent (Gartner/Hametner 2017). Es folgte nach 15 Jahren die vierte Regierungsbeteiligung der FPÖ in der Geschichte der Zweiten Republik (ORF 2019a).

Der wiederkehrende Erfolg der Partei war mit einem erneuten Strategiewechsel verbunden: Traditionelle FPÖ-Themen wie Antisemitismus oder Geschichtsrevisionismus wurden unter Strache durch „neue“ Slogans ersetzt, ausgeprägte „Islamophobie“ wurde zu ihrem „central discursive and policy frame“ (Krzyżanowski 2013: 141-145). Diese leitete sich aus der Bewahrung eines „vermeintlich *christlichen Abendlands*“ ab, die schon seit 1997 im Parteiprogramm festgeschrieben war (Belafi 2017: 372, Hervorh. im Original) und zeigte sich in Kampagnen gegen den Bau von Minaretten und Moscheen, der Warnung vor einer islamischen Parallelgesellschaft in Österreich (Liebhart 2019: 90) und abwertenden, dichotomisierenden Wahlslogans wie „Daham statt Islam“ (Krzyżanowski 2013: 141-145). „Der Islam ist nicht Teil Österreichs“, war 2015 Straches Statement (FPÖ 2017). Dem Rechtsextremismusexperten Hans-Henning Scharsach zufolge bemühten sich die FPÖ und ihr Obmann Strache seit Jahren um „jenen Feindbild-Austausch, der anderen rechtspopulistischen Parteien schon gelungen ist“: Antisemitismus wird durch populären Hass gegen Muslim*innen ersetzt, Funktionäre wie Norbert Hofer und Heinz-Christian Strache präsentieren sich als „Judenfreunde“ (Scharsach 2017: 40-45). Der Islam und Muslim*innen sind bis heute Feindbild der FPÖ.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte sowie die Haltung der heutigen FPÖ lassen sich dem 2011 beschlossenen und bis heute gültigen Parteiprogramm „Österreich zuerst“ entnehmen (FPÖ 2011). Dieses ist in zehn Punkte gegliedert: „Freiheit und Verantwortung“, „Heimat, Identität und Umwelt“, „Recht und Gerechtigkeit“, „Familie und Generationen“, „Wohlstand und soziales Gleichgewicht“, „Gesundheit“, „Sicherheit“, „Bildung, Wissenschaft, Kunst und

Kultur“, „Weltoffenheit und Eigenständigkeit“ und „Europa der Vielfalt“ (ebd.). Die FPÖ bezeichnet sich darin als „die soziale Heimatpartei“ sowie als „soziale, leistungsorientierte und österreichpatriotische politische Kraft“ (ebd.). Der bis heute zentrale „Österreichpatriotismus“ wird in folgendem Leitsatz deutlich: „Wir sind dem Schutz unserer Heimat Österreich, unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit sowie unserer natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet.“ (ebd.). Österreich habe außerdem sein Staatsgebiet zu schützen, seine Neutralität zu wahren und seinen Bürger*innen Schutz und Hilfe „in allen Bedrohungsszenarien“ zu gewähren. Betont wird: „Österreich ist kein Einwanderungsland.“ Es sei „Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft“ (ebd.). Außerdem spielen Freiheit als „höchste[s] Gut“ sowie die Staatsbürgerschaft eine große Rolle. Leistungen des Sozialstaates werden „Staatsbürgern“ zugesprochen (ebd.).

Wenngleich der FPÖ in vielen Bereichen eine typisch populistische Flexibilität zuzuschreiben ist, die sich etwa im Umschwenken von einer Zustimmung zum EU-Beitritt Österreichs zu einer Mobilisierung gegen die Union oder im Wandel von Deutschnationalismus über Österreichpatriotismus hin zu einer Anti-Islam-Haltung zeigt (Bauböck 2002: 236-246; Belafi 2017: 375; Heinisch 2004: 251, u.a.), lässt sich festhalten, dass eine ausgeprägte exklusive Identitätspolitik sowie die Ausgrenzung „Fremder“ Konstanten in der Politik der FPÖ darstellen. Letztere ist in der jüngeren Vergangenheit in den Fokus gerückt: Die Partei wird als „anti-immigrant FPÖ“ (Meyer/Rosenberger 2015: 31), oder „pronounced anti-immigration party“ (ebd.: 39), ihre Wahlkämpfe als „Ausländerwahlkämpfe“ beschrieben (Scharsach 2017: 162). Migration als zentrales Thema des Rechtspopulismus ist auch das Thema der FPÖ.

Die Policy-Positionen zu Migration lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die FPÖ stilisiert Migration zu einer Bedrohung. Sie verknüpft sie mit den Politikfeldern Sicherheit, Soziales/Wohlfahrtsstaat und Bildung. Migrant*innen, unterstellt sie, Straftaten zu begehen, das Sozialsystem auszunutzen, Arbeitsplätze wegzunehmen und das Bildungssystem zu gefährden. Diejenigen, die darunter „leiden“, sind in der Logik der Rechtspopulist*innen „die Österreicher“. Die FPÖ inszeniert sich als Beschützerin der Bevölkerung. Sie

fordert die Begrenzung von Migration. Grenzen und Nationalismus spielen dabei eine große Rolle.

Ein zweiter zentraler Strang der Positionierung der FPÖ stellt auf Grundlage des ausgeprägten Österreichpatriotismus die österreichische Identität in den Mittelpunkt. Diese wird durch Einflüsse von „außen“ als bedroht dargestellt. Eine dichotome Gegenüberstellung von „uns“ und „den anderen“ ist fester Bestandteil der FPÖ-Politik. Zum Feindbild werden zunehmend Muslim*innen und der Islam entwickelt. Liebhart fasst die Politik der FPÖ wie folgt zusammen:

To sum up, the Freedom Party of Austria, while consistently focusing on its image as a protector of the „native Austrians“ against both illegal immigrants and „Brussels“ (the EU), has consistently promoted its role as a guarantor of Austrian identity and a defender of social welfare for the „native Austrians“. It has always been part of the argument that the welfare state cannot be maintained if immigration, especially from Muslim countries, is not stopped. (Liebhart 2019: 90)

Zurückzuführen sind die bis zum plötzlichen Ende der Regierung im Mai 2019 zunehmenden Zustimmungswerte der FPÖ auf eine „komplexe Wechselbeziehung zwischen Medien, Skandalisierung und einer Politik der Angst (und Bedrohung)“ (Wodak 2016: 211). Inzwischen war die Partei mehrfach an der Bundesregierung beteiligt, sie setzt aber auch und insbesondere aus der Opposition heraus Themen und wirkt auf politische Inhalte und Strategien anderer Parteien ein (Ajanovic et al. 2018: 636; Belafi 2017: 379; Gruber 2014: 36). Ihr starker Einfluss auf die Debatte um Migration wird im folgenden Kapitel detailliert beschrieben.

4. Die neue Volkspartei (ÖVP)

Die neue Volkspartei ist unter diesem Namen erst drei Jahre alt: 2017 gab sie der Traditionspartei ÖVP ein neues Gesicht. „Neu“ ist die Aufmachung der Partei. Außerdem haben sich inhaltliche Schwerpunkte verschoben und Positionen verschärft. Die Volkspartei wird in diesem Kapitel vorgestellt.

Die ÖVP wurde 1945 als „neue, sich von der Vergangenheit abgrenzende Partei“ und Nachfolgerin der Christlichsozialen Partei gegründet (Müller 2006: 341). Ihr Selbstverständnis entsprach einer bürgerlichen Sammlungspartei, die zwischen 1945 und 1970 als stärkere beziehungsweise alleinige Regierungspartei in Österreich dominierte, danach jedoch jahrelang in der Opposition blieb (ebd.: 341-342). Nach einigen Jahren der Großen Koalition unter Führung der SPÖ gelang es der ÖVP 2000, 2002 und 2017 –nun als türkise Volkspartei – das Kanzleramt zurückzuerlangen (Bundeskanzleramt 2020).

Ideologisch orientierte die ÖVP sich nach 1945 an der christlichen Sozialreform, in den 1950er Jahren öffnete sie sich nach rechts, um gegen die Konkurrenz durch den VdU anzugehen (Müller 2006: 354-355). In den 1960er Jahren kam es zu inhaltlichen Reformen in der Partei, in deren Mittelpunkt eine Orientierung an der Wissenschaft und die Stärkung katholisch-konservativer Positionen standen. In den 1990ern erhielt sie ein neues Grundsatzprogramm und wurde zur Jahrhundertwende schließlich als „konservativ-liberal“ beschrieben (ebd.: 355-358).

Das aktuelle Grundsatzprogramm von 2015 gibt Aufschluss über das heutige Selbstverständnis der ÖVP sowie über ihre Politik: Sie versteht sich als „moderne christdemokratisch geprägte Volkspartei“, „Partei der politischen und gesellschaftlichen Mitte“, „Partei des unternehmerischen Denkens und Handelns“, „soziale Integrationspartei“, „Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft“, „Österreichs Familienpartei“ sowie „Reform und Modernisierungspartei“ (Die neue Volkspartei 2015). Ihre „Kernwerte“ sind „Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Leistung, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit“ (ebd.).

In Bezug auf politische Inhalte lässt sich die ÖVP weniger als „Programm-Partei“ beschreiben, vielmehr richtet sie ihre Politik auf Pragmatismus und

Personalisierung aus (Müller 2006: 354). Das Meinungsspektrum ist sehr breit und insbesondere bei gesellschaftlich-kulturellen Themen kaum zusammenzufassen (Müller 2006: 359). Interessant ist folgende Einschätzung:

Aus strategischer Perspektive besteht damit für die ÖVP immer die Gefahr, durch den politischen Gegner [...] in Entscheidungssituationen gebracht zu werden, in denen sie nicht wissen kann: wie immer sie sich entscheidet, wird sie einen Teil ihres Wählerpotentials nicht befriedigen. (ebd.: 360)

Die ÖVP hatte sich wie die SPÖ stets an traditionellen „cleavages“ wie der Wirtschaft und sozialen und religiösen Werten orientiert (Aichholzer et al. 2014: 119). Migration und ethnische Beziehungen waren bis etwa 2010 keine Themen der Partei. Überlegungen zu strategischem Parteiverhalten zufolge ist eine Depolitisierung zu erwarten, wie sie im Subkapitel 5.2. für den Zeitraum bis in die 80er Jahre beschrieben wird. Danach war die ÖVP an zahlreichen Restriktionen der Asyl- und Migrationspolitik beteiligt (siehe 5.2. *Die politische Debatte um Migration*). Ihre Policy-Positionen in diesem Politikfeld verschärften sich.

2017 präsentierte die ÖVP sich als „neue Volkspartei“, nachdem der damalige Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz am 1. Juli des Jahres mit 98,7 % zum Bundesparteiobmann gewählt wurde (Die neue Volkspartei 2017). Die Partei erlebte ein „rebrand“, wechselte ihre Farbe von schwarz zu türkis und rekrutierte Kandidat*innen von außerhalb der Politik (Liebhart 2019: 93). In den Mittelpunkt rückte die Bestrebung, eine „Bewegung“ zu werden (ebd.: 94; Körber 2017). Der Zusatz des neuen Parteinamens „Liste Sebastian Kurz“ unterstreicht eine verstärkte Personalisierung. Der Kanzlerkandidat und spätere Bundeskanzler gestaltete entscheidend die Neuausrichtung. Vor der Nationalratswahl 2017 entwickelte er sich zum Hoffnungsträger der Volkspartei, ihr Erfolg wurde dem „Kurz-Effekt“ zugeschrieben (Plasser/Sommer 2018: 71-76).

Unter Kurz rückten Einwanderung und Integration in den Mittelpunkt. Schon zuvor waren es vor allem Migrations- und Integrationsfragen, für die dieser als Minister und Staatssekretär zuständig war und in denen er strikte Positionen vertrat: Kurz war Initiator der Westbalkankonferenz, die zur Schließung der Balkanroute führte und setzte sich für eine restriktive Linie in der Integrationspolitik ein (Plasser/Sommer 2018: 15). Plasser und Sommer

kommen zu dem Schluss, Kurz habe der ÖVP in Zusammenarbeit mit dem damaligen Innenminister Wolfgang Sobotka ein „konturiertes Profil in Flüchtlings- und Asylfragen“ verschafft; er schärfte also das Profil der Volkspartei, näherte diese allerdings in der Migrationspolitik in Grundzügen der FPÖ an, wenn auch ohne deren „polarisierende Schärfe“ zu übernehmen (ebd.: 71). Die NRW 2017 gewann die ÖVP mit 31,5 % als stimmenstärkste Partei nach einer als rechtspopulistisch beschriebenen Kampagne (Ajanovic et al. 2018: 639; Liebhart 2019: 94). Durch die Übernahme von FPÖ-Positionen in der Migrationspolitik gelang es Sebastian Kurz, „massiv Terrain gegenüber der FPÖ gutzumachen“ (Marchart 2017: 15).

5. Migration und Migrationsdebatte in Österreich

5.1. Einwanderung und Migrationspolitik nach 1945

Die Migrationsforscher Rainer Bauböck und Bernhard Perchinig (2006) betonen die diverse Migrationsgeschichte Österreichs. Scheibelhofer benennt drei Phasen der Migrationspolitik: Die Gastarbeiter*innen-Ära ab den 1960er Jahren, die „Versicherheitlichung“ („securitization“) von Migration in den 1990er Jahren und die Politik des „Managens“ von Migration nach 2000 (Scheibelhofer 2012: 321). Im Folgenden wird ein Überblick der Einwanderung nach Österreich sowie der Migrationspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben:

- **In Österreich „Gestrandete“:** Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lebten zahlreiche zwangsrekrutierte Arbeitende, Kriegsgefangene, überlebende Jüd*innen sowie vertriebene deutsche Minderheiten in Österreich. Viele verließen schnell das Land, aber weitere Flüchtlingsbewegungen folgten. Die große Zahl der Menschen führte dazu, dass Migrant*innen in Österreich als Belastung galten (Bauböck/Perchinig 2006: 727-728).
- **Gastarbeitende:** Der steigende Bedarf an Arbeitskraft, ausgelöst auch durch Emigration, führte Anfang der 1960er Jahre zur Rekrutierung Gastarbeitender aus Spanien, der Türkei und Jugoslawien, die 1974 plötzlich von der Regierung gestoppt wurde (Gruber 2014: 59-60). Ihre Intention war es, Einwanderung zu reduzieren und emigrierte Österreicher*innen zurückzuholen (Münz et al. 2003: 23, zit. nach Gruber 2014: 59-60).
- **Flüchtlingsbewegungen des Kalten Krieges:** Für Hunderttausende, die aus der Sowjetunion flohen, war Österreich das erste freie Land, in dem sie sicher waren. Österreich verstand sich jedoch als „Transitstation“ zum Westen (Bauböck/Perchinig 2006: 728).
- **„Asyl-“ bzw. „Migrationskrise“ nach dem Fall des Eisernen Vorhangs:** Die erste Hälfte der 1990er Jahre bezeichnen Bauböck und Perchinig als „Migrationskrise“ (Bauböck/Perchinig 2006: 732). Das Ende des Kalten Krieges und der Beitritt zur EU veränderten die internationale Rolle

Österreichs. Ein drastischer Anstieg der Zuwanderung Anfang des Jahrzehnts, ausgelöst durch ökonomisches Wachstum und den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, machten Asyl und Migration zu dominanten Themen in der Innenpolitik (ebd.). Die SPÖ-ÖVP-Regierung reagierte, indem sie Gesetze verschärfte und die Themen auf die politische Agenda setzte (Bauböck 2002: 232).

- **restriktive Asyl- und Migrationspolitik:** Die Folge waren ein restriktiveres Asylgesetz, das 1992 in Kraft trat und den Rechtsbegriff „Asyl“ einführte (Rieser 1995: 59), sowie das Fremden- und das Aufenthaltsgesetz von 1993, welches eine Einwanderungsquote festlegte (Bauböck/Perchinig 2006: 733; Mayer 2009: 141-142). Weitere legislative Reformen zur Reduktion von Einwanderung folgten 1997, 2002 und 2003 durch Änderungen im Fremden- und Asylgesetz (Bauböck/Perchinig 2006: 735; Gruber 2014: 63-64). In der Asylpolitik ging die ÖVP-FPÖ-Regierung so weit, dass sie gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und die Verfassung verstieß (Bauböck/Perchinig 2006: 737-738). 2005 folgte auf neue EU-Direktiven ein Fremdenrechtspaket, das zwar die Situation von „long-term residents“ in Österreich erleichterte, in anderen Bereichen wie der Familienzusammenführung aber Bedingungen verschärfte (Gruber 2014: 64-65).
- **Wechsel der Zuständigkeiten:** Einen Wendepunkt in der Einwanderungspolitik stellte ein Wechsel der politischen Zuständigkeiten dar: Während diese in den 1970er und -80er Jahren beim Sozialministerium lagen und Migrationsfragen, fokussiert auf Gastarbeit, nichtöffentlich im Rahmen der Sozialpartnerschaft behandelt wurden, wechselten sie zum Innenministerium; es erfolgte eine Verschiebung von der Kontrolle des Arbeitsmarktes zur Kontrolle der Grenzen (Bauböck 2002: 48; Mayer 2009: 141-142). Die rechtliche Verantwortung für die Aufnahme Asylsuchender lag bis 2004 bei der nationalen Regierung, dann wurde ein Mehrebenensystem eingeführt (Rosenberger/Müller 2020: 99). Integration rückte zunehmend in den Fokus der Migrationspolitik (Scheibelhofer 2012: 325-326). Die Einführung des Staatssekretariats für Integration im Jahr 2011 brachte eine organisatorische Trennung von Migration und Integration mit sich (Gruber/Rosenberger 2016: 11), verfolgt wird seitdem das Narrativ „Integration durch Leistung“ (ebd.: 14).

- **„Flüchtlingssommer“ 2015:** Im Jahr 2015 erreichten 88.340 Anträge auf internationalen Schutz österreichische Behörden, nach Deutschland und Schweden war Österreich in absoluten Zahlen das europäische Land, das die drittmeisten Asylsuchenden aufnahm und von noch mehr Geflüchteten durchquert wurde – aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, aber auch aus Afrika (Müller/Oberprantacher 2017: 224). Zentral in diesem Zusammenhang ist das Dublin-System der EU, das die Verantwortlichkeiten in der Asylpolitik innerhalb der Union regelt und besagt, dass der Mitgliedsstaat zuständig ist, dessen Grenze von einem Drittstaat aus zuerst überquert wird (ebd.: 225-226). Insbesondere aufgrund der Situation in Griechenland drohte das System, zu kollabieren, was dazu führte, dass unilaterale Lösungsansätze verfolgt wurden – so auch von Österreich (ebd.). Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP vollzogen eine Kehrtwende, von einer „Willkommenspolitik“ zur Schließung der Grenzen (Belafi 2017: 380). Im Januar 2016 beschlossen sie eine „Obergrenze“ für Asylanträge und weitere restriktive Maßnahmen zur Aufnahme Asylsuchender (Müller/Oberprantacher 2017: 227-228; Rosenberger/Müller 2020: 101). Dies verstärkte Konflikte zwischen verschiedenen politischen Ebenen (Rosenberger/Müller 2020). Die folgende rechtspopulistische Regierung gab der Bundespolitik ihre dominante Rolle zurück, „not only in border control, return and asylum procedure policies, but also in policies on the territorial distribution and the provision of welfare services for asylum seekers“ (ebd.: 105). Obwohl die Zahl der Asylanträge deutlich sank, verschärfte die Regierung den Zugang zum Asylsystem, „thus making Austria one of the most restrictive countries in admitting asylum seekers.“ (Benedek 2016: 950, zit. nach Müller/Oberprantacher 2017: 230). Die Einwanderungs- und Asylpolitik sind geprägt von Kontinuität und einem Trend zu restriktiven Maßnahmen (Kraler 2011: 52).

Insgesamt ist festzuhalten, dass sich Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs von einem Emigrations- zu einem Immigrations-Land entwickelt hat (Krzyżanowski/Wodak 2009: 58). Aktuell liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei rund 23 %, in Wien bei 44 % (Zahlen für 2017) (Österreichischer Integrationsfonds 2019).

5.2. Die (politische) Debatte um Migration

Migration ist ein fester Bestandteil der österreichischen Gesellschaft. Dem entgegen steht ihr Selbstbild. Rainer Bauböck drückt diesen Widerspruch 2002 wie folgt aus: „Austria is an immigration society that does not regard itself as an immigrant nation.“ (Bauböck 2002: 246). Die Debatte um Migration ist seit den 1990er Jahren stark politisiert. Politische Parteien nehmen darin eine entscheidende Rolle ein (Gruber 2014: 197). Der Diskurs ist polarisiert zwischen der politischen Linken, die eine liberalere Migrations- und Asylpolitik befürwortet, und der politischen Rechten, die striktere Regulierungen fordert (Sedlak 2000: 162). Einwanderung hat sich als „ideales“ Thema für radikal rechte Mobilisierung gezeigt (Betz 1998: 6). Rechtspopulistischen Parteien wird die Rolle eines „champions of public debates“ und „agenda setters“ zugeschrieben, ihre Politik erfolgt nach dem Motto, „[we] ‚knew all along‘ that migration was a ‚problem‘“ (Krzyżanowski/Wodak 2009, zit. nach Krzyżanowski 2013: 137). In Österreich ist es die FPÖ, die die Politisierung des Themas als Anti-Einwanderungs-Partei vorantreibt (Bauböck/Perchinig 2006; Krzyżanowski/Wodak 2009; Meyer/Rosenberger 2015). Dennoch mischen zunehmend auch andere Parteien in dieser Frage mit.

Im Folgenden wird die Debatte um Migration dargestellt. Der Fokus liegt auf dem politischen Diskurs. Die Rolle weiterer Akteur*innen im öffentlichen Diskurs, wie etwa der Medien, soll zumindest erwähnt werden, um ein möglichst umfassendes Bild aufzuzeigen. Sowohl Migrant*innen-Organisationen als auch Anti-Einwanderungs-Bewegungen außerhalb des Parteiensystems spielen in Österreich eine geringe Rolle (Merhaut/Stern 2018: 42; Meyer/Rosenberger 2015: 44-45). Mobilisierung erfolgt primär in der politischen Arena.

Bis in die 1980er Jahre war Einwanderung in der österreichischen Politik kaum ein Thema, das Politikfeld war weitgehend depolitisiert: Obwohl Gastarbeitende seit den 1960er Jahren nach Österreich kamen, wurde dies von der Großen Koalition und der darauffolgenden ÖVP-Regierung nicht zum Thema gemacht (Gärtner 2002: 18; Gruber 2014: 201-202; Liebhart 2019: 86-87). Ausländer*innen waren als Arbeiter*innen akzeptiert. Sie sollten zum Arbeiten nach Österreich kommen und das Land nach einer Zeit wieder verlassen – die Realität sah jedoch anders aus (Gärtner 2002: 18). Gärtner

zufolge war es daher nur eine Frage der Zeit, bis eine politische Partei das Thema „Ausländer“ zu ihrem machte (ebd.).

Dies geschah **Mitte der 1980er Jahre** durch die neu gegründeten Grünen als Pro-Einwanderungspartei (Gruber 2014: 202), vor allem aber durch die FPÖ, deren Aufstieg unter Jörg Haider als Parteiboss den Beginn von Veränderungen des Parteiensystems darstellte, die sich auch auf die migrationspolitische Debatte auswirkten. Die FPÖ machte „Anti-Ausländer-Politik“ zu ihrem Hauptthema (Gärtner 2002: 18-19). Durch in 3.3. *Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ* im Detail beschriebene Strategien wie Stereotypisierung, Vereinfachungen oder die Banalisierung des Diskurses und das Verknüpfen von Migration mit anderen Politikfeldern mobilisierte sie gegen Migrant*innen. Es gelang ihr, die Debatte für sich zu nutzen und eine der Hauptakteurinnen in der österreichischen Politik sowie eine der erfolgreichsten Anti-Einwanderungs-Parteien Europas zu werden (Meyer/Rosenberger 2015: 31; Liebhart 2019: 86). „Jörg Haider (and subsequently his successors as party leaders) over the years managed to make immigration the most controversial political topic in Austria“, so Liebhart (Liebhart 2019: 87). Der Erfolg der Partei und die Salienz des Themas verstärkten sich wechselseitig.

Migration beeinflusste – über die FPÖ hinaus – zunehmend die politische Debatte (Kraler 2011: 30). Dies verdeutlicht ein auffälliger Anstieg der migrationspolitischen Auseinandersetzungen im Parlament (Horvath 2014: 115). Der Einfluss der FPÖ zeigte sich in wachsendem Druck auf ÖVP und SPÖ (Duncan 2010: 351). Von ihr ausgehend hielten rassistische und diskriminierende Diskurse bereits in den 80er Jahren Einzug in ein breites Spektrum der österreichischen Politik (Krzyżanowski/Wodak 2009: 183). Zu beobachten war eine Radikalisierung der Diskurse der Mainstream-Parteien sowie in der Öffentlichkeit und den Medien, die Migration häufig als „Problem“ darstellten – allen voran die Boulevardzeitung *Krone* (Kohler 2017: 263; Meyer/Rosenberger 2015: 33; Rupnow 2017: 50).

In den 1990er Jahren erfolgte ein Paradigmenwechsel in der Migrations- und Asylpolitik. Flucht und Asyl rückten in den Mittelpunkt der Debatte (Merhaut/Stern 2018: 30-31). Es dominierten Diskussionen um Sicherheit und die

Gefahren von Migration (Scheibelhofer 2012: 324), genauer zu Themen wie „Schwarzarbeit, Schlepperwesen, Kriminalität, Scheinehen, ‚Parallelgesellschaften‘, die Gefährdung der ‚kulturellen Identität‘ Österreichs oder die Frage der Integration“ (Wonisch 2019: 453). Die politische Aktivität im Feld der Migrationspolitik nahm weiter zu (Meyer/Rosenberger 2015: 45; siehe 4.1. *Einwanderung und Migrationspolitik nach 1945*), das Thema wurde zunehmend öffentlich debattiert und tauchte verstärkt in Wahlkämpfen auf (Bauböck 2002: 248). Der Prozess der Politisierung ging mit radikalen Forderungen der FPÖ wie einem Stopp der Zuwanderung sowie radikaler Rhetorik der Partei einher (siehe 3.3. *Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ*). Teil ihrer Mobilisierung war das 1992/93 gestartete Volksbegehren „Österreich zuerst“ (Krzyżanowski/Wodak 2009: 116; Liebhart 2019: 87; Rupnow 2017: 49). Als einzige Partei nutzte sie konsequent rassistische und diskriminierende Argumente; durch Worte und Handlungen der FPÖ verstärkte sich die öffentliche Bedeutung von Migration als etwas Negatives, Ungewolltes (Krzyżanowski/Wodak 2009: 116-117). Eine wachsende Ablehnung von Migration zeigte sich in Umfragen: Waren 1989 nach dem Fall des Eisernen Vorhangs noch viele Österreicher*innen positiv gegenüber Einwanderer*innen eingestellt, wuchs die Angst vor steigender Kriminalität (Gärtner 2002: 19). 1991 antworteten 49 Prozent der Befragten mit „absolut nicht“ auf die Frage, ob Österreich Einwanderer*innen und Asylsuchende aus Ungarn aufnehmen sollte, bei der Frage nach Menschen aus arabischen Ländern und Nordafrika waren es 68 Prozent. Jeweils 22 Prozent sagten, Ausländer*innen seien „dreckig“ und „aggressiv“ (Plasser/Ullrich 1991: 322, zit. nach Gärtner 2002: 19). Österreich bestätigt damit einen von Betz beschriebenen Trend:

An impressive number of surveys point to the same conclusion: In the 1980s, hostility toward new and resident immigrants was growing considerably throughout Western Europe. By the early 1990s, a majority of the Western European population supported a number of xenophobic views. At the same time, the „immigrant problem“ became one of the most important political issues with governments and political parties coming under mounting public pressure to offer effective solutions. (Betz 1994: 103)

In Sicherheits-, Migrations- und Asylfragen übte die FPÖ Druck auf die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP aus, nahm auch und besonders als Oppositionspartei Einfluss und emotionalisierte den Diskurs um Migration

(Krzyżanowski/Wodak 2009: 116; Reisigl 2005: 57; Wodak 2016: 206). Dies wäre jedoch – zumindest in dieser Form – nicht möglich gewesen, hätten andere Parteien sich mit klarer Haltung dagegen gestellt:

It was the Austrian government that did not implement laws against these trends. And it was parts of the media that supported xenophobia as well. And, finally, it was a widespread prevailing mood among society which made it very easy to act xenophobic. (Gärtner 2002: 29)

Wie in 3.3. *Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ* beschrieben, zieht sich die Ausgrenzung „Fremder“ und somit die Grenze zwischen „uns“ und „den anderen“ konstant durch die Politik der FPÖ. Sie ist aber auch eng verknüpft mit der Politik anderer österreichischer Parteien. Bauböck zufolge ist diese Verbindung in keinem anderen Politikfeld so deutlich (Bauböck 2002: 246). Andere Parteien machten Migration zunehmend zum Thema. „This gave added credibility to the virulent xenophobic propaganda of the FPÖ, which gained the thematic leadership in this field and appeared to pull the ruling parties towards its own positions.“ (ebd.: 232).

Maria Sedlak untersuchte die parlamentarische Debatte zu ethnischen Themen in den Jahren 1996 und 1997 und beschreibt einen Rückgang der Polarisierung zwischen „Links“ und „Rechts“, in deren Folge negative Einstellungen gegenüber Migrant*innen überwiegen (Sedlak 2000: 162). Sie stellt fest, dass eine Kriminalisierung sowie Problematisierung von Migration von der FPÖ und den regierenden Parteien SPÖ und ÖVP betrieben wurde (ebd.). Eine trennscharfe Gegenüberstellung von „In-Groups“ (Österreicher*innen) und „Out-Groups“ (Migrant*innen) dominierte die Debatte, Diskriminierungen und rassistische Haltungen wurden häufig heruntergespielt oder geleugnet (Sedlak 2000: 162-163). Es wurde nach EU- und Nicht-EU-beziehungsweise „gewollten“ und „nicht gewollten“ Ausländer*innen unterschieden (ebd.). Der FPÖ wird dabei der thematische Leadership zugeschrieben, sie vertrat nationalistische, populistische und rassistische Positionen, die sich häufig direkt gegen bestimmte ethnische Gruppen richteten (Sedlak 2000: 164-166). Die Regierungsparteien verteidigten und legitimierten ihre eigene die Politik, wobei die SPÖ etwas liberalere Positionen, die ÖVP restriktivere vertrat. Positiv dargestellt wurden die Migrant*innen, die für Österreich (wirtschaftlich) „nützlich“ sind (ebd.). Liberale

und Grüne verfolgten zwar eine anti-rassistische Linie, ihr Einfluss war jedoch schwach (ebd.). Es ist also ein Zusammenspiel verschiedener Akteur*innen, das den negativ geprägten Diskurs um Migration in den 90er Jahren bestimmte.

Einen weiteren Meilenstein in der Entwicklung dieses Diskurses stellte die ÖVP-FPÖ-Koalition **ab dem Jahr 2000** dar. Sie zeigte, dass der politischen Debatte entsprechende Handlungen folgten. Die Regierung erwirkte (teilweise verfassungswidrige) Gesetzesverschärfungen im Bereich Migration und Asyl (siehe 4.1. *Einwanderung und Migrationspolitik nach 1945*). In der parlamentarischen Debatte im Jahr 2002 zeigte sich, dass der Migrationsdiskurs der ÖVP sich dem der FPÖ deutlich annäherte, während die SPÖ sich diesem zu dieser Zeit entgegenstellte (Krzyżanowski/Wodak 2009: 178-179). In vielerlei Hinsicht brach die Linie von ÖVP und FPÖ jedoch weder mit der früheren Regierungskonstellationen noch mit der darauffolgenden Großen Koalition (Duncan 2010: 349).

Passend zu dieser Beobachtung liefert die Publikation von Sarah Meyer und Sieglinde Rosenberger (2015) interessante Befunde zu der Frage, welche Akteur*innen den Migrationsdiskurs dominieren. Sie untersuchten die Wichtigkeit des Themas Einwanderung in Österreichs öffentlichem Diskurs anhand der Medien *Kronen Zeitung* und *Der Standard* zwischen 1995 und 2009. Das Ergebnis: Das Thema war, insbesondere in den späteren Jahren, im Vergleich zu anderen Ländern relativ salient (Meyer/Rosenberger 2015: 31). Außerdem sind „Peaks“ in den Jahren 2001, 2007 und 2009 zu erkennen – unabhängig von einer Regierungsbeteiligung der FPÖ. Vielmehr seien es Regierungsakteur*innen, die das Thema am dominantesten vorbrachten (ebd.: 37-38). Als Erklärung für diese zunächst unerwarteten Ergebnisse ziehen die Autorinnen die Strategien der Mainstream-Parteien im Umgang mit der FPÖ heran: Die Parteien setzten sich dieser nicht aktiv entgegen, sondern versuchten, die FPÖ in Schach zu halten, indem sie mit ihr kooperierten, ihre Forderungen legitimierten und das Thema Migration selbst aktiv betonten (ebd.: 48).

Ab Mitte der 2000er Jahre verschob sich die Art und Weise, wie Migration debattiert wird. Ähnlich der Politik der FPÖ fokussierte auch der öffentliche

Diskurs zunehmend Geflüchtete aus sogenannten Drittstaaten. Diese Spezifizierung entwickelte sich in den folgenden Jahren weiter zu einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Islam (Krzyżanowski 2013: 137). Diese geht mit der engen Verknüpfung von Migrations- und Sicherheitspolitik einer und verstärkte sich durch Ereignisse wie 9/11 (Bauböck/Perchinig 2006: 738; Meyer/Rosenberger 2015: 44). SPÖ und ÖVP, die ab 2006 auf Bundesebene eine Große Koalition bildeten, gerieten weiter unter Druck durch die FPÖ (Rheindorf/Wodak 2018: 33) – auch da im Rahmen der Erweiterung des Schengen-Raums Grenzkontrollen abgeschafft, EU-weit strengere Einwanderungsbestimmungen diskutiert und eingeführt und die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei für antimuslimische Mobilisierung instrumentalisiert wurden (Wodak/Köhler 2010: 40).

Zu betonen ist allerdings, dass auf anderen Ebenen des politischen Diskurses zur selben Zeit eine andere Linie verfolgt wurde: So erfolgte unter der SPÖ in Wien eine weitere Öffnung der Migrationspolitik. Migration wurde nicht vorrangig negativ, sondern auch als Potenzial für die Stadtentwicklung angesehen (Antalovsky et. al. 2002, zit. nach Wonisch 2019: 458). Große Städte beteiligten sich eher an der europäischen als an der österreichischen Ausrichtung der Debatte um Migration (Wonisch 2019: 459).

Auf Bundesebene beeinflusst die FPÖ bis heute politische Diskurse und Positionen und gibt sie mitunter sogar vor. Dies gilt für das Thema Migration ganz besonders und zeigt sich an zahlreichen inhaltlichen Annäherungen, die ÖVP und SPÖ in den vergangenen Jahren an die Positionen der FPÖ vollzogen haben. Insbesondere seit 2013 sind Geflüchtete ein zunehmend salientes Thema in der politischen Debatte (Rheindorf/Wodak 2018: 19). Versuche, Migration und Integration zu versachlichen beziehungsweise zu depolitisieren, zeigten keine Wirkung, die Themen bleiben politisch und medial „Dauerbrenner“ und Asylwerber*innen werden **rund um die Flüchtlingsbewegungen seit 2015** weiter zu Feindbildern stilisiert (ebd.; Wonisch 2019: 466-467). Sicherheit durch Zäune und Grenzen sowie eine vermeintliche Bedrohung, insbesondere durch den „dämonisierten männlichen Migranten“ als der „andere“, dominieren den Diskurs (Rheindorf (im Druck), zit. nach Rheindorf/Wodak 2018: 34). Die

ÖVP nutzt ökonomische Argumente, um ihre zunehmend restriktive Haltung in der Migrationspolitik zu legitimieren (Rheindorf/Wodak 2018: 33). Rheindorf beschreibt für das Jahr 2015 eine „wohl etablierte[n] Securitization und Ökonomisierung sämtlicher Migrations- und Integrationsfragen“ (Rheindorf 2017: 202-203).

Während Österreich im Sommer 2015 zunächst stolz auf seine offene Haltung gegenüber Geflüchteten war und die „Refugees Welcome“-Bewegung die Öffentlichkeit bestimmte, erwägte die Regierung kurze Zeit später, einen Notstand auszurufen und das Recht auf Asyl auszusetzen (Rupnow 2017: 37-38). Der Verlust der Kontrolle über die Grenzen war ein zentraler Faktor in der öffentlichen Wahrnehmung (Rosenberger/Müller 2020: 98). Der dominante Diskurs verschob sich innerhalb eines halben Jahres drastisch – hin zu einem Klima aus Angst und Ressentiments (Gruber 2017: 47-48; Simsa 2017: 83). Dies spiegelt sich auch im medialen Diskurs wieder, in dem ein Wechsel von Solidarität zu „hostility, fear and security and economization narratives“ erfolgte (Chouliaraki/Zaborowski 2017, Greussing/Boomgaarden 2017, zit. nach Kluknavská et al. 2019: 14-15).

„[...] by the end of 2015 both public debate as well as the government's strategy had undergone a drastic shift in light of growing pressure from the public, tabloid media and populist radical right parties.“ (Gruber 2017: 39). Daraus folgte schließlich: „[...] refugees are not so welcome any more – only at a limited number, for a limited period, at a limited cost and under the premise of unequivocal integration.“ (ebd.: 51). Betrachten wir diese Entwicklung vor dem Licht der Verschiebungen im politischen Migrationsdiskurs seit den 1980er Jahren, so stellt jedoch eher die offene Haltung zu Beginn des Sommers 2015, geprägt von zivilgesellschaftlichem Engagement, eine Ausnahme dar, während die politische Debatte rund um die restriktive Haltung der Regierung sich in die Entwicklung des Politikfeldes Migration einfügt und eine Verständigung auf zentrale Prinzipien verdeutlicht, beeinflusst durch die Anti-Migrations-Haltung der FPÖ (Kraler 2011: 52).

In der aktuellen Debatte um Migration wirken die Reaktionen auf die steigende Zahl Geflüchteter an Österreichs Grenzen im Spätsommer 2015 nach – ein Bogen lässt sich zur eingangs beschriebenen *Normalisierung*

rechtspopulistischer Strategien und Positionen schlagen. Ähnliche Rhetorik wie die der FPÖ ist bei Vertreter*innen anderer Parteien zu finden (Liebhart 2019: 93). Die FPÖ hat einen ideologischen Sieg errungen, denn die ÖVP unter Sebastian Kurz sowie einige Gruppen innerhalb der SPÖ sind weiter nach rechts gerückt (ebd.). Auch innerhalb der FPÖ ist eine Veränderung zu beobachten: Standen in den 1990er Jahren das Thema „Ausländer“ und das Ziel, Einwanderung zu stoppen, im Mittelpunkt ihrer Politik, wird dieses heute subtiler verfolgt, indem Migration mit Themen wie Patriotismus, Islam, Kultur, dem Sozialstaat oder der inneren Sicherheit verknüpft wird (Belafi 2017: 373).

Das Ergebnis der Nationalratswahl 2017, das eine ÖVP-FPÖ-Koalition zur Folge hatte, bestätigte die Mobilisierungskraft des Themas Migration (Pelinka 2019: 156). Asylfragen bestimmten den vorangegangenen Wahlkampf und Asyl blieb ein extrem politisiertes, negativ konnotiertes Thema (Rosenberger/Müller 2020: 98). Was 2018 als „Festung Europa“ den europäischen Diskurs dominiert (Walden 2019: 476), schlägt sich auch in Österreich nieder. So stand die österreichische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ (Walden 2019: 471), im Oktober desselben Jahres lehnte Österreich den UN-Migrationspakt ab (Die Presse 2018).

Die Debatte um Migration ist charakterisiert durch überwiegend negative Haltungen sowie Forderungen nach einer restriktiven Migrations- und Asylpolitik. Dies gilt insbesondere für die bundespolitische Arena und die Regierungsparteien sowie die rechtspopulistische FPÖ. Letztere beeinflusst die Migrationsdebatte seit den 1980er Jahren entscheidend und übt Druck auf ÖVP und SPÖ aus. Politische Debatten und Migrationspolitik in Zeiten der Regierungsbeteiligung der FPÖ brechen jedoch nicht mit der insgesamt verfolgten restriktiven Linie österreichischer Regierungen. Zentral sind Verknüpfungen von Migration mit anderen Politikfeldern. Insgesamt lässt sich die öffentliche Meinung zum Thema Einwanderung für viele Phasen als eher feindlich und ausschließend, teilweise rassistisch, beschreiben, ein großer Anteil der Bevölkerung spricht sich für eine restriktive Einwanderungspolitik aus (Friesl et al. 2010, Rosenberger/Seeber 2011, zit. nach Meyer/Rosenberger 2015: 32; Meyer/Rosenberger 2015: 45; Rupnow 2017: 44). Die öffentliche

Meinung korreliert mit politischen Debatten (Friesl et al. 2010: 9, OTS 2004, zit. nach Merhaut/Stern 2018: 43).

Migrationspolitik dient nicht nur der Steuerung von Zuwanderung, sie ist immer auch symbolische Politik, die zwischen Bürger*innen und „Fremden“ unterscheidet (Bauböck/Perchinig 2006: 726). Nur so lassen sich die Emotionalität des Themas Migration und sein Mobilisierungspotenzial erklären (ebd.: 727). Denn klar ist: Die Politisierung von Einwanderung lässt sich nicht mit der Entwicklung von Einwanderungszahlen erklären, vielmehr können Ereignisse wie der Terroranschlag 9/11, die eine intensivere Debatte über (muslimische) Einwanderer*innen mit sich bringen, Erklärungsansätze sein (Horvath 2014: 119; Meyer/Rosenberger 2015: 44).

Wie sich der politische Diskurs im Vorfeld der Nationalratswahl 2019 entwickelt hat, wird in den nächsten Kapiteln mit Fokus auf FPÖ und ÖVP untersucht.

6. Der Fall: der Wahlkampf zur österreichischen Nationalratswahl 2019

6.1. Die Wahl

Die österreichische Nationalratswahl am 29. September 2019 fand unter besonderen politischen Umständen als vorgezogene Neuwahl statt: Regulär wäre die nächste Wahl auf Bundesebene etwa drei Jahre später, nach Ablauf der fünfjährigen Gesetzgebungsperiode erfolgt (Bundesministerium für Inneres 2019b). Doch nachdem die ÖVP 2017 eine Regierungskoalition mit der FPÖ eingegangen war, platzte diese im Mai 2019 in Folge des sogenannten „Ibiza-Skandals“ (Oltermann 2019). Dieser war ausgelöst worden, nachdem die *Süddeutsche Zeitung* und *Der Spiegel* einen Tag zuvor ein Video veröffentlicht hatten, das den Vizekanzler und FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache zeigte, wie er gegenüber einer vermeintlichen russischen Oligarchen-Nichte im Gegenzug für Wahlkampfunterstützung staatliche Aufträge in Aussicht stellt. Eingefädelt worden war das Treffen von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus (ebd.). Strache trat einen Tag später zurück und Bundeskanzler Sebastian Kurz verkündete, mit „dieser“ FPÖ keine Koalition fortzuführen (Wodak 2019b). Kurze Zeit später erfolgte ein Misstrauensvotum gegen Kurz, das eine Übergangsregierung erforderlich machte. Knapp eine Woche nach der Veröffentlichung des Videos fanden außerdem die Wahlen zum Europäischen Parlament statt (Bundesministerium für Inneres 2019a). Politisch ging der NRW also ein ereignisreiches Jahr voraus.

Folgende Parteien traten in allen neun Bundesländern an: Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei (ÖVP), Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), NEOS – Das Neue Österreich (NEOS), JETZT – Liste Pilz (JETZT), Alternative Listen, KPÖ Plus, Linke und Unabhängige (KPÖ) und Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE) (Oesterreich.gv.at 2019). Das Ergebnis war wie folgt:

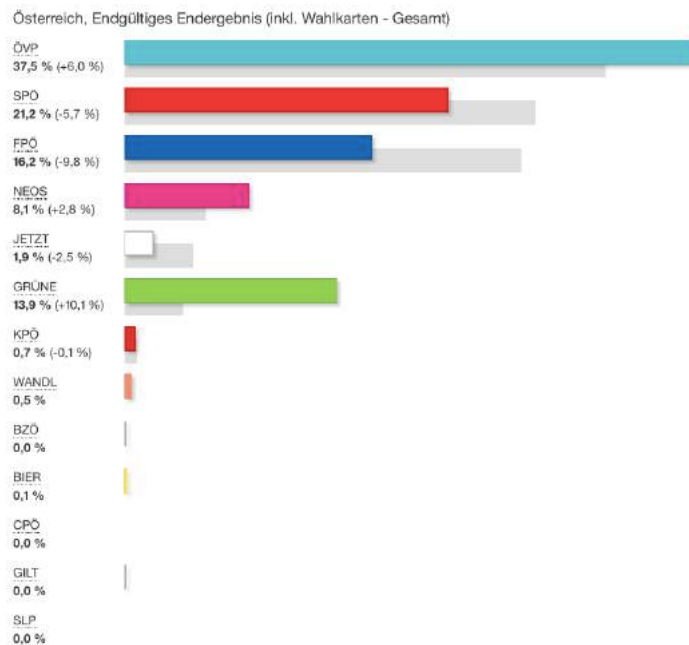


Abbildung 1: Ergebnisse der Nationalratswahl 2019
(Bundesministerium für Inneres 2019c)

Da für diese Arbeit der Zeitraum vor der Nationalratswahl sowie ÖVP und FPÖ relevant sind, erfolgt eine kurze Beschreibung ihres Wahlkampfes.

6.2. Die FPÖ im Wahlkampf 2019

Durch die Veröffentlichung des „Ibiza-Videos“ hatte die FPÖ einen Rückschlag erlebt. Es gelang ihr allerdings zumindest teilweise, im Wahlkampf davon abzulenken. Sie mobilisierte ihre Wähler*innen mit dem Ziel, zweitstärkste Kraft zu werden und warnte vor anderen Koalitionsvarianten als der vorherigen (ORF 2019c). Einem Kommentar auf *Zeit Online* kurz vor der Wahl zufolge schaffte die Partei es, den Auslöser für den Bruch der Koalition aus dem Kurzzeitgedächtnis ihrer Anhängerschaft zu verdrängen (Rohrer 2019).

Inhaltlich dominierte Migration den Wahlkampf der FPÖ, vorgebracht wurde das Thema insbesondere vom ehemaligen Innenminister Herbert Kickl (Vienna.at 2019). Das Wahlprogramm der Partei trug den Titel „Mit Sicherheit für Österreich: Fair. Sozial. Heimmattreu.“ und wird unter 7.3. detailliert beschrieben. Außerdem spielten sowohl soziale Medien als auch ein intensiver

TV-Wahlkampf mit zahlreichen neuen Formaten eine zentrale Rolle (Der Standard 2019). In den sozialen Netzwerken gab die FPÖ sich zwar weniger aggressiv als zuvor unter Strache, warnte aber etwa vor „Gewalt und Verbrechen durch Ausländer“ (Al-Youssef 2019).

6.3.Die ÖVP im Wahlkampf 2019

Das Ziel der ÖVP im Wahlkampf war folgendes: Der alte Kanzler sollte auch der neue Kanzler werden. Die Wahlkampagne der Partei stellte diesen in den Mittelpunkt und setzte auf den „Kanzler-Bonus“ (Vienna.at 2019). Zum Wahlkampfauftakt Anfang September machte Sebastian Kurz eine dreitägige Wahlkampftour durch das ganze Land und hielt immer wieder dieselbe Rede (Huber 2019).

Das Wahlprogramm umfasste „100 Projekte“ und wird im Folgenden näher beschrieben. Insgesamt gerieten Sachthemen im gesamten Wahlkampf häufig in den Hintergrund, präsent war jedoch auch bei der ÖVP das Thema (illegale) Migration (ORF 2019b; Vienna.at 2019). Für den Wahlkampf in den sozialen Medien gab die ÖVP viel Geld für den Auftritt des Kanzlerkandidaten aus: Thematisiert wurden etwa Bildungs- und Klimathemen oder Kurz Ausflüge in Österreich, außerdem warnte dieser vor einer „linken Koalition“ und machte Stimmung gegen SPÖ, Neos und Grüne (Al-Youssef 2019).

Vor der Wahl sahen Umfragen die Türkisen bei deutlich über 30 % der Stimmen, besonders hoch wurde das Ergebnis im Juni, direkt nach dem Ende der Regierung, vorhergesagt (Strobl et al. 2019). Doch in der Zeit danach häuften sich Pannen wie die Aufregung rund um eine „obskure Segnung“ des Kanzlerkandidaten, Parteispenden sowie die „Schredder-Affäre“ im Zusammenhang mit dem „Ibiza-Skandal“, denen die Partei sich stellen musste (Bauer 2019). Trotz allem erzielte die ÖVP schließlich 37,5 % (siehe *Abbildung 1*). Das Wahlergebnis eröffnete die Möglichkeit für die kommende Regierung aus ÖVP und Grünen.

7. Methoden und Material

7.1. Der Diskursbegriff

Um eine Antwort auf die Fragestellungen zu finden, wird in meiner Arbeit der Ansatz der Kritischen Diskursanalyse (KDA) zugrundegelegt. Dazu erfolgen zunächst eine Definition des Diskursbegriffs sowie eine kurze Einführung in die Diskursforschung.

Eine eindeutige Definition von Diskurs gibt es nicht (Reisigl 2005: 52). Vielmehr sind verschiedene Diskursbegriffe in der Politikwissenschaft zu unterscheiden: Der normativ-kritische Ansatz der „Diskursethik“ nach Jürgen Habermas legt ein Verständnis von Diskurs zugrunde als „Geregeltes Verfahren, mit dem in strittigen Fragen durch gleichberechtigte TeilnehmerInnen die Geltung von Argumenten rational überprüft und ein Konsens erzielt werden kann.“ (Kerchner 2006: 50). Beim analytisch-pragmatischen Ansatz der „Discourse Analysis“ wird Diskurs als Äußerungen im Gespräch verstanden beziehungsweise als „Feld komplexer sprachlicher und symbolischer Interaktion, auf dem (politische) Akteure ihr Verständnis von Wirklichkeit sowie die Logik ihres Handelns generieren.“ (ebd.). Die genealogisch-kritische, (post-)strukturalistische Diskursanalyse nach Michel Foucault sieht den Diskurs als „Menge von Aussagen, die einem geregelten (wissenschaftlichen) Formationssystem angehören, dessen (historisch sich wandelnde) Strukturen das (heute) Sagbare ordnen.“ (ebd.). Bei Foucault ist die Rolle von Macht entscheidend (Wodak 2019a: 3).

Ein Diskurs kann außerdem thematisch definiert („der Diskurs über den ersten Weltkrieg“, „der Diskurs über Migration“), durch Eigenschaften beschrieben werden („rassistische[r] Diskurs“, „antisemitische[r] Diskurs“) oder sich auf einen bestimmten Bezugsrahmen beziehen („der mediale Diskurs“, „der politische Diskurs“) (Wodak 2019a: 5).

Aus dem unterschiedlichen Verständnis des Diskursbegriffs und diesem zugrunde gelegten Diskurstheorien lassen sich verschiedene analytische Ansätze und Vorgehensweisen ableiten. Fokus der Analyse können primär sozialwissenschaftliches Interesse und/oder linguistische Herangehensweisen sein (Kerchner 2006; Wodak 2019a: 5). Generell gilt:

Die sozialwissenschaftliche Diskursforschung beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen Sprechen/Schreiben als Tätigkeit bzw. soziale Praktiken und der (Re-)Produktion von Sinnsystemen/Wissensordnungen, den darin eingebundenen sozialen Akteuren, den diesen Prozessen zugrunde liegenden Regeln und Ressourcen sowie ihren Folgen in sozialen Kollektiven. (Keller et al. 2007: 7)

Ob sich die Diskursanalyse als Theorie oder Methode einordnen lässt, bleibt umstritten (Kerchner 2006: 35). Und auch die konkrete forschungspraktische Umsetzung dieser ist Inhalt ständiger Debatten (Keller 2001b: 15, zit. nach Kerchner 2006: 51). Kerchner und andere Autor*innen erkennen die Bemühung, den Zusammenhang von Sprache und Politik, Wissen und Geltung, Realität und Deutung zu untersuchen, als „gemeinsamen Nenner“ (Angermüller 2001b: 7-8, Keller 2001b, zit. nach Kerchner 2006: 55). Je nach Ansatz unterscheidet sich, welches der Spannungsverhältnisse in den Mittelpunkt rückt und welches Material wie untersucht wird (Kerchner 2006: 55). Grundlegend zu unterscheiden sind quantitatives und qualitatives, deduktives und induktives Vorgehen.

7.2. Der Diskurshistorische Ansatz

Die Analyse in dieser Arbeit erfolgt in Anlehnung an den Diskurshistorischen Ansatz (DHA), der Texte in einem sozio-politischen Kontext verortet und anhand der Analyse von *Inhalten*, *Argumentationsstrategien* und *Sprache* ermöglicht, zu untersuchen, wie Aussagen in konkreten Texten enthalten sind und Sagbares stets neu verhandelt wird (Wodak 2019a: 5, 9-10). Der DHA ist ein der KDA zuzuordnender Ansatz, der von Ruth Wodak und anderen Wissenschaftler*innen in Wien entwickelt wurde (Fairclough et al. 2013: 86).

Die KDA oder „Critical Discourse Analysis“ geht auf die Kritische Linguistik aus den 1970ern zurück, aus der sich im Rahmen des „Critical Turn“ ein problemorientiertes, eklektisches, trans- und interdisziplinäres Projekt mit den Sozial- und Politikwissenschaften sowie ab den 1990er Jahren ein Netzwerk aus Forschenden entwickelt hat (Wodak 2013: xxi-xxiii, xxxix, 2019b; Wodak/Chilton 2005: XI; Wodak/Meyer 2009: 3-4). Sie hat zum Ziel, Implizites explizit aufzuzeigen und so die Zusammenhänge zwischen Diskurs, Macht und Ideologie zu hinterfragen (Wodak 2013: xxvi). Außerdem beabsichtigt sie, Theorie und Methode zu integrieren (Wodak 2019a: 2). Grundlage ist die

linguistische Annahme, dass die Art und Weise, wie über etwas gesprochen wird, Wirklichkeit konstruiert (ebd.: 6). Dabei ist auch entscheidend, was ungesagt bleibt (ebd.). Der Zusammenhang zwischen Sprache und Gesellschaft beziehungsweise Politik ist zentral, Diskurs wird als „soziale Praxis“ verstanden (Fairclough et al. 2013: 79).

Die Kritische Diskursforschung steht in der Tradition der Frankfurter Schule und bewegt sich zwischen der Diskursethik nach Habermas und dem französischen Strukturalismus nach Foucault (Kerchner 2006: 53). Sie subsumiert zahlreiche Ansätze mit vielfältigen theoretischen Grundlagen (siehe *Abbildung 2*). Für das konkrete Vorgehen der KDA gibt es keine einheitliche Herangehensweise. Viele Ansätze arbeiten mit bereits vorhandenen Daten und Texten (Wodak 2013: xxxix). Es dominieren induktive Herangehensweisen, bei denen die Bedeutung von Textpassagen analysiert und diese zentralen Themen zugeordnet werden (Krzyżanowski/Wodak 2009: 73). Die KDA hat sich für die Analyse (rechts)populistischer Diskurse und solcher zum Thema Migration bewährt (Hafez 2010: 70; Krzyżanowski/Wodak 2009; Krzyżanowski 2013).

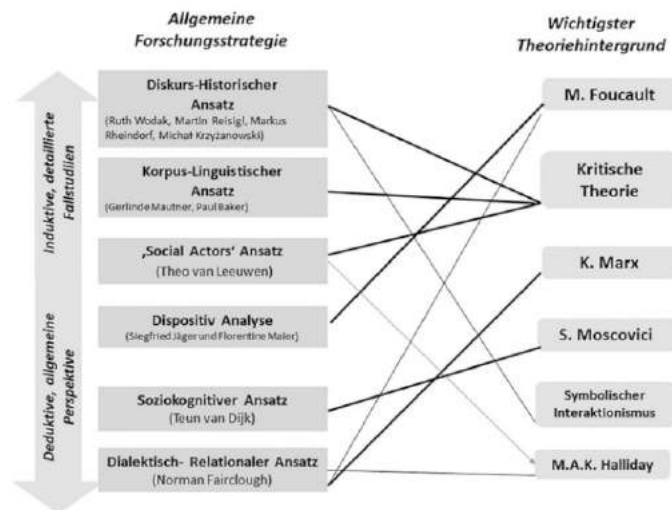


Abbildung 2: Forschungsstrategien der KDA und ihre theoretischen Grundlagen (Wodak 2019a: 8)

Der DHA versteht Diskurs als „Gesamtheit aller bedeutungstiftenden Ereignisse mit inhaltlichem Bezug zu einem bestimmten *Thema*“ (Reisigl/ Wodak 2001, 2016; Rheindorf 2017, 2018a; Wodak 2011, 2015a, 2016, zit.

nach Wodak 2019a: 9, Hervorh. im Original). Er fokussiert Politik und politische Diskurse (Wodak/Meyer 2009: 26) und eignet sich für das beschriebene Forschungsvorhaben, da er durch die Analyse von Aussagen in Texten Veränderungen betrachtet und so ermöglicht, Normalisierungen zu untersuchen (Wodak 2019a: 2,9).

Der Ansatz basiert auf der Critical Theorie sowie dem symbolischem Interaktionismus (siehe *Abbildung 2*). Wie bei allen Ansätzen der KDA sind Kritik, Macht und Ideologie für den DHA zentral. Er legt folgendes Verständnis dieser Konzepte zugrunde: Kritik meint, Distanz zu den Daten zu bewahren und diese in ihren sozialen Kontext einzubetten, die politische Positionierung der Diskursteilnehmer*innen klarzustellen und das eigene Vorgehen fortlaufend zu reflektieren (Reisigl/Wodak 2009: 87-89). Das Forschungsinteresse gilt es daher, transparent zu machen und leitende Thesen offenzulegen. Ideologie wird als eine Perspektive oder bestimmte (einseitige) Sicht auf die Welt verstanden, die dazu genutzt werden kann, Machtverhältnisse durch den Diskurs, Sprache und das Schaffen von Identitätsnarrativen aufrecht zu erhalten (ebd.). Macht ist die asymmetrische Beziehung zwischen sozialen Akteur*innen, die durch Diskurse legitimiert oder delegitimiert werden kann (ebd.).

Der DHA ist mit großen, interdisziplinären Forschungsprogrammen assoziiert und kann mit anderen Ansätzen kombiniert werden (Fairclough et al. 2013: 86; Wodak/Meyer 2009: 27). Das ist aus forschungspraktischen Gründen in dieser Arbeit nicht möglich und für das konkret eingegrenzte Forschungsinteresse auch nicht notwendig. Während Autor*innen wie Wodak quantitative und qualitative Analysen umfassender Materialkorpusse kombinieren (z. B. Wodak 2019a: 12-19), erfolgt in meiner Arbeit eine detaillierte qualitative Analyse des Textmaterials, die sich am DHA orientiert. „In-depth case studies“ sowie induktive, vom Material ausgehende Analysen sind typisch für den DHA (Wodak/Meyer 2009: 19-20; siehe *Abbildung 2*). Mein konkretes Vorgehen wird im Folgenden beschrieben.

Das Thema ist Migration. Forschungsgegenstand sind Beiträge zum migrationspolitischen Diskurs. Da Texte im Rahmen der Kritischen Diskursanalyse als Fragmente von Diskursen betrachtet werden (Wodak 2019a:

10), ist einschränkend anzumerken, dass die folgende Analyse nicht den gesamten Migrationsdiskurs erfasst, sondern eine Fokussierung auf die politische Arena, den Zeitraum des Wahlkampfes sowie FPÖ und ÖVP als zentrale Akteurinnen erfolgt. Untersucht wird exemplarisch, wie diese sich durch ihr jeweiliges Wahlprogramm im Diskurs positionieren und diesen beeinflussen.

Das untersuchte Material ist stets in einen sozialpolitischen Kontext mit historischer Dimension eingebettet (Wodak 2001, Reisigl 2011, Rheindorf 2017, 2018a,b, zit. nach Wodak 2019a: 9-10; Wodak/Meyer 2009: 26). Als kommunikatives Ereignis wird jeder Text in einem situativen Kontext produziert und rezipiert (ebd.). Diesen gilt es, zu beschreiben. Die historische Dimension ist zentral für den DHA, da er Veränderungen aufzeigen soll (Wodak 2019a: 2, 9). Dazu werden Hintergrund- und Kontextinformationen systematisch in die Analyse und anschließende Interpretation einbezogen (Fairclough et al. 2013: 86). In meiner Arbeit lassen sich zwar keine Veränderungen über Zeiträume hinweg erfassen, eine Einordnung soll jedoch durch die Beschreibung des Migrationsdiskurses in Österreich erfolgen, die in die anschließende Interpretation einfließt.

Zentral für meine Analyse ist die Orientierung an den Analysedimensionen des DHA. Methodologisch unterscheidet dieser die drei ineinander verwobenen Dimensionen *Inhalte*, *Argumentationsstrategien* sowie *sprachliche Realisierungsmittel* beziehungsweise Realisierungsformen (Wodak 2019a: 10). Diese leiten die Analyse. Dazu wird das Textmaterial auf den drei Ebenen analysiert und entsprechend kodiert. Die Ergebnisse werden in einer Tabelle dargestellt und im Kapitel 8. *Deskriptive Ergebnisse: Inhalte, Argumentationsstrategien, sprachliche Mittel* detailliert beschrieben. Die Inhalte werden in paraphrasierter Form wiedergegeben. Um zugrundeliegende Argumentationsstrategien herauszuarbeiten, sind die einzelnen Subfragen ein Hilfsmittel. Sie machen das Vorgehen transparent und nachvollziehbar. Auf der sprachlichen Ebene kann vor dem politikwissenschaftlichen Hintergrund des Forschungsinteresses keine umfassende linguistische Analyse geleistet werden. Auffällige sprachliche Mittel wie Euphemismen, Metaphern, Passivformen zur Tilgung von Akteur*innen, Fremdworte oder vage Ausdrücke (Wodak 2015a: 28), die die in den Texten enthaltenen Aussagen verstärken, sollen

jedoch in die Analyse einfließen. Dies ist legitim, da die genaue Ausgestaltung des DHA je nach Forschungsinteresse erfolgt (Reisigl 2018: 52-54) und auch Wodak bestimmte linguistische Elemente fokussiert (Wodak 2015a: 35-36).

Insgesamt orientiert sich die Analyse an den nach Analyseebenen differenzierten empirischen Forschungsfragen, die beim Kodieren des Materials zur Orientierung dienen (siehe 1.2. *Forschungsvorhaben*, 12.3. *Tabellen Analyse*).

Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezieller Personen (-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?

Tabelle 1: Analyseebenen und Subfragen

7.3. Material

Im Folgenden wird das ausgewählte Material definiert und die Techniken der Datensammlung sowie der Materialkorpus beschrieben. Um das Material zu definieren, gilt es, dieses anhand der Faktoren Zeit, Ort, Akteur*innen und weiterer spezifischer Variablen exakt einzugrenzen (Halperin/Heath 2012: 174). Diese Eingrenzung ermöglicht die von Halperin und Heath beschriebene „researchability“ (ebd.: 121).

Wahlprogramme eignen sich zur Analyse von Politikinhalten zu einem bestimmten Thema, da sie zu den Dokumenten mit der höchsten Policy-Dichte zählen (Dolezal et al. 2018: 240). Quelle der Datensammlung sind öffentlich zugängliche Dokumente der Parteien, die auf deren Website veröffentlicht wurden. Zeitlich bezieht sich das Material auf den Wahlkampf im September 2019, der in der NRW am 29. September mündet. Durch die Einschränkung der Auswahl auf die Wahlprogramme von zwei für die Untersuchung relevanten politischen Akteurinnen (FPÖ und ÖVP) erfolgt eine Konkretisierung des

Materials. Eine letzte Eingrenzung stellt die Auswahl der letztendlich detailliert zu analysierenden Textpassagen dar. Ausgewählt werden die Textteile, die Migration thematisieren. Um die Herangehensweise möglichst offen zu halten, werden alle Passagen berücksichtigt, die dies im weiteren Sinne tun. Dazu zählt die Thematisierung von Integration, des Islam und der österreichischen Identität, da diese der Literatur zufolge häufig mit Migration verknüpft und Einflüssen von „außen“ gegenübergestellt wird.

Der Materialkorpus umfasst somit zum einen das FPÖ-Wahlprogramm „Mit Sicherheit für Österreich: Fair. Sozial. Heimmattreu.“. Dieses enthält eine Einleitung, in der stichpunktartig aufgeführt wird, was die FPÖ bereits umgesetzt habe und was zu tun bleibe (FPÖ 2019). Anschließend folgen zwölf Kapitel. Die ersten drei thematisieren Migration direkt („Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur“, „Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug“ und „Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik“), das fünfte und sechste enthalten Verweise auf das Thema („Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus“, „Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten“) und das zehnte und elfte sprechen dieses indirekt an, indem Leistungen und Mitbestimmungsrechte ausschließlich Österreicher*innen zugesprochen werden („Leistbares Wohnen durch modernes Mietrecht“, „Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken“) (ebd.). Die genannten Kapitel umfassen jeweils eine Seite und sind durch Unterüberschriften gegliedert.

Zum anderen zählt das ÖVP-Wahlprogramm „Unser Weg für Österreich. 100 Projekte“ zum Materialkorpus. Es umfasst 39 Seiten und ist somit umfassender als das Programm der FPÖ. Gegliedert ist es in sechs Teile, die die österreichische Identität, Sicherheit, Europa, Gerechtigkeit, Bildung und Zukunft thematisieren, jeweils eine Einleitung enthalten und in weitere Themenkomplexe untergliedert sind (Die neue Volkspartei 2019). Die Punkte 01. bis 03. umfassen die Themen „Asyl & Migration.“, die Punkte 04. bis 13. „Integration.“, 14. bis 18. „Kampf gegen Extremismus und Hass.“ – wobei lediglich Punkt 09. keine Verbindung zu Migration enthält. Neben diesen werden der Punkt 31. unter der Überschrift „Mehr Sicherheit.“ analysiert sowie die Punkte 50. und 90., die ebenfalls Migration behandeln (ebd.).

Das Hinzuziehen derselben Quellen für beide Parteien soll die Grundlage für den anschließenden Vergleich schaffen.

8. Ergebnisse: Inhalte, Argumentationsstrategien, sprachliche Mittel

8.1. Migration im FPÖ-Nationalratswahlkampf

Migration ist ein zentrales Thema im Wahlprogramm der FPÖ (FPÖ 2019). Die folgende diskurstheoretische Analyse bezieht sich auf diesen Programmtext, dem auch die angeführten Zitate entnommen sind. Wie die FPÖ Migration kommuniziert, wird im Folgenden beschrieben. Dazu werden *Inhalte*, *Argumentationsstrategien* und *sprachliche Mittel* betrachtet (detaillierte Analyse siehe Anhang, 12.3. *Tabellen Analyse*). Um einzuordnen, in welchem Kontext die Thematisierung erfolgt, wird die Verknüpfung mit anderen Themenfeldern erhoben.

Die FPÖ verknüpft Migration eng mit **Identität, Heimat und Kultur**. Sie thematisiert die „Bewahrung der Heimat“. Diese erfolge, indem „Wir“ selbst darüber entscheiden, „wer kommen darf und wer sich integriert.“ Die FPÖ argumentiert aus Sicht der Österreicher*innen, deren Selbstbestimmtheit sie betont. Durch eine deutliche Abgrenzung nach außen („Illegale Migranten sind kein Teil unserer Heimat.“) konstruiert sie zwei Gruppen, die trennscharf gegenübergestellt werden: „Wir“, die Österreicher, versus „illegale Migranten“. Das „Wir“ wird verstärkt durch Possessivpronomen („unsere[r] Heimat“, „unser[em] Land“), die zwischen dem Eigenen und dem Fremden unterscheiden. Positive Zuschreibungen zur Gruppe der Österreicher*innen („Die Großzügigkeit, mit der Personen in unserem Land Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden“) schaffen ein positives Bild, das mit Zahlen untermauert wird („Alleine seit 2010 ist Österreich um 500.000 Personen ‚gewachsen‘“). Migrant*innen werden dagegen als ungewollte Gruppe charakterisiert, indem sie explizit als nicht Teil des „Wir“ bezeichnet werden. Nicht bestimmte Formen der Migration, sondern Migrant*innen als Menschen werden mit dem Attribut „illegal“ beschrieben. Durch die Formulierung „Wir entscheiden [...], wer kommen darf und wer sich integriert.“ wird ihnen die Entscheidungsfreiheit abgesprochen, und zwar nicht nur durch Einschränkungen der Zuwanderung, sondern auch bei der Integration vor Ort. Es wird *über* Migrant*innen gesprochen. Die FPÖ deklariert diese zu passiven

Akteur*innen. Sie warnt, dass aus Rücksicht auf „andere“ Kulturen „in Kindergärten Schweinefleisch und Nikolausfeiern gestrichen werden“. Die Kultur der Migrant*innen wird explizit als „anders“ beschrieben. Schweinefleisch und Nikolausfeiern werden exemplarisch herausgegriffen. Sie stehen stellvertretend für die österreichische Kultur und tragen zu einer Emotionalisierung des Diskurses bei, indem sie eine Identifikation mit dem „Wir“ erleichtern. Vermeintlich zentrale Bestandteile der österreichischen Kultur werden als durch „andere Kulturen“ gefährdet dargestellt. „Das andere“ wird zur Bedrohung.

Direkt im Anschluss thematisiert die FPÖ den **radikalen beziehungsweise politischen Islam**. Dieser dürfe „nicht toleriert werden“. Er wird personifiziert dargestellt, indem ihm die Absicht zugeschrieben wird, seine Ideologie verbreiten zu wollen. Durch den Kontext entsteht der Eindruck, der radikale Islam sei zentraler Bestandteil der Kultur „der anderen“. Die Aussage „Auch Religionen müssen sich an die österreichische Verfassung und die Gesetze halten.“ impliziert, der Islam tue dies nicht. Dieser Eindruck wird verstärkt, indem im selben Absatz „der Islam“ als „eine in Österreich anerkannte und respektierte Religion, aber kein Bestandteil der österreichischen Kultur“ beschrieben wird. Dies ist eine klare Abgrenzung zwischen dem Islam und der österreichischen Kultur. Die Grenzen zwischen dem politischen Islam und der Religion Islam dagegen verschwimmen. Es ist anzunehmen, dass es strategisch beabsichtigt ist, an dieser Stelle vage zu bleiben. Die FPÖ argumentiert auf der Grundlage der Verfassung. Sie nutzt diese, um zu betonen: „Kopftuch oder Burka haben daher keinen Platz in öffentlichen Ämtern.“ Emanzipation und Unterdrückung der Frau werden gegenübergestellt, Kopftuch und Burka seien Symbol der Unterdrückung. In Form einer Schwarz-Weiß-Malerei wird impliziert, emanzipiert sein könnten nur Frauen ohne Kopftuch, all diejenigen mit Kopftuch seien dagegen unterdrückt. So erfolgen Generalisierungen vermeintlich homogener Gruppen. Der Islam wird der österreichischen Kultur konträr entgegengestellt: Während Selbstbestimmtheit, Großzügigkeit, Schweinefleisch und Nikolausfeiern für die österreichische Kultur stehen, werden das Kopftuch und Unterdrückung dem Islam zugeschrieben.

Dominant ist außerdem die Darstellung von Migration im Kontext von **Sicherheit und Grenzen**. Die Überschrift „Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug“ enthält erneut eine Gegenüberstellung: Österreicher*innen, die geschützt werden müssen auf der einen Seite, Asylbetrug auf der anderen. Dies impliziert zum einen, dass Asylbetrug betrieben werde und zum anderen, dass dieser eine Bedrohung für die Sicherheit darstelle. Dies wird verstärkt, indem die FPÖ „Ausländer“ in einem Abschnitt des Wahlprogramms mit **Kriminalität** in Verbindung bringt: „Eine konsequente Abschiebung straffällig gewordener Ausländer oder die Anerkennung sicherer Herkunftsstaaten, in die beschleunigt abgeschoben werden darf, haben unser Land wieder sicherer gemacht.“ Die FPÖ nehme „das Sicherheitsbedürfnis der Österreicher sehr ernst“. Sie präsentiert sich als Beschützerin. Österreicher*innen wird das Bedürfnis nach Sicherheit zugeschrieben. Vor dem Hintergrund der zuvor beschriebenen „Gefahren“ impliziert dies, es herrsche Unsicherheit. Die FPÖ betont ihre Bemühungen um Sicherheit und beim Grenzschutz. Das Ergebnis: „Österreich ist dadurch nicht mehr länger ein bevorzugtes Zielland für illegale Einwanderer.“ Die FPÖ präsentiert ihre Politik als Erfolg. Im Gegensatz dazu hätten andere Parteien die „Flüchtlingsproblematik [...] völlig ignoriert“. Außerdem werden „private[n] Geschäftemacher[n] und unkontrollierte[n] NGOs“ verantwortlich gemacht. Die FPÖ erteilt Schuldzuweisungen. Durch die Bezeichnung „Flüchtlingsproblematik“ (später „Migrationsproblematik“) wird eine Wertung vorgenommen. Um dagegen vorzugehen, werden „Kampf“ und „Bekämpfung“ angekündigt. Migration ist also nicht nur problematisch, sie muss der FPÖ zufolge bekämpft werden. Wie zuvor bezeichnet sie Einwanderer*innen als „illegal“.

Ein Schwerpunkt liegt auf **Asyl**. Asylberechtigte werden als weitere Gruppe charakterisiert, die vor allem mit **Kosten** in Verbindung gebracht wird und an die im Rahmen des von ÖVP und FPÖ bewirkten Fremdenrechtsänderungsgesetzes 2018 Forderungen gestellt werden: „[...] dass sich Asylberechtigte an den Kosten für ihr Asylverfahren beteiligen müssen“. Eine leichtere Aberkennung des Asylstatus wird als legitim dargestellt, indem etwa Reisen Asylberechtigter in ihre Heimatländer als „Urlaub“ bezeichnet werden. Die Verwendung dieses positiv konnotierten, mit Vergnügen

assoziierten Begriffs stellt eine Bewertung dar. Die FPÖ fordert ein „schärferes“ Fremdenrecht und einen Stundenlohn von 1,50 Euro für Asylberechtigte bei gemeinnützigen Tätigkeiten, „da diese ohnehin gratis Kost und Logis erhalten.“ Durch diese Formulierung impliziert sie, Österreich gebe Asylberechtigten bereits viel. Begründet wird die Forderung durch den Vergleich zu einer anderen Gruppe: „Auch junge Rekruten beim Bundesheer verdienen nicht mehr.“ Diesen nutzt die FPÖ, um ihre Forderung legitim erscheinen zu lassen. Sie vergleicht undifferenziert und konstruiert eine Ungerechtigkeit zu Lasten der österreichischen Rekruten. Die Forderung wird so emotionalisiert.

Außerdem verknüpft sie Migration mit **internationaler und EU-Politik**. Der UN-Migrationspakt, die Verteilung von Flüchtlingen in Europa und der Einsatz von Schleppern werden thematisiert. Die UNO, die EU und deutsche Politiker*innen werden durch Schuldzuweisungen als Akteur*innen dargestellt, die unbemerkt Regelwerke einführen, illegale Einwanderung und Schlepperei duldeten und Flüchtlinge einladen. Der EU werden „autoritäre sowie zentralistische Bestrebungen“ zugeschrieben. Die FPÖ präsentiert sich als diejenige, die diese verhindere und so die österreichische Selbstbestimmtheit und Souveränität schütze: „Andernfalls [...] und wir könnten nicht mehr selbst entscheiden, wer nach Österreich zuwandern darf.“ Sie solidarisiert sich mit anderen Ländern, die eine restriktive Grenzpolitik verfolgen: „Länder, die [...] ihre Grenzen wie Ungarn schützen, werden hingegen angefeindet.“ Durch Ausdrücke wie „Massenzuwanderung“, Metaphern wie „Flüchtlingsströme“ und überzogene Darstellungen („Deutsche Politiker laden Flüchtlingsströme in ihr Land ein und wollen diese dann auf ganz Europa aufteilen.“) entwirft sie ein bedrohliches Szenario. Dem gegenübergestellt werden prägnante Ausdrücke wie „Willkommenspolitik“ und „linke Romantik“, die diesem nicht gerecht werden könnten. Richtigstellungen durch Formulierungen wie „Hier geht es nicht um Rettungseinsätze, sondern um von der EU geduldete Schlepperei.“ implizieren, allein die FPÖ verstehe die Problematik – im Gegensatz zu anderen politischen Akteur*innen. Um Geflüchtete geht es zwar, sie kommen jedoch nicht als Akteur*innen vor und bleiben passiv durch Formulierungen wie „Deutsche Politiker [...] wollen diese dann auf ganz Europa aufteilen“.

Durch eine Verknüpfung von Migration mit dem **Arbeitsmarkt, der Justiz, dem Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem** beschreibt die FPÖ das österreichische System als an den „Grenzen [seiner] Leistungsfähigkeit“. Ursache ist implizit (illegale) Einwanderung. Verantwortlich gemacht wird „linke“ Politik wie die des Ex-Kanzlers Faymann. Der umstrittene Slogan der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel aus dem Spätsommer 2015 „Wir schaffen das“ und „linke Romantik“ werden linker Politik zugeschrieben. Die FPÖ beschreibt drastische Folgen dieser Politik, verstärkt durch zahlreiche Adjektive und Steigerungen: „beispielsweise ein Justizsystem mit überfüllten Gefängnissen und überforderten Gerichten sowie die totale Überlastung des Polizeiapparates mit tausenden Überstunden“. Dies gelte auch für Schulen, das Sozial- und Gesundheitssystem. Durch Beschreibungen wie „angesichts dieser Zustände“ dramatisiert die FPÖ. Für den Arbeitsmarkt beschreibt sie Migrant*innen ebenfalls als Belastung: „Schlecht oder gar nicht ausgebildete Migranten können allerdings keinen Lehrlings- und Fachkräftemangel ausgleichen. Sie bewirken maximal ein Lohndumping für die österreichischen Arbeitnehmer und die heimische Jugend.“ In einer Gegenüberstellung von Migrant*innen und österreichischen Arbeitnehmer*innen, genauer Jugendlichen, werden erstere zu Schuldigen gemacht, die dafür sorgten, dass letztere leiden müssten. Verstärkt wird dies durch negative Zuschreibungen („schlecht oder gar nicht ausgebildet“), die undifferenziert erfolgen und so für eine gesamte Gruppe verallgemeinernd wirken. Die österreichische Jugend wird mit dem Adjektiv „heimisch“ beschrieben, das eine Identifikation mit dieser Gruppe erleichtert. Argumentiert wird erneut aus Sicht der Österreicher*innen.

Diese werden von der FPÖ explizit bevorzugt: Zusammenfassen lassen sich Forderungen, nach denen **Rechte und Leistungen ausschließlich Staatsbürgern** vorbehalten werden. Dazu zählen das Wahlrecht, leistbares Wohnen und Mitbestimmungsrechte. Es erfolgt die Charakterisierung einer Gruppe anhand der Staatsbürgerschaft. Die FPÖ argumentiert: „Wer in Österreich wählen möchte, soll sich um die Staatsbürgerschaft auch bemühen!“ Ableiten lässt sich, diese verdiene nur, wer sich genug bemüht. Objektive Kriterien zur Verleihung der Staatsbürgerschaft werden dagegen nicht thematisiert.

Das Wahlprogramm der FPÖ beinhaltet ausschließlich negative Thematisierungen von Migration. Insgesamt dominiert eine Gegenüberstellung von „uns“ und „den anderen“ sowie dem Eigenen und dem Fremden. „Österreicher“ sollen geschützt werden, die FPÖ betont deren Souveränität und Selbstbestimmtheit. Abgeleitet werden Forderungen, nach denen bestimmte Leistungen und Rechte ausschließlich Österreicher*innen zukommen sollen. Migrant*innen werden zu einer ungewollten, passiven Gruppe gemacht. Bezeichnungen wie (illegale) Einwanderer*innen und Asylwerber*innen scheinen dabei zu verschwimmen. Sie und ihre „andere“ Kultur werden der österreichischen Identität gegenübergestellt und zu einer Bedrohung stilisiert. Herausgegriffen wird der politische Islam, der mit Radikalität und Unterdrückung in Verbindung gebracht und so zum Feindbild wird. Die Gefährdung der Sicherheit ist zentral. Ein Fokus liegt auf illegaler Einwanderung. Die FPÖ macht die UNO, die EU, Schlepper, NGOs, deutsche Politiker und linke Politik verantwortlich für negative Entwicklungen. Sie präsentiert sich als Beschützerin der Österreicher*innen. Außerdem werden Migrant*innen einer (finanziellen) Belastung des Justiz-, Bildungs-, Arbeits-, Sozial- und Gesundheitssystems beschuldigt. Als Strategie der FPÖ sind negative Zuschreibungen zur Gruppe der Migrant*innen, Schuldzuweisungen, Schwarz-Weiß-Malerei und Generalisierungen zu erkennen, die zu einer Banalisierung des „Wir“ gegen „die anderen“ führen. Durch Dramatisierungen und ein durch bestimmte Ausdrücke („Kampf“, „bekämpfen“) und sprachliche Mittel verstärktes Bedrohungsszenario erfolgt eine Emotionalisierung des Diskurses. Begriffe wie „Heimat“ sollen eine Identifikation erleichtern.

8.2. Migration im ÖVP-Nationalratswahlkampf

Die ÖVP thematisiert Migration in ihrem Wahlprogramm in vielfältiger Verbindung mit anderen Themen und Politikfeldern (Die neue Volkspartei 2019). Die folgende Analyse sowie angeführte Zitate beziehen sich auf diesen Programmtext. Zahlreiche der „100 Projekte“ befassen sich mit Migration, überwiegend im ersten Teil des Programms „Unsere österreichische Identität bewahren“. Um aufzuzeigen, wie Migration kommuniziert wird, werden *Inhalte*,

Argumentationsstrategien und sprachliche Mittel analysiert (detaillierte Analyse siehe Anhang, 12.3. *Tabellen Analyse*).

Die **Bewahrung der österreichischen Identität** bildet den Kern des ersten Kapitels. Die ÖVP beschreibt diese und ihr zugehörige Werte, die Kultur und das Lebensmodell anhand zahlreicher Zuschreibungen:

Österreich steht auf einem starken Wertefundament, das von unserer jüdisch-christlichen Tradition und der Aufklärung geprägt ist. Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte gehören zu diesem Fundament. Unsere historischen Erfahrungen und diese Werte sind die Grundlage für unsere österreichische Identität, unsere Kultur und unser Lebensmodell.

Die in diesem Zitat aufgezählten Attribute sind positiv konnotiert, betont wird das „starke[n] Wertefundament“. Durch die Ergänzung des Possessivpronomens „unser“ zu jedem Bestandteil der Aufzählung wird ein „Wir“ geschaffen, eine Identifikation mit den beschriebenen Werten fällt so leichter. Anschließend beschreibt die ÖVP eine Veränderung der österreichischen Gesellschaft, die sie durch Zahlen belegt: Diese sei durch Migration vielfältiger geworden, jeder fünfte in Österreich lebende Mensch habe einen Migrationshintergrund. Migrant*innen brächten ihre Kulturen und Traditionen mit nach Österreich. Durch die Aussage „Bei weitem nicht alles davon entspricht unseren Werten und Überzeugungen.“ erfolgt eine Abgrenzung. Die Verstärkung „bei weitem“ erweckt den Eindruck, Kulturen und Traditionen von Migrant*innen seien eher konträr zu österreichischen Werten als mit diesen zu vereinbaren. Im Gegensatz zur österreichischen Kultur wird die von Migrant*innen nicht näher beschrieben, jedoch klar als „nicht zugehörig“ gelabelt. „Normen und Werte aus der Scharia“ und der politische Islam werden exemplarisch herausgegriffen. Erstere hätten in Österreich keinen Platz, letzterer wird als „Bedrohung für unsere freie Gesellschaft“ beschrieben. Durch die vorherige Einordnung, „bei weitem nicht alles“ der Kulturen und Traditionen von Migrant*innen entspräche österreichischen Werten, entsteht der Eindruck, die Scharia und der politische Islam machten einen Großteil dieser Kultur aus. Von der detailliert beschriebenen österreichischen Identität werden Migrant*innen ausgeschlossen. Verstärkt wird dies durch die Verwendung von Possessivpronomen auf beiden Seiten („unsere“ vs. „ihre“). Auf der

Akteursebene präsentiert die ÖVP sich als Bewahrerin der österreichischen Identität.

Eng verknüpft wird die österreichische Identität mit **Integration**. Die ÖVP kommuniziert eine Erwartungshaltung gegenüber Migrant*innen: „Wer beabsichtigt, in Österreich zu bleiben, muss unsere Werte akzeptieren. Integration heißt deshalb auch Anpassung an die österreichische Werteordnung.“ und „Wer hier leben möchte, muss seinen Beitrag leisten, sich an die Regeln halten und unsere Werte akzeptieren.“ Zugrundegelegt wird ein Verständnis von Integration als Anpassung. Um gelungene Integration zu schaffen, präsentiert die ÖVP einerseits Angebote, Unterstützung und Anreize, andererseits Verbote, die Reduktion von Leistungen und eine Verschärfung von Regeln. Anreize sollen geschaffen werden, „damit sich Menschen, die nach Österreich kommen, auch in unsere Gesellschaft integrieren“. Aktiv werden müssen also diejenigen, die zuwandern. Durch Bildung, Ehrenamt und den Arbeitsmarkt soll dies nach dem Motto „Integration durch Leistung“ gefördert werden. Sprache wird als „wichtiger Schlüssel für eine gelungene Integration“ gesehen, außerdem betont die ÖVP die Vermittlung österreichischer Werte: „Es braucht auch mehr Wissen über unsere Gesellschaft und unser Rechtssystem, um sich an unsere Grundwerte anpassen zu können.“ Dies wird an Pflichten geknüpft. Die ÖVP argumentiert aus Sicht der österreichischen Gesellschaft, die Anpassung an ihre Werte erwartet.

Dies gilt auch für das Kopftuch, dessen Verbot die ÖVP für Lehrerinnen in der Schule und für Kinder bis 14 Jahre fordert. So verknüpft sie Integration mit **Religion**. Frauen mit Kopftuch werden durch Generalisierungen als homogene Gruppe dargestellt. Die ÖVP argumentiert, Lehrerinnen mit Kopftuch stellten eine weltanschauliche Haltung zur Schau und propagierten ein Gesellschaftssystem, in dem die Frau schlecht gestellt ist. Das Kopftuch wird mit „gesellschaftspolitischen Zwängen“ in Verbindung gebracht und als „weltanschaulich und ideologisch behaftetes Symbol“ beschrieben, das Schüler*innen politisch beeinflussen könne. Die ÖVP fordert:

Wir wollen, dass sich Mädchen frei von diesen Stereotypen entwickeln können und Lehrerinnen ihnen dafür ein Vorbild sind. Um die Mädchen in der sensiblen Phase im Alter zwischen 10 und 14 Jahren zu schützen, soll das geltende Kopftuchverbot bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres ausgeweitet werden.

Sie begründet ihr Anliegen mit der Absicht, Mädchen schützen zu wollen. Verstärkt wird dies, indem eine bestimmte Altersphase als sensibel beschrieben wird. Die ÖVP präsentiert sich als Beschützerin, das Kopftuch wird durch umfassende negativ konnotierte Zuschreibungen als Hemmnis für Integration beschrieben. Die Lösung ist für die ÖVP ein Verbot. Weitere Probleme bei der Integration thematisiert sie mit der Forderung nach einer Reduktion von Leistungen und der Verschärfung von Kriterien. Migrant*innen werden mit **Gewalt in der Schule, Schulpflichtverletzungen und Konflikten** in Verbindung gebracht: „Bei den Themen Gewalt an der Schule und Schulpflichtverletzungen spielen die Eltern eine wichtige Rolle. In vielen Familien – vor allem solchen mit Migrationshintergrund – gibt es dafür aber oft kein Problembewusstsein.“ Dies gehe so weit, dass Lehrer*innen migrantische Eltern nicht vorluden, da es „immer wieder zu Konfliktsituationen kommen kann“. Familien mit Migrationshintergrund wird eine Neigung zu Gewalt, Pflichtverletzungen und Konflikten zugeschrieben. Durch diese Verallgemeinerung entsteht ein negatives Bild von Migrant*innen, verstärkt durch die abwertende Bezeichnung einer Gruppe von Eltern als Eltern von „solchen Kindern“. Die ÖVP argumentiert, der Staat zahle den Eltern Sozialleistungen, diese müssten im Gegenzug Verantwortung übernehmen und ihre Pflichten erfüllen. Geschehe dies nicht, sollen diese gekürzt werden. Auf mögliche Ursachen oder Differenzierungen wird nicht eingegangen. Insgesamt ist die Herangehensweise an Integration ambivalent, es dominieren jedoch Pflichten und Verbote sowie das Herausgreifen spezifischer Situationen, die generalisiert werden.

Ein Schwerpunkt liegt außerdem auf **Asyl, illegaler Einwanderung, (EU-)Grenzen und Sicherheit**. Die ÖVP präsentiert Österreichs strikte Asylpolitik mit dem Schwerpunkt des Grenzschutzes als Erfolg. Dieser wird mit Zahlen belegt: „2018 wurden 85 Prozent weniger Asylanträge gestellt als noch drei Jahre zuvor.“ Die ÖVP schlussfolgert: „Unser Kampf gegen illegale Migration muss entschlossen fortgesetzt werden.“ „Illegale“ Migration wird als „Herausforderung unserer Zeit“ und als Bedrohung dargestellt, die bekämpft werden müsse. In einer Reihe mit Naturkatastrophen und Cyber-Bedrohungen

werden Migration und offene Grenzen als Gefahr für die Sicherheit Österreichs beschrieben:

Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss jeden Tag neu gewährleistet werden. Die Migrationsbewegungen der letzten Jahre, offene Grenzen, Naturkatastrophen und neue Sicherheitsbedrohungen wie etwa im Cyber-Bereich zeigen das deutlich. Als neue Volkspartei wollen wir diesen Gefahren begegnen und Österreich zum sichersten Land der Welt machen.

Der Kontext verstärkt das Bedrohungsszenario. Eine Lösung sei es, Anreize zur Einwanderung zu minimieren. Dies impliziert, dass es solche Anreize gibt, Fluchtgründe werden heruntergespielt:

[...] Anreize minimieren, dass Menschen sich auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa machen, nur aufgrund der Aussicht auf ein besseres Leben und ohne Fluchtgrund, wie er in der Genfer Flüchtlingskonvention vorausgesetzt ist.

Argumentiert wird aus der Perspektive Österreichs. Durch die Betonung des „lebensgefährlichen“ Weges nach Europa wird implizit auch der vermeintliche Schutz von Migrant*innen als Argument für stärkeren Grenzschutz vorgebracht. Die ÖVP warnt außerdem, andere EU-Staaten könnten die Migrationspolitik aufweichen. Diese sollten im Rahmen einer Reform des europäischen Asylsystems sanktioniert werden. Österreich präsentiert die ÖVP durch bestimmte Ausdrücke als starken Akteur („Illegale Migration weiter bekämpfen“, „unser Kampf gegen illegale Migration“), der Superlativ „zum sichersten Land der Welt“ hebt Österreich klar von anderen Ländern ab und erweckt den Eindruck, dieses stehe an der Spitze. Anderen Ländern wirft die ÖVP das „Durchwinken illegaler Migranten“ vor. Nicht nur Migration, auch Migrant*innen bezeichnet sie als „illegal“. In der „Migrationskrise“, die die Situation durch einen wertenden Ausdruck beschreibt, fordert die ÖVP europäische Zusammenarbeit. Eine weitere Forderung ist, dass ausländische Häftlinge in ihrer Heimat inhaftiert werden sollten. Nur so könne „die Sicherheit unserer Bevölkerung gewährleiste[t]“ werden. Ausländische Häftlinge werden als Gefahr für die österreichische Bevölkerung beschrieben.

Unter dem Slogan „Stopp der Zuwanderung ins Sozialsystem“ verknüpft die ÖVP Migration mit dem **Sozialsystem**. Die Überschrift vermittelt durch das prägnante „Stopp“ eine klare Haltung, während sie impliziert, Zuwanderung erfolge unter der Absicht, vom Sozialsystem zu profitieren. Die Reform der Mindestsicherung soll aus Sicht der ÖVP das System schützen: „Denn nur so

kann auch effektiv sichergestellt werden, dass Asylberechtigte erst dann die volle Mindestsicherung bekommen, wenn gewisse Kriterien erfüllt sind, unter anderem ein bestimmtes Sprachniveau.“ Sozialleistungen werden an die Erbringung einer Leistung geknüpft. Dem Narrativ „Zuwanderung ins Sozialsystem“ folgend, wirft die ÖVP Zuwanderer*innen Missbrauch des österreichischen Sozialsystems vor, den sie durch eine Aufzählung von Zahlen illustriert:

Die Zahlen sprechen für sich: mehr als 130.000 Kinder, für die wir Familienbeihilfe im Ausland zahlen, 33.000 gestohlene und 163.000 verlorene E-Cards pro Jahr, mehr als 200 Mio. Außenstände bei ausländischen Krankenkassen, überfüllte Ambulanzen in den Spitälern und viele Fakten mehr.

Sie präsentiert mit einer Taskforce Maßnahmen, die das Sozialsystem schützen sollen. Die Zahlen tragen zur Legitimierung dieser Forderung bei. Durch die Formulierung, die Zahlen sprächen für sich, vermittelt die ÖVP eine vermeintliche Rationalisierung des Diskurses. Im Rahmen der Forderung, Haft in der Heimat auszubauen, beschreibt sie, nur so könnten „die heimischen Justizanstalten entlastet“ werden. Migrant*innen werden für eine Belastung des Systems verantwortlich gemacht.

Einmal mit Zuwanderung in Zusammenhang gebracht, thematisiert die ÖVP den **politischen Islam** unter der Überschrift „Kampf gegen Extremismus und Hass.“ ausführlicher. Sie fordert weitere gesetzliche Bestimmungen und eine Dokumentationsstelle. Dem politischen Islam wird der „Kampf“ angesagt, ebenso der „Paralleljustiz“, die wie in anderen Ländern auch in Österreich durch Islamische Friedensrichter, Schiedsgerichte und Scharia-Rechtssprechung entstehe. Diese Beispiele dienen der Veranschaulichung einer Bedrohung. Sie werden dem österreichischen Rechtssystem und der Demokratie gegenübergestellt: „Wir stehen für eine Demokratie, in der die Regeln für alle Menschen gleich sind“. Gewarnt wird, wie auch an anderen Stellen, vor „falsch verstandene[r] Toleranz“. Dem positiv konnotierten Begriff Toleranz wird eine falsche Absicht unterstellt, er rückt in ein negatives Licht. Das von der ÖVP benannte Ziel ist es, „unsere freie Gesellschaft vor dem politischen Islam besser zu schützen“. Insgesamt wird der politische Islam als Gefahr beschrieben, als deren Ursache Migration zwar nicht direkt genannt, in deren Kontext dieser jedoch thematisiert wird. Mehrfach-, Kinder- oder Zwangsehen

sowie die „Heirat von Cousins“, ebenfalls unter der Überschrift des Extremismus, werden dagegen explizit auf Zuwanderung zurückgeführt: „Durch die Zuwanderung aus Ländern, in denen die Ehe zwischen Cousin und Cousine eher üblich ist, gewinnt das Thema aber wieder stärker an Relevanz.“ Die Konstruktion einer Gruppe der „anderen“ wird so verstärkt. Was in Österreich nicht der Norm entspricht, wird Migrant*innen aus bestimmten Ländern zugeschrieben. Diese erscheinen als homogene Gruppe, differenziert wird nicht.

Eine Charakterisierung bestimmter Gruppen erfolgt auch bei der **Arbeitsmarktpolitik**. Im Kontext des Fachkräftemangels unterscheidet die ÖVP drei Gruppen, wobei die einen den anderen vorzuziehen seien:

Ziel muss es sein, die größtmögliche Anzahl der offenen Fachkräftestellen in Österreich durch heimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu besetzen. [...] Wenn sich keine heimischen Arbeitskräfte finden, sollen offene Stellen mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus EU-Mitgliedstaaten belegt werden. Überall dort, wo dies aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich ist, soll der Bedarf durch den Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten gedeckt werden können.

Konstruiert wird erneut jeweils eine homogene Gruppe. Die wiederholte Verwendung des Adjektivs „heimisch“ soll möglicherweise eine Identifikation mit einer der Gruppen erleichtern. Die ÖVP argumentiert aus ökonomischer Sicht. Gut qualifizierte Fachkräfte seien der „Erfolgsgarant der Wirtschaft“.

Ein weiteres Politikfeld, im Kontext dessen die ÖVP Migration thematisiert, ist die **Entwicklungszusammenarbeit**. Im Fokus stehen Flucht und das Ziel, Fluchtgründe durch Hilfe vor Ort zu „bekämpfen“. Interessant ist der Unterschied zwischen Fluchtgründen und Fluchtursachen. Dass die ÖVP von Gründen spricht, verstärkt die Argumentation aus österreichischer Sicht. Im Zusammenhang mit „bekämpfen“ wird Flucht als Bedrohung für Österreich gerahmt, im Mittelpunkt stehen nicht die Menschen „vor Ort“.

Migration nimmt einen großen Anteil im ÖVP-Wahlprogramm ein und wird vielfältig thematisiert. Im Mittelpunkt steht die Bewahrung der österreichischen Identität. Migrant*innen beziehungsweise deren Kultur werden der österreichischen Identität gegenübergestellt. Unterschiede werden jeweils verstärkt durch entsprechende Zuschreibungen. Besonders umfangreich ist die

positive Beschreibung der österreichischen Identität, zu der immer wieder der Bezug hergestellt wird. Die Kulturen von Migrant*innen dagegen werden nicht umfassend beschrieben, jedoch mit Bedrohlichem wie dem politischen Islam in Verbindung gebracht. Herausgegriffen werden weitere spezifische Themen wie Gewalt in der Schule oder die „Heirat von Cousins“.

Insgesamt ist in dem Programm eine Politik des „für“ und „gegen“ zu erkennen, die sich auch in den Formulierungen zeigt: Die ÖVP ist „für Österreich“, „für unsere österreichische Identität“, „für unsere freie Gesellschaft“, „für Demokratie“ oder „für eine gelungene Integration“ und „gegen Extremismus“, „gegen illegale Migration“, „gegen das illegale Schlepperwesen“, „gegen Sozialmissbrauch“, „gegen den politischen Islam“ oder „gegen Paralleljustiz“. Die Kommunikation des Themas Migration erfolgt in einem Schema von „gut“ gegen „böse“. Die Perspektive aus der argumentiert wird, ist überwiegend die der österreichischen Bevölkerung oder des österreichischen Staates. Interessant ist der Versuch, teilweise vermeintlich aus Sicht von Migrant*innen und damit für sie zu sprechen. Forderungen werden indirekt mit deren Schutz begründet – etwa vor dem Kopftuch oder dem „lebensgefährlichen Weg nach Europa“.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Thema Integration, die als Erwartungshaltung gegenüber Migrant*innen kommuniziert wird. Sie wird mit Pflichten, Leistungen und Verboten verknüpft. Die Verantwortung der Österreicher*innen für ein gelungenes Zusammenleben wird nur am Rande thematisiert. Außerdem beschreibt die ÖVP Migrant*innen anhand von Zahlen und Fakten als Belastung für das Sozialsystem.

9. Vergleich und Diskussion: Normalisierung des rechtspopulistischen Migrationsdiskurses?

Die Analyse hat gezeigt, dass das Thema Migration in den Wahlprogrammen der ÖVP und der FPÖ zur NRW 2019 eine zentrale Rolle spielt. Dass diesem große Wichtigkeit zugemessen wird, zeigt sich auch darin, dass beide Programme mit dem Thema einsteigen. ÖVP und FPÖ verknüpfen Migration mit zahlreichen anderen Politikfeldern und Themen wie Identität, Sicherheit, Asyl, dem Sozialsystem oder EU-Politik. In der Art und Weise, wie Migration kommuniziert wird, sind Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erkennen. Diese werden im Folgenden aufgezeigt und vor dem Hintergrund der Frage nach einer *Normalisierung des rechtspopulistischen Diskurses* diskutiert.

Die **Verknüpfung von Migration mit der österreichischen Identität** steht bei beiden Parteien an erster Stelle. Die „Bewahrung der Heimat“ (FPÖ 2019) beziehungsweise der österreichischen Identität (Die neue Volkspartei 2019) wird als durch Zuwanderung bedroht beschrieben. FPÖ und ÖVP verdeutlichen durch die Gegenüberstellung der österreichischen Identität und Kultur mit den Kulturen von Migrant*innen eine Abgrenzung zweier Gruppen. Was Sedlak für die parlamentarische Debatte Ende der 1990er Jahre beschreibt, ist auch in den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2019 zu erkennen: Österreicher*innen werden mit positiven Zuschreibungen versehen und als „In-Group“ charakterisiert, Migrant*innen mit negativen Zuschreibungen als „Out-Group“ (Sedlak 2000: 162-163). Im Vergleich der beiden Programme ist die Beschreibung der österreichischen Identität bei der ÖVP detaillierter. Sie steht im Fokus. Durch die Aufzählung zahlreicher Attribute, häufig demokratische Werte, wird betont, was diese ausmache. Eine ausgeprägte Identitätspolitik ist ein klassisches Merkmal des Rechtspopulismus, das zunehmend in den Mittelpunkt europäischer rechtspopulistischer Parteien gerückt ist (siehe 3.2. *Rechtspopulismus*). Die nationale Identität, der Kern des Rechtspopulismus (Betz 2002), ist bei beiden Parteien zu finden. Der Literatur zufolge werden auf ihrer Basis Bedrohungsszenarien entworfen (Reisigl 2005: 59). Dies erfolgt durch die Ausgrenzung bestimmter Gruppen und das Schaffen von Feindbildern. Die FPÖ tritt im Wahlkampf 2019 an, nachdem sie einige Zeit selbst Teil der Regierung war. Eine Ausgrenzung auf vertikaler Ebene („Volk“

gegen „Elite“) erfolgt daher nicht durch Rhetorik gegen die nationale Regierung, gewarnt wird aber im Kontext von Migration vor der EU und „linker Politik“ (FPÖ 2019). Diese werden zu „Sündenböcken“ gemacht. Die FPÖ präsentiert sich dagegen als einzige Kraft, die die „Flüchtlingsproblematik“ erkennt und bekämpft (ebd.). Das ist im ÖVP-Wahlprogramm anders. Die ÖVP spricht sich in der Migrationspolitik für eine enge Zusammenarbeit in der EU aus und bezeichnet die Union als „die größte Errungenschaft des 20. Jahrhunderts“ (Die neue Volkspartei 2019). Sie warnt jedoch ebenfalls vor EU-Staaten, die ihre Migrationspolitik aufweichen könnten und präsentiert Österreich als starken Akteur. Eine „Law and Order“-Politik ist zu erkennen, im Rahmen derer sich rechtspopulistische Parteien häufig als Problemlöser präsentieren (Hartleb 2004: 123ff., zit. nach Caballero 2016: 9). Eine Ausgrenzung auf horizontaler Ebene („Wir“ gegen „die anderen“) ist bei beiden Parteien zu finden. Insbesondere illegale Migrant*innen und Asylwerber*innen werden als Gruppe der „anderen“ konstruiert. Die Exklusion von Ausländer*innen, zunehmend aus sogenannten Drittstaaten, ist Teil einer Verschiebung der Ausgrenzung rechtspopulistischer Parteien (siehe 3.2. *Rechtspopulismus*). Auch der zunehmende Fokus auf den Islam findet sich bei FPÖ und ÖVP wieder.

Der **politische Islam** wird in beiden Wahlprogrammen zum Feindbild erklärt. Die ÖVP fordert ein Verbot des politischen Islam, er wird mit einer „Paralleljustiz“ in Verbindung gebracht und als Gefahr beschrieben (Die neue Volkspartei 2019). Außerdem wird er explizit mit den Kulturen und Traditionen von Migrant*innen in Zusammenhang gebracht und als „Bedrohung für unsere freie Gesellschaft“ beschrieben (ebd.). Bei der FPÖ erfolgt dies weniger umfangreich. Auffällig ist, dass die ÖVP ausschließlich den politischen Islam thematisiert, während die FPÖ auch von „radikalem Islam“ spricht und vermeintlich allgemeingültig Schlüsse für „den Islam“ zieht, der kein Bestandteil der österreichischen Kultur sei (FPÖ 2019). Sie exkludiert die Religion Islam.

Eine **Verknüpfung mit Sicherheitspolitik** ist bei beiden Parteien zu finden. Insbesondere illegale Migration wird als Bedrohung beschrieben, die bekämpft werden muss. Die Thematisierung von Migration unter sicherheitspolitischen Aspekten erfolgt bei der FPÖ auch unter dieser Überschrift (FPÖ 2019). Im ÖVP-Wahlprogramm enthält das Kapitel „Sicherheit“ neben der Nennung von

Migrationsbewegungen als Bedrohung in der Einleitung lediglich in einem von zwölf Punkten eine Verbindung zu Migration. An anderen Stellen wird jedoch der Schutz der EU-Außengrenzen betont und illegale Einwanderung thematisiert (Die neue Volkspartei 2019). **Grenzen** sind bei beiden Parteien zentral. Interessant ist außerdem ein Vergleich des Themas Inhaftierung ausländischer Häftlinge. Dieselbe Forderung, die Haft dieser solle im jeweiligen Heimatland erfolgen, wird unterschiedlich präsentiert: Während die FPÖ eine „konsequente Abschiebung“ fordert (FPÖ 2019), formuliert die ÖVP diplomatisch: „Daher sollen [...] bilaterale und multilaterale Abkommen, insbesondere mit dem Westbalkan, forciert werden, um Häftlinge in Gefängnisse in ihren Herkunftsländern überstellen zu können.“ (Die neue Volkspartei). Zugrunde legen beide Parteien die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung. Eine „Versicherheitslichung“ der Migrationspolitik ist typisch für rechtspopulistische Parteien (siehe 3.2. *Rechtspopulismus*), die Kopplung mit Sicherheit ist gängiges Vorgehen der FPÖ (siehe 3.3. *Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ*).

Die **Belastung des Sozialsystems** durch Zuwanderung thematisieren ebenfalls beide Parteien. Direkt vergleichen lässt sich dies am Beispiel des Fachkräftemangels: Keine der Parteien will in diesem Zusammenhang auf Migration setzen. Während die FPÖ die Folgen explizit als negativ und schädlich für österreichische Arbeitnehmer*innen (genauer „die heimische Jugend“) sieht und „schlecht oder gar nicht ausgebildete Migranten“ verantwortlich macht für Lohndumping (FPÖ 2019), unterscheidet die ÖVP drei Gruppen von Arbeitnehmer*innen (heimische, aus der EU, aus Drittstaaten), die abstuft bewertet werden (Die neue Volkspartei 2019).

Ein großer Unterschied zeigt sich beim Thema **Integration**, das bei der FPÖ nicht vorkommt, bei der ÖVP jedoch eine große Rolle einnimmt. Dabei geht es um die Integration der Einwanderer*innen, die bereits in Österreich sind. Die FPÖ dagegen betont die Selbstbestimmtheit der Österreicher*innen, die entscheiden sollten, „wer kommen darf und wer sich integriert“ (FPÖ 2019). Wie Integration erfolgen könnte, wird bei der FPÖ nicht thematisiert. Vielmehr betont sie einen Schritt zuvor, Einwanderung zu begrenzen. Deutlich gemacht wird: „Asyl ist nur Schutz auf Zeit“ (ebd.). Dass Migration aus anderen Gründen wie

etwa für den Arbeitsmarkt nicht erwünscht wird, ist bereits deutlich geworden. Integration erscheint für die FPÖ nicht erforderlich, da sie mit Nachdruck fordert: „Fällt der Asylgrund einmal weg, ist die Rückreise in das Herkunftsland fällig!“ (ebd.). Die ambivalente, ausführliche Thematisierung von Integration durch die ÖVP dagegen hat gelungene Integration zum Ziel. Diese wird an Pflichten und Erwartungen geknüpft. Ebenfalls nur von der ÖVP thematisiert wird **Entwicklungszusammenarbeit** (Die neue Volkspartei 2019).

Insgesamt sind die *Inhalte und Verknüpfungen* von Migration bei beiden Parteien ähnlich. Die ÖVP thematisiert diese vielfältiger und etwas ambivalenter als die FPÖ, bei der diese ausschließlich negativ konnotiert ist. Mit der Thematisierung von Integration, die positive Angebote beinhaltet, geht die ÖVP über die Inhalte im FPÖ-Programm hinaus. Themen wie Entwicklungszusammenarbeit lassen auf eine umfassendere Auseinandersetzung mit Migration schließen als bei der FPÖ. Auffällig ist bei der ÖVP allerdings das Herausgreifen sehr spezifischer negativer Attribute wie der Neigung migrantischer Familien zu Gewalt, Konflikten und Pflichtverletzungen.

Auf der *Argumentationsebene* hat die Analyse bei beiden Parteien diskursive Strategien gezeigt, die soziale Akteur*innen sprachlich charakterisieren, diesen positive oder negative Merkmale zuschreiben und so ein bestimmtes Bild konstruieren. Diese sind typisch für rechtspopulistische Parteien (Reisigl 2005: 62). Von Migrant*innen kreieren diese ein negatives Bild, oft durch eine Generalisierung negativer Attribute, die eine vermeintlich homogene Gruppe charakterisieren. Exklusion wird so als legitim dargestellt (siehe 3.2. *Rechtspopulismus*). Dies hat sich auch bei ÖVP und FPÖ gezeigt, wobei die ÖVP ihren Fokus auf die Betonung des „Wir“ legt. Wie die FPÖ argumentiert sie überwiegend aus der Perspektive der Österreicher*innen, bringt jedoch teilweise Argumente wie den Schutz anderer Gruppen, zum Beispiel Geflüchteter, vor. Dies verstärkt das Vorkommen dieser als passive/stille Akteur*innen. Eine Emotionalisierung des Diskurses findet sich bei beiden Parteien, durch die stetige Gegenüberstellung des „Wir“, mit dem sich die Wähler*innen identifizieren sollen, und einer Bedrohung „von außen“, die mit

Ängsten verbunden wird. Die ÖVP versucht sich zudem an einigen Stelle an einer Rationalisierung durch das Nennen von Zahlen und Fakten. Dramatisierung, Angstmake, eine Banalisierung des Diskurses sowie direkte Schuldzuweisungen als weitere typisch rechtspopulistische Strategien (siehe 3.2. *Rechtspopulismus*) sind dagegen bei der FPÖ deutlicher zu erkennen als bei der ÖVP.

In einem Vergleich *sprachlicher Mittel und prägnanter Ausdrücke* sind Ähnlichkeiten festzustellen. Dies ist die häufige Verwendung des Possessivpronomens „unser“, das dazu beiträgt, zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu unterscheiden, und bei der ÖVP besonders ausgeprägt ist (Die neue Volkspartei 2019). Beide Parteien bezeichnen Migrant*innen als „illegal“ (ebd.; FPÖ 2019) – wie schon für das ÖVP-Wahlprogramm 2017 festgestellt (Wodak 2018: 324-325), verschwimmt eine Unterscheidung zwischen Geflüchteten und illegaler Migration. Zu den Gemeinsamkeiten zählen außerdem Ankündigungen von „Kampf“ und „Bekämpfung“ sowie Metaphern, die Flucht und Migration mit Fluten und anderen Naturkatastrophen in Verbindung bringen, wie „Flüchtlingsströme“ (FPÖ 2019) oder „große[n] Migrationswelle“ (Die neue Volkspartei 2019) – zwei typische Merkmale für rechtspopulistische Rhetorik (siehe 3.2. *Rechtspopulismus*). Slogans wie „Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik“ (FPÖ 2019) oder „Stopp der Zuwanderung ins Sozialsystem“ (Die neue Volkspartei 2019) verstärken die Konstruktion eines Bedrohungsszenarios. Das gilt auch für Steigerungen, dramatisierende Adjektive und Ausdrücke wie „angesichts dieser Zustände“ (FPÖ 2019), die vor allem die FPÖ einsetzt.

Rechtspopulistische Inhalte, Strategien und Sprache sind in beiden Wahlprogrammen zu finden. Wie der Vergleich gezeigt hat, ähneln sich diese im Kern an vielen Stellen. Eine *Normalisierung* des rechtspopulistischen Migrationsdiskurses lässt sich für den Nationalratswahlkampf 2019 feststellen. Sie zeigt sich darin, dass Elemente, die typisch für den Rechtspopulismus sowie die FPÖ sind, auch von der Mainstream-Partei ÖVP kommuniziert werden. Stellen wir die Frage, wie sich diese Elemente im ÖVP-Wahlprogramm zeigen, so hat die Analyse auf den drei Ebenen dies anhand zahlreicher

Beispiele verdeutlicht. Die Ähnlichkeit der ÖVP-Positionen mit dem Rechtspopulismus zeigt sich nicht nur im direkten Vergleich zum FPÖ-Wahlprogramm aus demselben Jahr, sondern auch in einer Gegenüberstellung dieser mit den in Subkapitel 3.3. herausgearbeiteten Policy-Positionen der FPÖ zu Migration. Dies gilt insbesondere für die Identitätspolitik. Verknüpfungen mit den Politikfeldern Sicherheit, Soziales beziehungsweise dem Wohlfahrtsstaat und Bildung sowie die Darstellung von Migration und offenen Grenzen als Gefahr sind ebenfalls bei der ÖVP zu erkennen. Während die FPÖ Migrant*innen beschuldigt, Straftaten zu begehen, das Sozialsystem auszunutzen, Arbeitsplätze wegzunehmen oder das Bildungssystem zu gefährden und Österreicher*innen als darunter leidend darstellt, erfolgen negative Zuschreibungen zu Migrant*innen im ÖVP-Wahlkampf teilweise subtiler (z. B. „Migrantinnen und Migranten bringen ihre Kulturen und Traditionen mit nach Österreich. Bei weitem nicht alles davon entspricht unseren Werten und Überzeugungen.“ (Die neue Volkspartei 2019)) Wie die FPÖ inszeniert sich die ÖVP als Beschützerin der Bevölkerung.

Um den Prozess der Normalisierung zu verdeutlichen, sollen die Ergebnisse nun abschließend in die Entwicklung des politischen Migrationsdiskurses in Österreich eingebettet werden. Wie diese zeigt (siehe 5.2. *die politische Debatte um Migration*), reiht sich die Art und Weise, wie Migration in den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2019 thematisiert wird, in diese Entwicklung ein. Der Diskurs in Österreich ist negativ geprägt, es dominiert die Sicht von Migration als Problem und Bedrohung. Die Ergebnisse der Analyse brechen hiermit also nicht. Von der detaillierten Beschreibung der Rolle verschiedener Akteur*innen im Diskurs lässt sich ableiten, dass zentrale Inhalte und Strategien von der FPÖ und dem von ihr auf andere Parteien ausgeübten Druck ausgehen. Dass diese nach und nach von Parteien des Mainstreams und insbesondere der ÖVP übernommen wurden, ist kein neues Phänomen, die Analyse bestätigt dies jedoch auch für die Momentaufnahme des Wahlkampfes 2019. Interessant ist, dass die ÖVP Migration teilweise differenzierter thematisiert, beide Parteien an vielen Stellen jedoch einer ähnlichen Logik folgen. Ein eindrückliches Beispiel dafür ist die Warnung vor dem „lebensgefährlichen Weg nach Europa“ für Migrant*innen (Die neue Volkspartei

2019), die vermeintlich deren Schutz thematisiert. Das Ergebnis der Argumentation bleibt das, was auch die FPÖ fordert: illegale Migration zu bekämpfen.

10. Zusammenfassung und Ausblick

Die Perspektive der Normalisierung ermöglichte bei der Auseinandersetzung mit dem politischen Migrationsdiskurs in Österreich, diesen über die häufige Herangehensweise in der Politikwissenschaft hinaus nicht nur im Zusammenhang mit der FPÖ als Vertreterin des Rechtspopulismus zu betrachten, sondern den Blick auf andere Parteien zu weiten. Aufgrund der Regierungskoalition mit der FPÖ bis Mai 2019 bot sich eine Analyse des Migrationsdiskurses der ÖVP im Wahlkampf 2019 an. Diese führte zu differenzierten Ergebnissen, die sich auf der Grundlage von Rechtspopulismustheorien sowie durch eine Einbettung in die Migrationsdebatte in Österreich interpretieren ließen. Eine *Normalisierung* des rechtspopulistischen Diskurses ist zu erkennen.

Der Fokus der Analyse lag auf der Art und Weise, wie rechtspopulistische Elemente Einzug in die Kommunikation des Themas Migration durch die ÖVP nehmen. Im Kern zeigte sich, dass ähnliche Inhalte wie bei der FPÖ zu finden sind, das ÖVP-Programm jedoch über diese hinausgeht. Oft nehmen ÖVP und FPÖ dieselbe Perspektive ein. Auch bestimmte Begriffe und sprachliche Mittel sind gleich. Zentral ist bei beiden Parteien die Konstruktion von Gruppen, die voneinander abgegrenzt und konträr gegenübergestellt werden. Interessanterweise zeigte sich, dass sich die Argumentationsstrategien der Parteien teilweise unterscheiden. Schuldzuweisungen oder Dramatisierungen sind bei der FPÖ dominanter. Überraschend ist jedoch, dass bei der ÖVP eine detailliertere Beschreibung spezifischer negativ oder sogar als gefährlich konnotierter Themen wie Gewalt in der Schule erfolgte, die ein negatives Bild von Migrant*innen verstärken.

Mit dieser Arbeit stelle ich in einer Momentaufnahme dar, wie rechtspopulistische Elemente Einzug in den Wahlkampf der ÖVP genommen haben. Darüber hinaus wäre es interessant, in einer breiter angelegten qualitativen Analyse den Migrationsdiskurs in Wahlkämpfen im Zeitverlauf zu untersuchen, um weitere Erkenntnisse zu dessen Entwicklung sowie detaillierter Aufschluss über die Prozesse der Normalisierung zu erhalten. Aus der auf den untersuchten Wahlkampf folgenden Nationalratswahl ging eine Koalition aus ÖVP und Grünen hervor. Vor dem Hintergrund, dass die Grünen –

zumindest zur Zeit ihrer Gründung – als einzige Partei eine Rahmung von Migration aus menschenrechtlicher Perspektive vornehmen, wäre es außerdem aufschlussreich, zu untersuchen, welche migrationspolitischen Inhalte und vor allem Argumentationsstrategien im gemeinsamen Regierungsprogramm von Türkis-Grün in welcher Sprache kommuniziert werden. Das Programm trägt in weiten Teilen die Handschrift der ÖVP und weist in der Rahmung von Problemen und Lösungen inhaltliche Kontinuität zur FPÖ auf (Rosenberger/Gruber 2020: 167). Die ÖVP erwirkte für die Asylpolitik ein Sonderrecht, im Fall der Uneinigkeit mit anderen Parteien – also auch mit der FPÖ – stimmen zu können (Siebenhaar 2020). Analysieren ließe sich, inwiefern sich von der ÖVP vorgebrachte rechtspopulistische Inhalte und Rhetorik zu Migration und Asyl im Regierungsprogramm wiederfinden und wie dieses zur weiteren Normalisierung eines rechtspopulistischen Migrationsdiskurses beiträgt.

11. Quellenverzeichnis

11.1.Literatur

Aichholzer, Julian/Kritzinger, Sylvia/Wagner, Markus/Zeglovits, Eva (2014): How has Radical Right Support Transformed Established Political Conflicts? The Case of Austria. *West European Politics*, 37:1, DOI: 10.1080/01402382.2013.814956, 113-137.

Ajanovic, Edma/Mayer, Stefanie/Sauer, Birgit (2018): Constructing 'the people'. An intersectional analysis of right-wing concepts of democracy and citizenship in Austria. *Journal of Language and Politics*, 17:5, DOI: 10.1075/jlp.18013.may, 636-654.

Art, David (2007): Reacting to the Radical Right: Lessons from Germany and Austria. *Party Politics*, 13:3, DOI: 10.1177/1354068807075939, 331-349.

Bauböck, Rainer (2002): Constructing the Boundaries of the Volk: Nation-Building and Nationals Populism in Austrian Politics. In: Wodak, Ruth/Pelinka, Anton (Hrsg.): *The Haider Phenomenon in Austria*. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers, 231-253.

Bauböck, Rainer/Perchinig, Bernhard (2006): Migrations- und Integrationspolitik. In: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Tálos, Emmerich (Hrsg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien: Manz, 726-742.

Belafi, Matthias (2017): Der Erfolg der FPÖ: Österreichs Parteien- und Regierungssystem unter Druck. *Zeitschrift Für Politik*, 64:3, DOI:10.5771/0044-3360-2017-3-364, 364-383.

Betz, Hans-Georg (1998): Introduction. In: Betz, Hans-Georg (Hrsg.)/Immerfall Stefan: *The New Politics of the Right. Neo-populist Parties and Movements in Established Democracies*. New York: St. Martin's Press, 1-10.

Betz, Hans-Georg (2001): Exclusionary Populism in Austria, Italy, and Switzerland. *International Journal*, 56:3, DOI: 10.1177/002070200105600302, 393-420.

Betz, Hans-Georg (2002): Rechtspopulismus in Westeuropa: aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31:3, DOI: 10.15203/ozp.805.vol31iss3, 251-264.

Betz, Hans-Georg (2013): Mosques, Minarets, Burqas and Other Essential Threats: The Populist Right's Campaign against Islam in Western Europe. In: Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.): *Right Wing Populism in Europe. Politics and Discourse*. London: Bloomsbury Academic, 71-88.

Betz, Hans-Georg (2017): Chapter 22: Populism and Islamophobia. In: Heinisch, Reinhard/Holtz-Bacha, Christina/Mazzoleni, Oscar (Hrsg.): *Political Populism: A Handbook*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & KG, 373-389.

Caballero, Luis (2016): Rechtspopulismus. Inhalte, Funktionen und Akteure. Forschungsberichte Vol. 1/2016. Forschungsgruppe Rechtspopulismus. Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz.

Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-32.

Decker, Frank (2018): Was ist Rechtspopulismus? *Politische Vierteljahresschrift*, 59:2, DOI: 10.1007/s11615-018-0062-3, 353-369.

Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel (2017): Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. *Zeitschrift für Politik*, 64:1, DOI: 10.5771/0044-3360-2017-1-21, 21-38.

Dolezal, Martin/Ennsner-Jedenastik, Laurenz/Müller, Wolfgang C./Praprotnik, Katrin/Winkler, Anna Katharina (2018): Beyond salience and position taking: How political parties communicate through their manifestos. *Party Politics*, 24:3, DOI: 10.1177/1354068816678893, 240-252.

Duncan, Fraser (2010): Immigration and integration policy and the Austrian radical right in office: the FPÖ/BZÖ, 2000-2006. *Contemporary Politics*, 16:4, DOI: 10.1080/13569775.2010.523935, 337-354.

Eberl, Jakob-Moritz/Meltzer, Christine E./Heidenreich, Tobias/Herrero, Beatrice/Theorin, Nora/Lind, Fabienne/Berganza, Rosa/Boomgaarden, Hajo G./Schemer, Christian/Strömbäck, Jesper (2018): The European media discourse on immigration and its effects: a literature review. *Annals of the International Communication Association*, 42:3, DOI: 10.1080/23808985.2018.1497452, 207-223.

Fairclough, Norman/Muldering, Jane/Wodak, Ruth (2013): Critical Discourse Analysis. In: Wodak, Ruth (Hrsg.): Critical Discourse Analysis. Volume 1: Concepts, History, Theory, 11. Auflage. Los Angeles [u.a.]: SAGE, 79-101.

Fallend, Franz/Heinisch, Reinhard (2016): Collaboration as successful strategy against right-wing populism? The case of the centre-right coalition in Austria, 2000-2007. *Democratization*, 23:2, DOI: 10.1080/13510347.2015.1060223, 324-344.

Feustel, Robert/Bescherer, Peter (2018): Der doppelte Populismus. Konturen eines schwierigen Begriffs. *Berliner Debatte Initial*, 29:2, 133-144.

Frölich-Steffen, Susanne (2004): Die Identitätspolitik der FPÖ: vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33:3, 281-295.

Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars (2005): Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der politikwissenschaftlichen Forschung. In: Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien: Braumüller, 3-34.

Gärtner, Reinhold (2002): The FPÖ, Foreigners, and Racism in the Haider Era. In: Wodak, Ruth/Pelinka, Anton (Hrsg.): The Haider Phenomenon in Austria. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers, 17-31.

Gruber, Oliver (2014): Campaigning in Radical Right Heartland. The Politicization of Immigration and Ethnic Relations in Austrian General Elections, 1971-2013. Wien [u. a.]: Lit Verlag.

Gruber, Oliver (2017): Austria. „Refugees (no Longer) Welcome“. Asylum Discourse and Policy in Austria in the Wake of the 2015 Refugee Crisis. In: Barlai, Melani/Fähnrich, Birte/Griessler, Christina/Rhomberg, Markus (Hrsg.): The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses. Zürich: Lit Verlag, 39-57.

Gruber, Oliver/Rosenberger, Sieglinde (2016): Politikwandel durch Institutionalisierung? Die österreichische Integrationspolitik und das Staatssekretariat für Integration (2011-2013). *IPW Working Papers*, Vol.1/2016. Institut für Politikwissenschaft Universität Wien.

Hafez, Farid (2010): Islamophober Populismus. Moschee- und Minarettbauverbote österreichischer Parlamentsparteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH.

Halperin, Sandra/Heath, Oliver (2012): Political Research. Methods and Practical Skills. Oxford [u.a.]: Oxford University Press.

Haselbacher, Miriam/Rosenberger Sieglinde (2018): Protest Against the Reception of Asylum Seekers in Austria. In: Rosenberger, Sieglinde/Stern, Verena/Merhaut, Nina (Hrsg.): Protest Movements in Asylum and Deportation. Cham: Springer Open, 247-269.

Heinisch, Reinhard (2003): Success in Opposition: Failure in Government: Explaining the Performance of Right-Wing Populist Parties in Public Office. *West European Politics*, 26:3, DOI: 10.1080/01402380312331280608, 91-130.

Heinisch, Reinhard (2004): Die FPÖ – ein Phänomen im internationalen Vergleich: Erfolg und Misserfolg des identitären Rechtspopulismus. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33:3, 247-261.

Heinisch, Reinhard (2008): Right-Wing Populism in Austria: A Case for Comparison. *Problems of Post-Communism*, 55:3, DOI: 10.2753/PPC1075-8216550304, 40-56.

Heinisch, Reinhard/Holtz-Bacha, Christina/Mazzoleni, Oscar (2017): Preface. In: Heinisch, Reinhard/Holtz-Bacha, Christina/Mazzoleni, Oscar (Hrsg.): Political Populism: A Handbook. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & KG, 5-8.

Heinisch, Reinhard/Mazzoleni, Oscar (2017): Chapter 5: Analysing and explaining Populism: Bringing Frame, Actor and Context back in. In: Heinisch, Reinhard/Holtz-Bacha, Christina/Mazzoleni, Oscar (Hrsg.): Political Populism: A Handbook. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & KG, 105-122.

Horvath, Kenneth (2014): Die Logik der Entrechtung. Sicherheits- und Nutzendiskurse im österreichischen Migrationsregime. Migrations- und Integrationsforschung. Multidisziplinäre Perspektiven. Band 6. Göttingen: V&R unipress.

Kallis, Aristotle (2013): Breaking Taboos and ‘Mainstreaming the Extreme’: The Debates on Restricting Islamic Symbols in Contemporary Europe. In: Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.): Right Wing Populism in Europe. Politics and Discourse. London: Bloomsbury Academic, 55-70.

Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (2006): Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung. In: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.):

Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-34.

Kerchner, Brigitte (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick. In: Kerchner Brigitte/Schneider Silke (Hrsg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik: eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 33-67.

Kluknavská, Alena/Bernhard, Jana/Boomgaarden, Hajo G. (2019): Claiming the Crisis: Mediated Public Debates about the Refugee Crisis in Austria, the Czech Republic and Slovakia. *Journal of Refugee Studies*, 2019-04-22. Web.

Kohler, Manfred (2017): Austrian Public Opinion in the "Refugee Crisis". In: Bischof, Günter/Rupnow, Dirk (Hrsg.): Migration in Austria. Contemporary Austrian Studies. Innsbruck: Innsbruck University Press, 257-270.

Kraler, Albert (2011): The case of Austria. In: Zincone, Giovanna/Penninx, Rinus/Borkert, Maren (Hrsg.): Migration Policymaking in Europe: The Dynamics of Actors and Contexts in Past and Present. Amsterdam: Amsterdam University Press, DOI:10.2307/j.ctt46n178, 21-60.

Krzyżanowski, Michał (2013): From Anti-Immigration and Nationalist Revisionism to Islamophobia: Continuities and Shifts in Recent Discourses and Patterns of Political Communication of the Freedom Party of Austria (FPÖ). In: Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.): Right Wing Populism in Europe. Politics and Discourse. London: Bloomsbury Academic, 135-148.

Krzyżanowski, Michał/Wodak, Ruth (2009): The Politics of Exclusion. Debating Migration in Austria. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.

Liebhart, Karin (2019): The Normalization of Right-Wing Populist Discourses and Politics in Austria. In: Wöhl, Stefanie/Springler, Elisabeth/Pachel, Martin/Zeilinger, Bernhard (Hrsg.): The State of the European Union: Fault Lines in European Integration. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 79-101.

Loch, Dietmar (2017): Chapter 3: Conceptualising the relationship between populism and the radical right. In: Heinisch, Reinhard/Holtz-Bacha, Christina/Mazzoleni, Oscar (Hrsg.): Political Populism: A Handbook. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & KG, 73-85.

Luther, Kurt Richard (2006): Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). In: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Tálos, Emmerich (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz, 364-388.

Manoschek, Walter (2002): FPÖ, ÖVP, and Austria's Nazi Past. In: Wodak, Ruth/Pelinka, Anton (Hrsg.): The Haider Phenomenon in Austria. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers, 3-15.

Marchart, Oliver (2017): Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck von Postpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44-45, 11-16.

Matouschek, Bernd/Wodak, Ruth/z Januschek Franz (1995): Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz. Wien: Passagen Verlag.

Mayer, Stefanie (2009): Rotation, Integration, and Social Exclusion. Discourse and Change in/of Migration Policies in Austria. *Ethnologia Balkanica*, 13, 129-146.

- Merhaut, Nina/Stern, Verena (2018): Asylum Policies and Protests in Austria. In: Rosenberger, Sieglinde/Stern, Verena/Merhaut, Nina (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*. Cham: Springer Open, 29-47.
- Meyer, Sarah/Rosenberger, Sieglinde (2015): The Politicisation of Immigration in Austria. In: Van der Bruck, Wouter/D'Amato, Gianni/Berkhout, Joost/Ruedin (Hrsg.): *The Politicisation of Migration*. London/New York: Routledge, 31-51.
- Minkenberg, Michael (2017): The radical right in public office: agenda-setting and policy effects. In: Mudde, Cas (Hrsg.): *The Populist Radical Right: A reader*. London/New York: Routledge, DOI: 10.4324/9781315514574, 443-457.
- Minkenberg, Michael (2018): Was ist Rechtspopulismus? *Politische Vierteljahresschrift*, 59:2, DOI: 10.1007/s11615-018-0076-x, 337-352.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. *Government and opposition*, 39:4, 541-563.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, DOI: 10.1017/CBO9780511492037.
- Mudde, Cas (2013): The 2012 Stein Rokkan Lecture: Three decades of populist radical right parties in Western Europe: So what? *European Journal of Political Research*, 52, DOI: 10.1111/j.1475-6765.2012.02065.x, 1-19.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012): Populism and (liberal) democracy: a framework for analysis. In: Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (Hrsg.): *Populism in Europe and the Americas*. Cambridge: Cambridge University Press, 1-16.
- Müller, Andreas Th./Oberprantacher, Andreas (2017): Austria Bordering Europe: Blocking and Brokering Routes Amid a Manifold Crisis. In: Bischof, Günter/Rupnow, Dirk (Hrsg.): *Migration in Austria. Contemporary Austrian Studies*. Innsbruck: Innsbruck University Press, 217-241.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Müller, Wolfgang C. (2006): Die Österreichische Volkspartei. In: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Tálos, Emmerich (Hrsg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien: Manz, 341-363.
- Norris, Pippa (2005): *Radical Right. Voters and Parties in the Electoral Market*. Cambridge: Cambridge University Press, DOI: 10.1017/CBO9780511615955.
- Ötsch, Walter/Horaczek, Nina (2017): *Populismus Für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung*. Frankfurt/Main: Westend Verlag GmbH.
- Panreck, Isabelle-Christine (2019): Rechtspopulismus – historisches Phänomen, politischer Kampfbegriff, analytisches Konzept? In: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, DOI: 10.1007/978-3-658-23401-0, 25-42.
- Panreck, Isabelle-Christine/Brinkmann, Heinz Ulrich (2019): Migration und Rechtspopulismus – zwei Seiten einer Medaille? Eine gängige These der Rechtspopulismusforschung auf dem Prüfstand. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/

Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration. Wiesbaden: Springer Fachmedien, DOI: 10.1007/978-3-658-23401-0, 1-21.

Pelinka, Anton (2002a): Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. *Conflict & Communication Online*, 1:1, 1-12.

Pelinka, Anton (2002b): Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung: zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31:3, 281-290.

Pelinka, Anton (2005a): Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition. In: Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien: Braumüller, 87-104.

Pelinka, Anton (2005b): Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. In: Ehalt, Hubert Christian (Hrsg.): Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive. Band 6. Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag, 15-103.

Pelinka, Anton (2013): Right-Wing Populism: Concept and Typology. In: Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.): Right Wing Populism in Europe. Politics and Discourse. London: Bloomsbury Academic, 3-22.

Pelinka, Anton (2019): Rechtspopulismus in Österreich. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration. Wiesbaden: Springer Fachmedien, DOI: 10.1007/978-3-658-23401-0, 1-21.

Perchinig, Bernhard/Valchars, Gerd (2019): Einwanderungs- und Integrationspolitik. In: Tálos, Emmerich (Hrsg.): Die Schwarz-Blaue Wende in Österreich: Eine Bilanz. Wien: Lit Verlag, 413-440.

Pickel, Gerd/Pickel, Susanne (2018): Migration als Gefahr für die politische Kultur? Kollektive Identitäten und Religionszugehörigkeit als Herausforderung demokratischer Gemeinschaften. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12, DOI: 10.1007/s12286-018-0380-2, 297-320.

Plasser, Fritz/Sommer, Franz (2018): Wahlen im Schatten der Flüchtlingskrise. Parteien, Wähler und Koalitionen im Umbruch. Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung. Band 33. Wien: Facultas.

Priester, Karin (2012a): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt Am Main [u.a.]: Campus Verlag.

Priester, Karin (2012b): Wesensmerkmale des Populismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62:5-6, 3-9.

Reisigl, Martin (2005): Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie. In: Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien: Braumüller, 51-68.

Reisigl, Martin (2018): The Discourse-Historical Approach. In: Flowerdew, John/Richardson, John E. (Hrsg.): The Routledge Handbook of Critical Discourse Studies. London/New York: Routledge, 44-59.

Reisigl, Martin/Wodak, Ruth (2009): The Discourse-Historical Approach (DHA). In: Wodak, Ruth/Meyer, Michael (Hrsg.): Methods of Critical Discourse Analysis, 2. Auflage. Los Angeles [u.a.]: SAGE, 87-121.

Rheindorf, Markus (2017): Integration durch Strafe? Die Normalisierung paternalistischer Denkguren zur „Integrationsunwilligkeit“. *Zeitschrift für Diskursforschung*, 5:2, 182-206.

Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth (2018): Borders, Fences, and Limits – Protecting Austria From Refugees: Metadiscursive Negotiation of Meaning in the Current Refugee Crisis. *Journal of Immigrant & Refugee Studies*, 16:1-2, DOI: 10.1080/15562948.2017.1302032, 15-38.

Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth (2019): ‘Austria First’ revisited: a diachronic cross-sectional analysis of the gender and body politics of the extreme right. *Patterns of Prejudice*, 53:3, DOI: 10.1080/0031322X.2019.1595392, 302-320.

Riedlsperger, Max (1998): The Freedom Party of Austria: From Protest to Radical Right Populism. In: Betz, Hans-Georg (Hrsg.)/Immerfall Stefan: The New Politics of the Right. Neo-populist Parties and Movements in Established Democracies. New York: St. Martin's Press, 27-43.

Rieser, Rudolf (1995). Sanktionen nach dem Fremdenrecht und Rechtsmittel. In: Hetfleisch, Gerhard/Petri, Franko/Wartha, Sabine (Hrsg.): Das Österreichische Ausländerrecht. Ein praktischer Wegweiser mit kritischen Betrachtungen. Wien: WUV, 118-130.

Rosenberger, Sieglinde Katharina (2005): Rechtspopulismus: Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie? In: Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien: Braumüller, 35-49.

Rosenberger, Sieglinde/Gruber, Oliver (2020): Integration erwünscht? Österreichs Integrationspolitik zwischen Fördern, Fordern und Verhindern. Wien: Czernin Verlag.

Rosenberger, Sieglinde/Müller, Sandra (2020): Before and After the Reception Crisis of 2015: Asylum and Reception Policies in Austria. In: Glorius, Birgit/Doomernik, Jeroen (Hrsg.): Geographies of Asylum in Europe and the Role of European Localities. Cham: Springer, DOI: 10.1007/978-3-030-25666-1, 93-110.

Rupnow, Dirk (2017): The History and Memory of Migration in Post-War Austria: Current Trends and Future Challenges. In: Bischof, Günter/Rupnow, Dirk (Hrsg.): Migration in Austria. Contemporary Austrian Studies. Innsbruck: Innsbruck University Press, 37-65.

Salzborn, Samuel (2020): Extreme Right-Wing Parties in and Against Europe. A Systematizing Comparison. In: Wöhl, Stefanie/Springler, Elisabeth/Pachel, Martin/Zellinger, Bernhard (Hrsg.): The State of the European Union: Fault Lines in European Integration. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 103-130.

- Scharsach, Hans-Henning unter Mitarbeit von Spitzbart, Christa Eveline (2017): *Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften*, 2. Auflage. Wien: Verlag Kremayr & Scheriau GmbH & Co. KG.
- Scheibelhofer, Paul (2012): From Health Check to Muslim Test: The Shifting Politics of Governing Migrant Masculinity. *Journal of Intercultural Studies*, 33:3, DOI: 10.1080/07256868.2012.673474, 319-332.
- Schulz, Andreas (2019): „Die Grenzen Des Sagbaren Haben Sich Verschoben“: Ein Experteninterview mit Ruth Wodak. *Soziologiemagazin*, 12:2, DOI: 10.3224/soz.v12i2.02, 7-17.
- Sedlak, Maria (2000): You Really do make an Unrespectable Foreigner Policy ... Discourse in Ethnic Issues in Austrian Parliament. In: Wodak, Ruth/van Dijk, Teun A. (Hrsg.): *Racism at the Top. Parliamentary Discourses on Ethnic Issues in Six European States*. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag, 107-168.
- Simsa, Ruth (2017): Leaving Emergency Management in the Refugee Crisis to Civil Society? The Case of Austria. *Journal of Applied Security Research*, 12:1, DOI: 10.1080/19361610.2017.1228026, 78-95.
- Skenderovic, Damir (2017): Chapter 1: Populism: A History Of The Concept. In: Heinisch, Reinhard/Holtz-Bacha, Christina/Mazzoleni, Oscar (Hrsg.): *Political Populism: A Handbook*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & KG, 41-57.
- Taggart, Paul A. (2000): *Populism*. Buckingham [u.a.]: Open Univ. Press.
- Van der Bruck, Wouter/D'Amato, Gianni/Berkhout, Joost/Ruedin, Didier (2015): A Framework for Studying the Politicisation of Immigration. In: Van der Bruck, Wouter/D'Amato, Gianni/Berkhout, Joost/Ruedin (Hrsg.): *The Politicisation of Migration*. London/New York: Routledge, 1-18.
- Walden, Anna-Valentina (2019): Zukunft einer europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik. In: Grasl-Akkilic, Senol/Schober, Marcus/Wonisch, Regina (Hrsg.): *Aspekte der österreichischen Migrationsgeschichte*. Wien: Edition Atelier, 471-489.
- Wodak, Ruth (2013): Editor's Introduction: Critical Discourse Analysis – Challenges and Perspectives. In: Wodak, Ruth (Hrsg.): *Critical Discourse Analysis. Volume 1: Concepts, History, Theory*, 11. Auflage. Los Angeles [u.a.]: SAGE, xxi-xlv.
- Wodak, Ruth (2015a): „Normalisierung nach Rechts“: Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und Kritischer Öffentlichkeit. *Linguistik Online*, 73:4, 27-44.
- Wodak, Ruth (2015b): *Politics of fear: what right-wing populist discourses mean*. London: Sage.
- Wodak, Ruth (2016): *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Wien: Edition Konturen.
- Wodak, Ruth (2017): “Strangers in Europe”: A Discourse-Historical Approach to the Legitimation of Immigration Control 2015/16. In: Zhao, Sumin/Djonov, Emilia/Björkvall, Anders/Boeriis, Morten (Hrsg.): *Advancing Multimodal and Critical Discourse Studies: Interdisciplinary Research. Inspired by Theo van Leeuwen's Social Semiotics*. London/New York: Routledge, 31-49.

- Wodak, Ruth (2018): Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. *Politische Vierteljahresschrift*, 59, DOI: 10.1007/s11615-018-0079-7, 323-335.
- Wodak, Ruth (2019a): Diskursanalyse. In: Wagemann, Claudius/Goerres, Achim/Siewert, Markus (Hrsg.): *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 1-22.
- Wodak, Ruth/Chilton, Paul (Hrsg.) (2005): *A New Agenda in (Critical) Discourse Analysis. Theory, methodology and interdisciplinarity*. Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins Publishing Company.
- Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid (2013): Dynamics of Discourse and Politics in Right-wing Populism in Europe and Beyond: An Introduction. In: Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.): *Right Wing Populism in Europe. Politics and Discourse*. London: Bloomsbury Academic, xvii–xxviii.
- Wodak, Ruth/Köhler, Katharina (2010): Wer oder was ist »fremd«? Diskurshistorische Analyse fremdenfeindlicher Rhetorik in Österreich. *SWS-Rundschau*, 50:1, 33-55.
- Wodak, Ruth/Meyer, Michael (2009): Critical Discourse Analysis: History, Agenda, Theory and Methodology. In: Wodak, Ruth/Meyer, Michael (Hrsg.): *Methods of Critical Discourse Analysis*, 2. Auflage. Los Angeles [u.a.]: SAGE, 1-33.
- Wonisch, Regina (2019): Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich seit 1918. In: Grasl-Akkilic, Senol/Schober, Marcus/Wonisch, Regina (Hrsg.): *Aspekte der österreichischen Migrationsgeschichte*. Wien: Edition Atelier, 431-470.

11.2. Onlinequellen

- Al-Youssef, Muzayen (2019): SPÖ und ÖVP geben viel Geld für Wahlkampf auf Facebook aus. *derstandard.at*, abrufbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000108198880/spoe-und-oevp-geben-viel-geld-fuer-wahlkampf-auf-facebook> (letzter Zugriff: 16.10.2020).
- Bauer, Gernot (2019): ÖVP-Wahlkampf: Pannenhilfe. *profil.at*, abrufbar unter: <https://www.profil.at/oesterreich/oevp-wahlkampf-pannenhilfe-10879301> (letzter Zugriff: 16.10.2020).
- Bundeskanzleramt (2020): Regierungen seit 1945. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/geschichte/regierungen-seit-1945.html> (letzter Zugriff: 05.09.2020).
- Bundesministerium für Inneres (2019a): Europawahl 2019. Abrufbar unter: https://www.bmi.gv.at/412/Europawahlen/Europawahl_2019/ (letzter Zugriff: 05.09.2019).
- Bundesministerium für Inneres (2019b): Kurzinformation – Nationalratswahl 2019. Abrufbar unter: <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/32/Seite1.320730.html> (letzter Zugriff: 05.09.2020).
- Bundesministerium für Inneres (2019c): Österreich. Abrufbar unter: <https://wahl19.bmi.gv.at> (letzter Zugriff: 05.09.2020).

Cambridge Dictionary (2020): populism. Abrufbar unter: <https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/populism> (letzter Zugriff: 25.07.2020).

Cambridge Words (2017): Cambridge Dictionary's Word of the Year 2017. Abrufbar unter: <https://dictionaryblog.cambridge.org/2017/11/29/cambridge-dictionary-word-of-the-year-2017/> (letzter Zugriff: 25.07.2020).

Demokratiezentrum Wien (2020): ERGEBNISSE DER NATIONALRATSWAHLEN 1945-2008. Bezogen unter: <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/wahlergebnisse.pdf> (letzter Zugriff: 05.09.2020).

Der Standard (2019): TV-Debatten, Interviews, Elefantenrunden und neue Formate vor Nationalratswahl 2019 – Mit Quoten. *derstandard.at*, abrufbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000106610582/mehr-als-34-tv-debatten-und-interviews-vor-nationalratswahl-2019> (letzter Zugriff: 16.10.2020).

Die neue Volkspartei (2015): Grundsatzprogramm 2015 der Österreichischen Volkspartei. Bezogen unter: <https://www.dieneuevolkspartei.at/Files/Grundsatzprogramm-0KoYDM.pdf> (letzter Zugriff: 04.10.2020).

Die neue Volkspartei (2017): Bundesparteitag 7 – Sebastian Kurz mit 98,7 Prozent zum Bundesparteioobmann der Volkspartei gewählt. Abrufbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170701_OTS0042/bundesparteitag-7-sebastian-kurz-mit-987-prozent-zum-bundesparteioobmann-der-volkspartei-gewaehlt (letzter Zugriff: 18.10.2020).

Die neue Volkspartei (2019): Unser Weg für Österreich. 100 Projekte. *Wahlprogramm 2019*. Bezogen unter: https://www.dieneuevolkspartei.at/Download/100_Projekte.pdf (letzter Zugriff: 16.03.2020).

Die neue Volkspartei (2020): *Facebookseite*. Abrufbar unter: <https://de-de.facebook.com/Volkspartei/> (letzter Zugriff: 01.09.2020).

Die Presse (2018): UN-Migrationspakt: Das sind die 17 Punkte, die Österreich ablehnt. *diepresse.com*, abrufbar unter: <https://www.diepresse.com/5522097/un-migrationspakt-das-sind-die-17-punkte-die-osterreich-ablehnt> (letzter Zugriff: 25.09.2020).

Duden (2020): Populismus, der. Abrufbar unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Populismus> (letzter Zugriff: 25.07.2020).

FPÖ (2011): Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Österreich zuerst. Abrufbar unter: <https://www.fpo.at/test/parteiprogramm/> (letzter Zugriff: 03.10.2020).

FPÖ (2017): Null Toleranz gegen Islamismus und Unterdrückung von Frauen. Abrufbar unter: <https://www.fpo.at/artikel/null-toleranz-gegen-islamismus-und-unterdrueckung-von-frauen/> (letzter Zugriff: 12.08.2020).

FPÖ (2019): Mit Sicherheit für Österreich: Fair. Sozial. Heimmattreu. *Wahlprogramm 2019*. Bezogen unter: <https://www.fpo.at> (letzter Zugriff: 16.03.2020).

Gady, Franz-Stefan (2018): Has Austria Found the Answer to Right-Wing Populism? *foreignaffairs.com*, abrufbar unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/austria/2018-09-11/has-austria-found-answer-right-wing-populism> (letzter Zugriff am 08.05.2020).

Gartner, Gerald/Hametner, Markus (2017): Rückblick: Die Wahlergebnisse seit 1971. *derstandard.at*, abrufbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000066352991/rueckblick-die-wahlergebnisse-seit-1971> (letzter Zugriff: 12.08.2020).

Huber, Markus (2019): Sebastian Kurz: In der Warteschleife. *derstandard.at*, abrufbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000109185775/sebastian-kurz-in-der-warteschleife> (letzter Zugriff: 05.09.2020).

Körber, Christian (2017): Wenig Zeit, viele offene Fragen. *orf.at*, abrufbar unter: <https://orf.at/v2/stories/2391497/2391515/> (letzter Zugriff: 16.10.2020).

Oesterreich.gv.at (2019): Nationalratswahl 2019. Abrufbar unter: <https://www.oesterreich.gv.at/nachrichten/allgemein/Nationalratswahl-2019.html> (letzter Zugriff: 05.09.2020).

Oltermann, Philip (2019): Austria's 'Ibiza scandal': what happened and why does it matter? *theguardian.com*, abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2019/may/20/austria-ibiza-scandal-sting-operation-what-happened-why-does-it-matter> (letzter Zugriff: 16.03.2020).

ORF (2019a): Intensivwahlkampf nimmt an Fahrt auf. *orf.at*, abrufbar unter: <https://orf.at/stories/3134086/> (letzter Zugriff: 23.04.2020).

ORF (2019b): Letzte Appelle und Attacken. *orf.at*, abrufbar unter: <https://orf.at/stories/3138803/> (letzter Zugriff: 16.10.2020).

ORF (2019c): „Werden zweiten Platz holen“. *orf.at*, abrufbar unter: <https://orf.at/stories/3138785/> (letzter Zugriff: 05.09.2020).

Österreichischer Integrationsfonds (2019): Wien. ZAHLEN, DATEN UND FAKTEN ZU MIGRATION & INTEGRATION. 2018. Bezogen unter: https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/monitor/Wien_2018_Bezirke.pdf (letzter Zugriff am 16.10.2020).

Riegert, Bernd (2019): Neue Rechte formiert sich im EU-Parlament. *dw.com*, abrufbar unter: <https://www.dw.com/de/neue-rechte-formiert-sich-im-eu-parlament/a-49179328> (letzter Zugriff: 12.08.2020).

Rohrer, Anneliese (2019): Die einmalige Kampagne. *Zeit Online*, abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2019/39/nationalratswahl-oesterreich-wahlkampf-spo-e-oepv-fpoe/komplettansicht> (letzter Zugriff: 05.09.2020).

Siebenhaar, Hans-Peter (2020): Die Grünen in Österreich verbiegen sich bis zur Schmerzgrenze. Kommentar. *handelsblatt.com*, abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-die-gruenen-in-oesterreich-verbiegen-sich-bis-zur-schmerzgrenze/25386104.html?ticket=ST-8288088-iiAE4Q2FzhYS4SzLS06B-ap5> (letzter Zugriff: 07.11.2020).

Strobl, Richard/Naumann, Florian/Fürthauer, Magdalena (2019): Österreich-Wahl: Prognose bestätigt Umfragen - Kurz' ÖVP vor SPÖ und FPÖ. *merkur.de*, abrufbar unter: <https://www.merkur.de/politik/wahl-beben-oesterreich-prognose-bestaetigt-umfragen-kurz-oepv-vor-spo-e-und-fpoe-zr-12902218.html> (letzter Zugriff: 05.09.2020).

Vienna.at (2019): NR-Wahl 2019: Der turbulente Wahlkampf im Rückblick. *vienna.at*, abrufbar unter: <https://www.vienna.at/nr-wahl-2019-der-turbulente-wahlkampf-im-rueckblick/6364076> (letzter Zugriff: 16.10.2020).

Wodak, Ruth (2019b): Austria's smoking gun: Strache, 'Ibiza-gate' and 'Saint' Sebastian. *Social Europe*, abrufbar unter: <https://www.socialeurope.eu/austria-strache-ibiza-gate> (letzter Zugriff am 08.05.2020).

12. Anhang

12.1. Abstract deutsch

Der Diskurs um Migration in Österreich ist seit den 1980er Jahren extrem politisiert. Maßgeblich dazu beigetragen hat die rechtspopulistische FPÖ. Doch auch Parteien des politischen Mainstreams nehmen eine entscheidende Rolle ein und der Diskurs verschiebt sich zunehmend nach rechts. Die ÖVP-FPÖ-Koalition in Folge der Nationalratswahl 2017 markiert einen Rechtsruck. Nach dem plötzlichen Ende der Regierung durch den „Ibiza-Skandal“ ist anzunehmen, dass die Konkurrenz zwischen ÖVP und FPÖ stark ausgeprägt ist. Gegenstand dieser Masterarbeit ist der Wahlkampfdiskurs zum Thema Migration zur folgenden Nationalratswahl 2019. Der These der *Normalisierung* folgend werden *Inhalte*, *Argumentationsstrategien* und *sprachliche Mittel* von ÖVP und FPÖ vergleichend erhoben, um zu diskutieren, ob und wie rechtspopulistische Elemente Einzug in den politischen Mainstream nehmen. Der Diskurshistorische Ansatz dient als Grundlage der Analyse. Rechtspopulismustheorien und eine Beschreibung der Entwicklung des Migrationsdiskurses ermöglichen, die Ergebnisse zu interpretieren und in den Kontext einzubetten. Es zeigt sich, dass sich die Thematisierung von Migration beider Parteien ähnelt. Eine *Normalisierung* des rechtspopulistischen Diskurses ist zu erkennen. ÖVP und FPÖ verknüpfen Migration mit den Themen Identität, Sicherheit, Grenzen, Sozialstaat und Bildung. Zentral ist die Konstruktion dichotomer Gruppen („Österreicher“ vs. „Migranten“) und Feindbilder. Insgesamt ist die Thematisierung von Migration durch die ÖVP ambivalenter. Strategien wie Dramatisierung und Schuldzuweisungen sind bei der FPÖ deutlicher zu erkennen.

12.2. Abstract englisch

The discourse on migration in Austria has been extremely politicized since the 1980s. The right-wing populist FPÖ significantly contributed to this. But mainstream political parties also play a decisive role. Discourse is increasingly shifting to the right, reinforced through the ÖVP-FPÖ-coalition government,

which was appointed after the national election in 2017. After the sudden end of the government due to the “Ibiza scandal”, it can be assumed that ÖVP and FPÖ are strongly competing. The subject of this master's thesis is the discourse on migration around the following national election in 2019. Following the thesis of *normalization, content, argumentation strategies* and *linguistic means*, applied by ÖVP and FPÖ are compared in order to discuss whether and how right-wing populist elements are entering the political mainstream. The historical discourse approach serves as the basis for the analysis. Right-wing populism theories and a description of the development of the migration discourse enable to interpret the results and to embed them in the context. It turns out that the two parties' discussion of migration is similar. The analysis shows a *normalization* of the right-wing populist discourse. ÖVP and FPÖ link migration with the issues of identity, security, borders, welfare state and education. Central is the construction of dichotomous groups (“Austrians” vs. “migrants”) and enemy images. Overall, the ÖVP's discussion of migration is more ambivalent. Strategies such as dramatization and blaming can be seen more clearly in the FPÖ's election manifesto.

12.3. Tabellen Analyse

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
Wahlprogramm FPÖ	Identität, Bewahrung der Heimat, österreichische Kultur	Identität, Heimat, Kultur	Wir (Österreicher) vs. (illegale) Migranten	illegale Migranten als ungewollte Gruppe	Österreich erteilt großzügig Aufenthaltserlaubnisse	Selbstbestimmtheit der Österreicher, die selbst entscheiden wer kommen darf und wer sich integriert, durch Zahlen („Alleine seit 2010 ist Österreich um 500.000 Personen ‚gewachsen‘“), Rücksicht auf andere Kulturen gefährde österreichische Kultur	Aus Sicht der Österreicher	Possessivpronomen („unsere Heimat“, „unser Land“), durch die Formulierung „Wir entscheiden [...] wer sich integriert“ wird Zuwanderer*innen die Entscheidungsfreiheit abgesprochen, Pars pro toto: Schweinefleisch und Nikolausfeiern stehen stellvertretend für österreichische Kultur	„österreichische Leitkultur“	illegale Migranten, Großzügigkeit der Österreicher, Schweinefleisch und Nikolausfeiern stehen stellvertretend für österreichische Kultur

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?	
	Der politische Islam, Islam, österreichische Kultur, Verbot Kopftuch/ Burka in öffentlichen Ämtern	Religion/ Kultur	der politische Islam, der Islam (konträrer Kultur)	Kopftuchträgerinnen als homogene Gruppe unterdrückter Frauen		moralisch („darf nicht toleriert werden“), Religionen müssen sich an Verfassung und Gesetze halten, Der Islam ist in Österreich anerkannt und respektiert, aber kein Bestandteil der österreichischen Kultur, Kopftuch und Burka haben keinen Platz in öffentlichen Ämtern, da sie Symbol der Unterdrückung sind	Aus Sicht der österreichischen Verfassung /der österreichischen Kultur	Personifikation des politischen Islam	„politisch“ her Islam“	radikaler Islam, dem politischen Islam gehe es nur um die Ausbreitung seiner Ideologie; Die Aussage „Auch Religionen müssen sich an die österreichische Verfassung und die Gesetze halten.“ impliziert, der Islam tue dies nicht	
										Kopftuch und Burka stehen für den Islam, muslimische Frauen als unterdrückt	

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Wahlrecht nur für Staatsbürger	Wahlrecht	die FPÖ, Staatsbürger, Angehörige anderer Staaten	anhand der Staatsbürgerschaft		Wer in Österreich wählen möchte, soll sich um die Staatsbürgerschaft bemühen	Aus Sicht Österreichs	Verstärkung durch Rufzeichen		implizit: Angehörige anderer Staaten bemühten sich nicht genug

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Sicherheit, Grenzschutz, staatliche Übernahme der Asylbetreuung g, Österreich nicht mehr länger bevorzugtes Zielland für illegale Einwanderer	Sicherheit, Grenzen, illegale Einwanderung, Asyl	Österreich, für die es Sicherheit geben soll, FPÖ-Innenminister Herbert Kickl, der Wahlversprechen erfüllt hat, private Geschäftemacher und NGOs, denen die Grundlage entzogen werden musste, andere Parteien, die die Problematik ignorieren		Die FPÖ hat sich erfolgreich für den Grenzschutz eingesetzt	illegale Einwanderung muss bekämpft werden, Geschäftemacher und NGOs mussten sich nirgendwo rechtfertigen, ihre Handlungen werden als nicht legitim dargestellt	Aus Sicht der Österreicher, der FPÖ	Gegenüberstellung „Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug“	„Kampf dem Asylbetrug“, „Bekämpfung der illegale Einwanderer, unkontrollierte Einwanderung“	implizit: es wird Asylbetrug betrieben, dieser stellt eine Bedrohung für die Sicherheit dar, illegale Einwanderer, NGOs, „Flüchtlingsproblematik“ als Wertung, FPÖ als erfolgreich vs. andere Parteien

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure* innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Fremdenrecht tsänderungsgesetz 2018: Asylberechtigte müssen sich an den Kosten für Asylverfahren beteiligen, Handydaten zur Identifizierung feststellend genutzt, Verlust des Asylstatus durch Urlaub im Heimatland, Neuaufstellung Asyl- und Fremdenrecht, Stundenlohn für Asylberechtigte	Asyl- und Fremdenrecht, Kosten, Arbeitsmarkt	Asylberechtigter/ Asylwerber, von denen Kostenbeteiligung erwartet wird, denen der Asylstatus schneller entzogen wird und die weniger verdienen sollen vs. junge Rekruten beim Heer, die die FPÖ, die Forderungen stellt			Asylberechtigte als Kostenfaktor, durch rechtliche Änderungen können Kosten eingespart werden, FPÖ fordert einen Stundenlohn von 1,50 Euro für Asylberechtigte, „da diese ohnehin gratis Kost und Logis erhalten“, Gegenüberstellung junger Rekruten beim Heer, die auch nicht mehr verdienen	aus Sicht des österreichischen Staates			schärferes Fremdenrecht, Kosten als negative Zuschreibungen zu Asylwerbern, Reisen von Asylwerbern in ihre Herkunftsländer werden als „Urlaub“ deklariert

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Vereinfachung der Aberkennung des Asylstatus, Abschiebung ausländischer Straftäter	Sicherheit, Kriminalität	straffällige Ausländer, die FPÖ als Beschützerin, die das Sicherheitsbedürfnis der Österreicher erkannt habe	ausländische Straftäter abgegrenzt von „Wienern“	Aberkennung des Asylstatus, Abschiebung und Anerkennung sicherer Herkunftstaaten als Erfolg, die Deklarierung ausländischer Straftäter als falsch	Abschiebungen von Straftätern machen Österreich sicherer	Aus Sicht der Österreicher	Possessivpronomen („unser Land“)	den Österreichern wird ein Sicherheitsbedürfnis zugeschrieben, impliziert Unsicherheit	

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure* kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive werden die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Migrationspolitik	internationale Politik	die UNO, die unbemerkt ein Regelwerk einführen wollte, die FPÖ in der Bundesregierung, die dies verhindert hat		Handlungen der UNO als Gefährdung der österreichischen Selbstbestimmtheit, FPÖ hat Österreich davor bewahrt	Österreich soll selbst entscheiden, wer zuwandern darf	Aus Sicht Österreichs		„Nein zu Massenzuwanderung und Willkommen mensopolitik“	UNO habe Regelwerk „beinahe unbemerkt“ einführen wollen, „Migrationsproblematik“

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Verteilung von Flüchtlingen in Europa, illegale Einwanderung & Schlepperei, Grenzschutz	EU-Politik, illegale Einwanderung, Grenzen	Deutsche Politiker, die Flüchtlinge nach Europa einladen würden vs. Länder wie Ungarn, die sich an EU-Recht hielten und dafür angefeindet würden, NGOs, die mit Schleppern kooperieren, die EU, die das duldet, Flüchtlinge kommen nicht vor, als passive Akteur*innen		überzogen („Deutsche Politiker laden Flüchtlingsströme in ihr Land ein und wollen diese dann auf ganz Europa aufteilen“)	Mit dem EU-Recht, EU duldet illegale Einwanderung und Schlepperei, Länder, die ihre Grenzen schützen, würden angefeindet, NGOs kooperieren mit Schleppern, Klarstellung von Begriffen: „Hier geht es nicht um Rettungseinsätze, sondern um von der EU geduldete Schlepperei.“	Aus der Perspektive des EU-Rechts, aus Sicht von Ländern, die ihre Grenzen schützen	Metaphern („Flüchtlingsströme“)		NGOs kooperieren mit Schleppern

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure* innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Die Aufnahme von Migranten	Justiz, Bildungs-, Sozial-, Gesundheitssystem	ehemaliger SPÖ-Kanzler Faymann		„Linke“ Politik als falsch	Justizsystem mit überfüllten Gefängnissen und überforderten Gerichten, Überlastung des Polizeiapparates, Schulen, Sozial- und Gesundheitssystem an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit als Folgen linker Politik	Aus Sicht des österreichischen Staates	Verstärkung durch Adjektive („überfüllt“, „überfordert“, „total“, „tausende“)	Verweis auf den Slogan „Wir schaffen das“	„Linke Romantik“
	Asyl als Schutz auf Zeit	Asyl	Die FPÖ, als diejenige, die klare Politik macht, Wirtschaftsflüchtlinge	Wirtschaftsflüchtlinge		Asyl nicht als Deckmantel für Wirtschaftsflüchtlinge, Armut und Klimawandel kein Asylgrund	Aus Sicht der FPÖ	Bedrohungsszenario („angesichts dieser Zustände“) Metapher („Deckmäntelchen“), Verstärkung durch Rufzeichen		

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive werden die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	europäische Asyl- und Migrationspolitik	Asyl, EU-Politik	Die FPÖ, Verbündete in der EU			autoritäre, zentralistische Bestrebungen, bedrohten die österreichische Souveränität, Österreich lässt sich seinen Kurs nicht vorschreiben	Aus Sicht Österreichs			FPÖ-Positionen als „richtig“, autoritäre und zentralistische Positionen der EU
	Fachkräftemangel, Ausbildung von Fachkräften im Inland, steuerliche Entlastung der Österreicher	Arbeitsmarkt	Migranten vs. österreichische Arbeitnehmer	schlecht oder gar nicht ausgebildete Migranten vs. österreichische Arbeitnehmer und heimische Jugend		Fachkräfte müssen im Inland ausgebildet werden, denn Migranten sind schlecht ausgebildet, können Fachkräftemangel nicht ausgleichen, sie bewirken Lohndumping für Österreicher, Österreicher müssen steuerlich entlastet werden	Aus Sicht der Österreicher			schlecht oder gar nicht ausgebildete Migranten, „heimische“ Jugend

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure* kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive werden die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Leistbares Wohnen für Österreicher	Wohnungsmarkt	Die FPÖ, die sich für die Österreicher einsetzt, Österreicher	anhand der Staatsbürgerschaft	„Leistbares Wohnen für Österreicher“ als Motto einer modernen Wohnbau- und Mietrechtspolitik		Aus Sicht der Österreicher		„Österreich-Bonus“	
	direkte Demokratie, Mitbestimmung	Mitbestimmungsrechte	Die FPÖ, die mehr aktive Beteiligung und Mitsprache der Bürger fördern will, Österreicherinnen und Österreicher	anhand der Staatsbürgerschaft		Viele Menschen fühlen sich ohnmächtig, das Resultat sind niedrige Wahlbeteiligungen und schlechtes Image von Politikern, daher ist es notwendig, Österreicherinnen und Österreicher politische Entscheidungen einzubeziehen, um das Interesse an der Politik neu zu entfachen	Aus Sicht der Österreicher			

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive werden die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
Wahlprogramm ÖVP	österreichische Identität, Werte, Kultur, Lebensmodell, österreichische Gesellschaft	Identität, Kultur	die neue Volkspartei, die die österreichische Identität bewahren will, Migrantinnen und Migranten, die ihre Kulturen und Traditionen nach Österreich bringen	Gegenüberstellung österreichische Identität (siehe Beschreibung) vs. Kulturen und Traditionen Migrantinnen und Migranten		Durch Migration ist die österreichische Gesellschaft vielfältiger geworden, untermauert durch Zahlen ("Etwa jeder fünfte in Österreich lebende Mensch hat Migrationshintergrund"), Migrantinnen und Migranten bringen ihre Kulturen und Traditionen mit, die den österreichischen Werten nicht entsprechen, die Bewahrung der österreichischen Identität ist daher ein wichtiges Anliegen, wer in Österreich bleibt, muss sich anpassen, Verständnis von Integration als Anpassung, moralisch: „darf von uns nicht toleriert werden“	Aus Sicht der österreichischen Identität, die es zu schützen gilt	Aufzählungen Werte, vermehrte Verwendung Possessivpronomen („unsere“ vs. „ihre“), Verstärkung („bei weitem“), Antithese („der politische Islam“ vs. „unsere freie Gesellschaft“), Aufzählung „Rechts- oder Linksextremismus oder den politischen Islam“	„politisch“, „Islam“, „falsch“, „christliche Tradition der Aufklärung“, „Toleranz“, „Bedrohung“	starkes Wertefundament, jüdisch-christliche Tradition der Aufklärung, Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtmäßigkeit, Menschenrechte, historische Erfahrungen = österr. Identität, Kultur und Lebensmodell vs. Kulturen und Traditionen von Migrantinnen und Migranten, die dem nicht entsprechen, Scharia und politischer Islam

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	illegale Migration, europäische Migrationspolitik, Reform des Asylsystems auf europäischer Ebene, Schutz der EU-Außengrenze	illegale Einwanderung, Grenzen, Asyl, EU-Politik	Österreich als Land, das in der europäischen Migrationspolitik eine entscheidende Trendwende erzielte, Grenzschutzagentur Frontex, die gestärkt werden soll, Transit- und Herkunftsländern, mit denen kooperiert werden soll, das illegale Schlepperwesen, gegen das vorgegangen werden muss	Österreich vs. europäische Hauptstädte, die die Linie in der Migration aufweichen wollen	Österreichs strikte Asylpolitik als Erfolg, von Flüchtlingen erteilte Schutz der EU-Außengrenze	Politik zeigt Wirkung, Asylzahlen gehen zurück (mit Zahlen unterlegt), also muss sie entschlossen fortgeführt werden, Frontex und Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern dafür notwendig, Anreize, dass Menschen sich auf den Weg nach Europa machen, müssen minimiert werden, die konsequente Linie in der Migration darf nicht aufgeweicht werden, einige Staaten tun dies, es braucht eine Reform des Asylsystems auf europäischer Ebene mit Sanktionsmechanismen	aus Sicht Österreichs/ vermeintlich aus Sicht von Migrantinnen und Migranten, die vor dem Weg nach Europa bewahrt würden		„bekämpfen“, „unser Kampf gegen illegale Migration, implizit: es gibt Anreize zur Migration lebensgefährlicher Weg nach Europa, „nur aufgrund der Aussicht auf ein besseres Leben und ohne Fluchtgrund, wie er in der Genfer Flüchtlingskonvention vorausgesetzt“, „das Durchwinken von illegalen Migranten“	

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Reform der Mindestsicherung, „Stopp der Zuwanderung ins Sozialsystem“	Asyl, Sozialsystem	Bundesländer, die Gesetze erlassen müssen, Asylberechtigte		Reform der Mindestsicherung als „wichtiger Schritt in Richtung Stopp der Zuwanderung ins Sozialsystem“	Es gebe Zuwanderung ins Sozialsystem, Es muss sichergestellt werden, dass Asylberechtigte erst dann die volle Mindestsicherung bekommen, wenn gewisse Kriterien erfüllt sind, (z.B. Sprachniveau) – Leistungen werden an Bedingungen geknüpft	Aus Sicht des Sozialsystems		„Stopp der Zuwanderung ins Sozialsystem“	Es wird impliziert, Zuwanderung erfolge, um vom Sozialsystem zu profitieren

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Sozialleistungen für Zuwanderer, potenzieller Missbrauch dieser, Einführung Taskforce	Sozialsystem	Zuwanderer			Mit Zahlen und Fakten (130.000 Kinder, für die Familienbeihilfe im Ausland gezahlt wird, 33.000 gestohlene und 163.000 verlorene ECards pro Jahr, mehr als 200 Mio. Außenstände bei ausländischen Krankenkassen, überfüllte Ambulanzen in den Spitälern), Daten und Vernetzung nicht ausreichend vorhanden, daher soll Taskforce eingeführt werden	Aus Sicht des Sozialsystems			Zuwanderer missbrauchen das Sozialsystem

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure* kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive werden die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Bewahrung der österreichischen Identität	Identität/Kultur	„Wir“ und „die“ Menschen, die in unser Land zuwandern“			Wer in Österreich leben möchte, muss seinen Beitrag leisten, sich an die Regeln halten und die Werte akzeptieren		Possessivpronomen („unser“)		Österreich als solidarische Gesellschaft, österreichische Identität geprägt von Judentum, Aufklärung und Christentum, Kreuz und christliche Feste
	Integration, Angebote an Integrations- und Wertekursen ausbauen, Deutschkurse	Integration, Bildung	Menschen, die nach Österreich kommen, der Österreichische Integrationsfonds als wichtiger Akteur			Integration durch Leistung, Menschen, die nach Österreich kommen, müssen sich integrieren, es sollen Anreize geschaffen werden, Angebote ausbauen, Sprache als Schlüssel für gelungene Integration	Aus Sicht der österreichischen Gesellschaft		„Integration durch Leistung“	

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure* innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Integration durch das Bildungssystem, Deutschförderklassen, verpflichtendes Fach Staatskunde	Integration, Bildung, österreichische Kultur/ Werte	zugewanderte Schülerinnen und Schüler, die auf ein Sprachniveau gebracht werden müssen, um dem Unterricht folgen zu können		Einführung Deutschförderklassen als Erfolg, es folgt Einführung des Fachs Staatskunde	Spracherwerb als Grundvoraussetzung für Integration, Es braucht mehr Wissen über Gesellschaft, Rechtssystem, um sich an Grundwerte anpassen zu können.	Aus Sicht der österreichischen Gesellschaft	Possessivpronomen („unser“)		

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Unterstützung der Integration in den Ferien und während des Schuljahres	Integration, Bildung	Schülerinnen und Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten, Lern- oder Sprachdefiziten, speziell geschulte Pädagoginnen und Pädagogen, Kinder aus migrantisch geprägten Elternhäusern		Angebote sollen eine erfolgreiche Schullaufbahn und eine gute Ausbildung ermöglichen	Integration fängt schon von klein auf an, Kinder müssen so früh wie möglich gefördert werden				

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Integration durch ehrenamtliches Engagement	Integration, Ehrenamt	„Wir“ und Menschen, die zugewandert sind	Eingrenzung der Gruppe der Menschen, die zugewandert sind und offen sind für „unsere Kultur und unsere Werte“		Ehrenamt und Vereine als Rückgrat der Gesellschaft, Aktivitäten müssen gestärkt werden und dabei Menschen integriert werden, Wenn Menschen gemeinsam Verantwortung für eine gemeinsame Sache übernehmen, bauen sie auch schneller Vorbehalte ab und stellen das Gemeinsame vor das Trennende	Aus Sicht der österreichischen Gesellschaft			

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Kopftuchverbote für Lehrerinnen in der Schule und für Kinder bis 14 Jahre	Religion	Lehrerinnen mit Kopftuch, Mädchen, die geschützt werden sollen (durch den Staat)	Frauen mit Kopftuch als homogene Gruppe, Mädchen der „sensiblen Phase im Alter zwischen 10 und 14 Jahren“	als Verbot	Lehrerinnen mit Kopftuch stellen weltanschauliche Haltung zur Schau und propagieren ein Gesellschaftssystem, in dem die Frau schlecht gestellt ist, Schule soll Raum für die Entwicklung von Kindern fernab von gesellschaftspolitischen Zwängen sein, staatlicher Bildungsvertrag, Neutralitätsgebot, Lehrerinnen sollen Vorbild sein, Mädchen müssen geschützt werden	vermeintlich aus der Sicht der zu schützenden Mädchen	Gegenüberstellung/Antithese Gesellschaftssystem der Frauen mit Kopftuch vs. „unserer westliche aufgeklärte Gesellschaft“		Kopftuch = „Gesellschaftssystem, in dem die Frau nicht dieselbe Stellung hat wie in unserer westlichen, aufgeklärten Gesellschaft“, Kopftuch als gesellschaftspolitischer Zwang, deutlich sichtbares, demonstratives Symbol, das Schüler politisch beeinflussen kann, Kopftuch als weltanschaulich und ideologisch behaftetes Symbol mit großer

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert ?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt ?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Reduktion von Sozialleistungen bei Vernachlässigung von Erziehungspflichten, Gewalt an der Schule, Schulpflichtverletzungen	Erziehung, Bildung, Gewalt, Sozialleistungen	Eltern, die eine wichtige Rolle bei den Themen Gewalt in der Schule und Schulpflichtverletzungen spielen, Familien mit Migrationshintergrund, die Pflichten verletzen Lehrerinnen und Lehrer, die Bedenken haben, Eltern vorzuladen, der Staat, der Sozialleistungen auszahlt	Eltern mit Migrationshintergrund als Gruppe (abwertend „die Eltern von solchen Kindern“)	Kürzung von Leistungen bei Nicht-Erfüllung von Pflichten	Es gebe Konfliktsituationen mit den Eltern, der Staat zahlt Sozialleistungen, Eltern übernehmen im Gegenzug Verantwortung, wenn diese Verantwortung vernachlässigt wird, braucht es wirksame Maßnahmen, um ihre Pflichten einzufordern, deswegen soll es möglich sein, einen Teil der Familienbeihilfe zu kürzen, falls andere Maßnahmen nicht wirksam sind				In Familien mit Migrationshintergrund gebe es kein Problembewusstsein

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Jobbörsen für nicht in den Arbeitsmarkt integrierte Asylberechtigte, Abhängigkeit vom Sozialsystem	Asyl, Sozialsystem, Arbeitsmarkt	arbeitssuchende Asylberechtigte, das AMS			„Aufgrund der großen Migrationswelle in den Jahren 2015 und 2016 und der Asylverfahren, die in den Monaten und Jahren danach abgewickelt wurden, gibt es derzeit immer noch eine große Anzahl an asylberechtigten Menschen in Österreich, die voll vom Sozialsystem abhängig sind“, mit Zahlen: „Über 30.000 Asylberechtigte in Österreich sind derzeit auf Arbeitssuche“, ihnen soll eine Perspektive vermittelt werden	Aus Sicht des Sozialsystems, es wird für arbeitssuchende Asylberechtigte gesprochen	Metapher („große Migrationswelle“)		

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Jobvermittlung für Asylberechtigte, Zumutbarkeit skriterien verschärfen	Asyl, Arbeitsmarkt	von Asylberechtigten wird Flexibilität erwartet			für Menschen, die noch nicht so lange in Österreich sind und daher regional noch keine starke Verwurzelung haben, muss es möglich sein, dass sie bei Arbeitslosigkeit auch Jobs annehmen, die in einem anderen Bundesland sind, Es kann nicht sein, dass jemand, der erst seit kurzem in Österreich ist, einen Job ablehnt und weiter durch den Staat unterstützt wird, nur weil die Arbeit in einem anderen Bundesland zu finden ist	aus Sicht des österreichischen Staates		„Es kann nicht sein, dass...“	

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive werden die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Gesetzliches Verbot des „politischen Islam“	Religion	Die neue Volkspartei, die gegen politischen Islam vorgeht		Verbot von Symbolen und Organisationen des politischen Islam als Erfolg, weitere gesetzliche Bestimmungen sollen folgen	der politische Islam breite sich in Österreich aus	Aus Sicht Österreichs		„Kampf gegen Extremismus und Hass“, „politischer Islam“	
	Mehrfach-, Kinder-, Zwangsehen, Ehealter soll auf 18 angehoben werden, Eheverbot auf Cousins ausweiten	Soziales	„Wir“, die Staatsanwaltschaft	homogene Gruppe Zugewandter		Orientierung an Deutschland, Verweis auf Studien, durch Zuwanderung aus Ländern, in denen die Ehe zwischen Cousin und Cousine eher üblich ist, gewinnt das Thema an Relevanz			„bekämpfen“	Mehrfach-, Kinder-, Zwangsehen, Heirat von Cousins wird Zugewanderte aus anderen Ländern zugeschrieben

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	„Paralleljustiz“	Justiz/ Rechtssprechung, Religion	„Wir“ als diejenigen, die für die Demokratie stehen, Islamische Friedensrichter und Schiedsgerichte			Wir wollen keine Parallelsysteme, in Großbritannien und vereinzelt in Deutschland gibt es die schon, in Österreich haben sie keinen Platz, das zuzulassen ist falsch verstandene Toleranz, daher soll mit allen Mitteln dagegen vorgegangen werden, auch in Österreich kommen Regeln wie die der Scharia-Rechtssprechung zur Anwendung	Aus Sicht der österreichischen Gesellschaft/ Demokratie		„Kampf gegen Paralleljustiz“, „falsche Toleranz“	implizit: Islam = Gefahr für die Demokratie

Quelle	Inhalt	Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert ?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt ?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive werden Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Dokumentationsstelle für politischen Islam	Sicherheit, Religion	der politische Islam als Gefahr, gegen den Sicherheitsbehörden, Multiplikator*innen und die muslimische Gemeinschaft gemeinsam vorgehen sollen		unabhängige Dokumentationsstelle soll eingerichtet werden	Fehlende Informationen und Erforschung des politischen Islam, da es keine staatliche Stelle gibt, die sich mit Strömungen befasst, die zwar nicht strafrechtlich relevant sind, aber die Grundordnung in Österreich gefährden	Aus Sicht der österreichischen Gesellschaft		„Kampf gegen den politischen Islam“	„Strömungen des politischen Islams, die zwar noch nicht strafrechtlich relevant sind, aber die politische und gesellschaftliche Grundordnung in Österreich gefährden“, „antidemokratische Strömungen“ vs. „Rechtsstaat und unsere freie Gesellschaft“

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive verlaufen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	extremistische Vereine, Einführen eines Extremismus-Berichts, religiös motivierter Extremismus (Islamismus)	(religiöser) Extremismus				Änderung des Vereinsrechts, damit in Zukunft Vereine, die extremistischen Organisationen zuzurechnen sind, leichter aufgelöst werden können, Bedrohungen durch extremistische Strömungen nehmen zu, Österreich soll sicherer gemacht werden	Aus Sicht Österreichs		„Kampf gegen den Extremismus“	

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Migration als Gefahr für Österreich	Sicherheit, Grenzen	Die neue Volkspartei, die Österreich zum sichersten Land der Welt machen will			Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss jeden Tag neu gewährleistet werden	Aus Sicht Österreichs	Aufzählung von Gefahren: „Migrationsbewegungen der letzten Jahre, offene Grenzen, Naturkatastrophen und neue Sicherheitsbedrohungen wie etwa im Cyberbereich“, Steigerung: Österreich zum „sichersten Land der Welt“ machen		

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien					sprachliche Mittel		
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive werden die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Haft in der Heimat ausländischer Straffälliger ausbauen	Justizsystem, Sicherheit	ausländische Flüchtlinge belasten das Justizsystem, österreichische Bevölkerung, die geschützt werden soll	ausländische Flüchtlinge vs. „unsere“ Bevölkerung	Häftlinge sollen in Gefängnissen in ihren Herkunftsländern überstellt werden	Mehr als die Hälfte der Häftlinge in Österreich haben eine ausländische Staatsangehörigkeit, nur durch die Überstellung in ihre Heimatländer könne die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung gewährleistet werden	Aus Sicht der Österreicher, des österreichischen Justizsystems	Possessivpronomen („unsere Bevölkerung“)		
	illegale Migration	illegale Einwanderung	Österreich, Partner in Europa und der Welt			u.a. illegale Migration kann Österreich nicht allein lösen, es braucht internationale Zusammenarbeit und eine enge Abstimmung mit Partnern in Europa und in der Welt	Aus Sicht Österreichs/der EU	„Migrationskrise“	illegale Migration als „Herausforderung“ unserer Zeit“, EU als „größte Errungenschaft des 20. Jahrhunderts“	

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteur*innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Entwicklungs zusammenarbeit, Fluchtgründe bekämpfen (interessant: Fluchtgründe, nicht -ursachen)	Entwicklungszusammenarbeit				Hilfe vor Ort, Mittel erhöht, um Menschen und Regionen zu befähigen, auf eigenen Beinen zu stehen	Aus Sicht Österreichs		„bekämpfen“	

Quelle	Inhalt		Argumentationsstrategien				sprachliche Mittel			
	Welche Inhalte werden thematisiert?	Mit welchen Themen/ Politikfeldern wird Migration verknüpft?	Welche Akteure* innen kommen wie vor?	Inwiefern erfolgt eine Charakterisierung spezifischer Personen(-gruppen)?	Wie werden Handlungen dargestellt?	Wie wird argumentiert, um Handlungen/ Maßnahmen zu legitimieren?	Aus welcher Perspektive erfolgen die Argumentationen?	Welche sprachlichen Mittel werden angewandt?	Welche prägnanten Ausdrücke werden verwendet?	Welche expliziten/ impliziten Zuschreibungen sind zu erkennen?
	Fachkräftemangel	Arbeitsmarkt	Fachkräfte werden gebraucht	Wertung/ Priorisierung bestimmter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als homogene Gruppe (bevorzugt heimische, sonst aus EU-Mitgliedsstaaten, sollte das nicht möglich sein, Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten)						
	Fachkräftemangel		Fachkräfte werden gebraucht	Wertung/ Priorisierung bestimmter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als homogene Gruppe (bevorzugt heimische, sonst aus EU-Mitgliedsstaaten, sollte das nicht möglich sein, Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten)		gut qualifizierte Fachkräfte als Erfolgsfaktor der Wirtschaft, mit Zahlen: österreichweit mehr als 160.000 Fachkräfte für offene Stellen gesucht, Fachkräftemangel muss entgegengewirkt werden	Aus Sicht von Österreichs Wirtschaft	Wiederholung des Adjektivs „heimisch“	„bekämpfen“	

12.4. Material Analyse

Das Material ist folgenden im Quellenverzeichnis aufgeführten Quellen entnommen: FPÖ 2019, Die neue Volkspartei 2019.

Es wurde entsprechend der drei Analyseebenen wie folgt kodiert:

Inhalte

Argumentationsstrategien

Sprache

- + [Parteiprogramm](#)
- + [Leitantrag](#)
- + [Parlament](#)
- + [Publikationen](#)
- + [ID – Partei](#)

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTI

Fair. Sozial. Heimattreu.

Norbert Hofer

Für Österreich umgesetzt:

- Es gibt noch viel zu tun:**

- Stärkung der direkten Demokratie
- Weitere Senkung von Steuern und Abgaben
- Mehr Geld für die Pflege daheim
- Budgetsanierung und weiterer Schuldenabbau
- Reform des Kammerwesens
- Strafgesetz gegen den politischen Islam
- Neues Asyl- und Fremdenrecht
- Zielgerechte Finanzierung des Bundesheeres
- Nahverkehrsmilliarde umsetzen
- Schieneninfrastruktur zugänglich ausbauen
- Umsetzung von Tempo 140 auf Autobahnen und Dekarbonisierung des Verkehrs
- Betriebsansiedlungsoffensive
- Tiertransporte quer durch Europa stoppen
- Heimische Energiequellen nutzen

20. September 2019 | Arbeit und Soziales

- ☐ Wahlprogramm NRW 2019
 - [Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur](#)
 - Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug
 - Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik
 - Umweltbewusster und leistbarer Verkehr
 - Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus
 - Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten
 - Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie
 - Tierschutz ist Herzensache – Transporte vermeiden
 - Mindestpension für ein Altern in Würde
 - Leistbares Wohnen durch modernes Mietrecht
 - Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken
 - Strukturreform bei ORF und Kammern fortsetzen
- ☐ Parteiprogramm
 - Leit Antrag
 - Parlament
 - Publikationen
 - ID – Partei

Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur



Die **Bewahrung der Heimat** bedeutet: **Wir entscheiden** selbst darüber, wer kommen darf und **wer sich integriert**. **(legale Migranten sind kein Teil unserer Heimat)**. **Alleine** seit 2010 ist Österreich um 500.000 Personen „gewachsen“. Die **Großzügigkeit**, mit der Personen in **unserem Land** Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden, darf aber nicht dazu führen, dass plötzlich aus Rücksicht auf andere Kulturen etwa in Kindergärten **Schweinefleisch** und **Nikolausfeiern** gestrichen werden.

Gegen den radikalen Islam

Insbesondere **der politische Islam**, dem es nur um die **Ausbreitung seiner Ideologie** geht, darf nicht **toleriert werden**. **Auch Religionen** müssen sich an die **österreichische Verfassung** und die **Gesetze halten**. **Der Islam** ist eine in Österreich **anerkannte** und respektierte Religion, aber kein Bestandteil der **österreichischen Kultur**. **Kopftuch oder Burka** haben daher **keinen Platz in öffentlichen Ämtern**. **Sie sind** kein Symbol für die **Emancipation** der Frau, sondern für ihre **Unterdrückung**.

Wahlrecht nur für Staatsbürger

Das **Wahlrecht darf in Österreich auch künftig nur Staatsbürgern** vorbehalten bleiben. Ein Wahlrecht für **Angehörige anderer Staaten** ist für **die FPO** daher nicht verhandelbar. **Wer in Österreich wählen möchte, soll sich um die Staatsbürgerschaft auch bemühen!**

Beliebteste Beiträge

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | [Aussenpolitik](#)

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschläge
20. September 2019 | [Arbeit und Soziales](#)

Blitzlicht



Mitglied werden!



© 2019 Freiheitliche Partei Österreichs. Alle Rechte vorbehalten.



[Datenschutz](#)
[Impressum](#)

- ☐ Wahlprogramm NRW 2019
 - Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur
 - **Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug**
 - Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik
 - Umweltbewusster und leistbarer Verkehr
 - Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus
 - Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten
 - Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie
 - Tierschutz ist Herzensache – Transporte vermeiden
 - Mindestpension für ein Altern in Würde
 - Leistbares Wohnen durch modernes Mietrecht
 - Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken
 - Strukturreform bei ORF und Kammern fortsetzen
- ☐ Parteiprogramm
 - Leitanspruch
 - Parlament
 - Publikationen
 - ID – Partei

Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug



FPÖ-Innenminister Herbert Kickl hat in seiner Amtszeit viele Wahlversprechen der FPÖ in diesem Bereich erfolgreich umgesetzt: Für einen effektiven Grenzschutz sowie zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung wurde die Grenzschutzeinheit „PUMA“ geschaffen. Mit der Übernahme der gesamten Asylbetreuung in staatliche Hände wurde zudem privaten Geschäftemachern und unkontrollierten NGOs, die sich nirgendwo rechtfertigen müssen, die Grundlage entzogen. Österreich ist dadurch nicht mehr länger ein bevorzugtes Zielland für illegale Einwanderer. Die andere Parteien haben hingegen die Flüchtlingsproblematik in den vergangenen Jahren völlig ignoriert.

Schärferes Fremdenrecht

Das Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 sieht auch vor, dass sich Asylberechtigte an den Kosten für ihr Asylverfahren beteiligen müssen. Handydaten sollen künftig zur Identitätsfeststellung von Asylwerbern ausgewertet werden dürfen. Enorme Kosten für Dolmetscher werden dadurch wegfallen. Außerdem verlieren anerkannte Asylanten, die in ihren Herkunftsländern Urlaub machen, nunmehr ihren Asylstatus. Gefordert wird von der FPÖ unbedingt die komplette Neuaufstellung des gesamten Asyl- und Fremdenrechtes, aber auch erneut ein Stundenlohn von 1,50 Euro für Asylberechtigte bei gemeinnützigen Tätigkeiten, da diese ohnehin gratis Kost und Logis erhalten. Auch junge Rekruten beim Bundesheer verdienen nicht mehr.

Straffällige Ausländer werden abgeschoben

Auch insgesamt wurde die Aberkennung des Asylstatus vereinfacht. Eine konsequente Abschiebung straffällig gewordener Ausländer oder die Anerkennung sicherer Herkunftsstaaten, in die beschleunigt abgeschoben werden darf, haben unser Land wieder sicherer gemacht. Vorbei sind auch die Zeiten, in denen in Polizeiberichten ausländische Straftäter beispielsweise zu „Wienern“ gemacht wurden. Die FPÖ hat damit gezeigt, dass sie das Sicherheitsbedürfnis der Österreicher sehr ernst nimmt.

Exekutive aufgestockt

Weiters hat die FPÖ auch rund 4.000 zusätzliche Planstellen für die Polizei erkämpft und für eine bessere Ausrüstung unserer Exekutivbeamten gesorgt. Der Staat ist weiterhin gefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Exekutive im Kampf gegen die Kriminalität auch in Zukunft wirksam agieren kann. Dazu gehören auch motivationsfördernde Maßnahmen für die Polizei. Das beginnt bei klaren Unterstützungsaussagen durch die Politik, spiegelt sich in der Schaffung eines eigenen Exekutivdienstgesetzes mit einem gerechten Besoldungssystem wider und endet bei der Schaffung des Berufsbildes „Polizist“.

Beliebteste Beiträge

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | [Ausserpolitik](#)

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschläge
20. September 2019 | [Arbeit und Soziales](#)

Blitzlicht



Mitglied werden!



© 2019 Freiheitliche Partei Österreichs. Alle Rechte vorbehalten.



Datenschutz Impressum

- ☐ Wahlprogramm NRW 2019
 - Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur
 - Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug
 - [Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik](#)
 - Umweltbewusster und leistbarer Verkehr
 - Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus
 - Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten
 - Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie
 - Tierschutz ist Herzenssache – Transporte vermeiden
 - Mindestpension für ein Altern in Würde
 - Leistbares Wohnen durch modernes Mietrecht
 - Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken
 - Strukturreform bei ORF und Kammerfortsetzen
- ☐ Parteiprogramm
- ☐ Leittrag
- ☐ Parlament
- ☐ Publikationen
- ☐ ID - Partei

Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik



Mit dem **Migrationspakt** von Marrakesch wollte die **UNO** **beinahe unbemerkt** ein Regelwerk einführen, das Länder, welche die Migration nicht fördern oder ihr gar kritisch gegenüberstehen, bestraft. **Diverse Medien**, die kritisch über die **Migrationsproblematik** berichten, sollten etwa Unterstützungen gestrichen werden. Mit der **FPO** in der Bundesregierung hat Österreich diesem Abkommen aber nicht zugestimmt. Andernfalls wäre der Pakt auch für uns über das Völkergewohnheitsrecht verbindlich geworden und **wir** könnten nicht mehr selbst entscheiden, wer nach Österreich zuwandern darf.

EU duldet illegale Einwanderung und Schlepperei

Deutsche Politiker **laden Flüchtlingsströme** in ihr Land ein und wollen diese dann auf ganz Europa aufteilen. Sie haben mit ihrem Verhalten klar gegen geltendes EU-Recht in Form von „Dublin III“ verstoßen. **Länder, die sich daran gehalten haben und ihre Grenzen wie Ungarn schützen, werden** hingegen angefeindet. **NGO-Schiffe kooperieren mit Schleppern**. Sie bringen Bootsinsassen nach Europa und nicht an die nahe afrikanische Küste. **Hier geht es nicht um Rettungseinsätze, sondern um von der EU geduldete Schlepperei.**

Linke Romantik ist keine Lösung

Unvergessen ist etwa **der ehemalige SPÖ-Kanzler Werner Faymann**, der Österreich durch ein „**Tür mit Seiteneiten**“ schützen wollte. **Linke Romantik** und der **Slogan „Wir schaffen das“** sind aber nicht die Lösung. Die Folgen sind beispielsweise ein Justizsystem mit **überfüllten Gefängnissen und überforderten Gerichten** sowie die **totale Überlastung des Polizeiapparates mit tausenden Überstunden**. Aber auch die **Schulen** sowie das Sozial- und Gesundheitssystem haben die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht.

Asyl ist nur Schutz auf Zeit

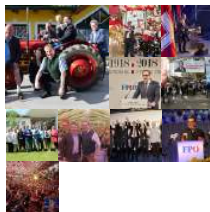
Die **FPO** sagt: **angesichts dieser Zustände** ganz klar: **Asyl ist Schutz auf Zeit** und **kein Deckmäntelchen für Wirtschaftsflichtlinge**. **Armut und Klimawandel sind keine Asylgründe**. **Fällt der Asylgrund einmal weg, ist die Rückreise in das Herkunftsland fällig!**

Beliebteste Beiträge

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | [Auslandspolitik](#)

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschläge
20. September 2019 | [Arbeit und Soziales](#)

Blitzlicht



Mitglied werden!



© 2019 Friedliche Partei Österreichs. Alle Rechte vorbehalten.



[Datenschutz](#)
[Impressum](#)

- ☐ Wahlprogramm NRW 2019
 - Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur
 - Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug
 - Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik
 - [Umweltbewusster und leistbarer Verkehr](#)
 - Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus
 - Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten
 - Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie
 - Tierschutz ist Herzenssache – Transporte vermeiden
 - Mindestpension für ein Altern in Würde
 - Leistbares Wohnen durch modernes Mietrecht
 - Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken
 - Strukturreform bei ORF und Kammern fortsetzen
- ☐ Parteiprogramm
- ☐ Leitantrag
- ☐ Parlament
- ☐ Publikationen
- ☐ ID – Partei

Umweltbewusster und leistbarer Verkehr



Der Verkehr ist kein Thema, das für sich alleine behandelt werden kann: Verkehr und Umwelt sind eng miteinander verbunden. Verkehrspolitik muss daher immer auch den Umweltschutz mitdenken. Sinnvolle und nachhaltige Maßnahmen in der Verkehrspolitik, etwa die Reduzierung fossiler Brennstoffe oder eine Offensive bei der E-Mobilität, sind auch Bestandteile der österreichischen Klimastrategie.

Verkehr und Fortschritt sind eng verknüpft

Gleichzeitig macht der Verkehr aber auch den Fortschritt erst möglich. Das heißt, dass man den Verkehr nicht um jeden Preis unterdrücken sollte. Eine einseitige Verkehrspolitik zulasten der Autofahrer oder eine tendenziöse Bevorzugung anderer Verkehrsteilnehmer wie beispielsweise Radfahrer findet mit der FPÖ nicht statt. Lebensqualität bedeutet aber auch, dass man den Verkehr in vernünftige Bahnen lenkt – vor allem dort, wo er schon zu viel wird.

Ausbau der Verkehrsnetze entscheidend

Nicht überall sind die Verkehrsnetze so optimiert wie in den Großstädten. Der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel ist vor allem im ländlichen Raum ein wichtiges Thema. Diese tragen hier viel zum Lebensstandard bei. Gefragt sind etwa bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Konzepte, die Straße und Schiene sowie Luft- und Wasserwege mitberücksichtigen. Im weitesten Sinn gehört hier auch der Ausbau des Breitbandnetzes dazu.

Beliebteste Beiträge

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | [Aussenpolitik](#)

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschlüsse
20. September 2019 | [Arbeit und Soziales](#)

Blitzlicht



Mitglied werden!



© 2019 Freiheitliche Partei Österreichs. Alle Rechte vorbehalten.



[Datenschutz](#)
[Impressum](#)

- ☐ Wahlprogramm NRW 2019
 - Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur
 - Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug
 - Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik
 - Umweltbewusster und leistbarer Verkehr
 - **Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus**
 - Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten
 - Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie
 - Tierschutz ist Herzenssache – Transporte vermeiden
 - Mindestpension für ein Altern in Würde
 - Leisbares Wohnen durch modernes Mietrecht
 - Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken
 - Strukturreform bei ORF und Kammern fortsetzen
- ☐ Parteiprogramm
 - Leittrag
 - Parlament
 - Publikationen
 - ID – Partei

Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus



Die FPO lehnt die Europäische Union nicht ab, aber sie steht ihr im Interesse Österreichs kritisch gegenüber. Wir wollen die EU nicht abschaffen, sondern verbessern, Fehlentwicklungen korrigieren und **autoritäre sowie zentralistische Bestrebungen, die unsere österreichische Souveränität bedrohen**, verhindern. Das haben wir uns schon in der Regierung zum Ziel gesetzt und auch erfolgreich praktiziert – etwa in der **Asyl- und Migrationsfrage, in der wir uns den Kurs nicht vorschreiben lassen**. Wir haben ganz im Gegenteil sogar **neue Verbündete für unsere richtigen Positionen** gefunden.

Einstimmigkeitsprinzip muss bleiben

Besonders wichtig ist uns auch die Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips bei EU-Beschlüssen. Dieses Prinzip darf keinesfalls verwässert oder abgeschafft werden. Sollte die Einstimmigkeit fallen, dann würde unser Land endgültig zum EU-Befehlsempfänger ohne eigene Entscheidungsgewalt. Dann könnten andere Länder über die Verwendung unserer österreichischen Steuergelder entscheiden oder unsere Ressourcen großflächig über alle Mitgliedsländer verteilen.

EU-Regulierungswahn durch Reformen stoppen

Man braucht sich in weiterer Folge auch nicht zu wundern, dass die Akzeptanz der Europäischen Union in der Bevölkerung abnimmt. Unsinnige und lächerliche Regelungen wie der EU-genormte Bräunungsgrad von Pommes frites begreift wirklich niemand mehr. Sie sind das Werk regulierungswütiger Brüsseler Bürokraten, die offenbar zu wenig sinnvolle Aufgaben haben.

Europa der Vaterländer

Die EU muss insgesamt demokratischer werden, nicht autoritärer. Die FPO will so viel Regionalismus wie möglich und nicht mehr Zentralismus als nötig. Wir wollen ein Europa der Vaterländer und keine gleichgeformten Einheits-Europäer, die sich durch nichts voneinander unterscheiden.

Europas Stärke liegt in seiner Vielfalt. Diese wollen wir bewahren. Wir wollen auch weiterhin Österreicher in unserem souveränen Heimatland sein!

Beliebteste Beiträge

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | [Aussenpolitik](#)

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschläge
20. September 2019 | [Arbeit und Soziales](#)

Blitzlicht



Mitglied werden!



© 2019 Freiheitliche Partei Österreichs. Alle Rechte vorbehalten.



Datenschutz
 Impressum

- ☐ Wahlprogramm NRW 2019
 - Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur
 - Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug
 - Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik
 - Umweltbewusster und leistbarer Verkehr
 - Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus
 - [Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten](#)
 - Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie
 - Tierschutz ist Herzenssache – Transporte vermeiden
 - Mindestpension für ein Alter in Würde
 - Leisbares Wohnen durch modernes Mietrecht
 - Direkte Demokratie stärken
 - Strukturreform bei ORF und Kammerfortsetzen
- ☐ Parteiprogramm
 - ☐ Leittrag
 - ☐ Parlament
 - ☐ Publikationen
 - ☐ ID – Partei

Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten



Österreichische Unternehmen und der „Faktor Arbeit“ müssen steuerlich entlastet werden. Das sichert gerechte Löhne und schafft Arbeitsplätze. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten weiters nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn sie sind aufeinander angewiesen. Damit ist klar: Wer in unserer heutigen Zeit auf Klassenkampf aus vergangenen Jahrhunderten setzt, der hat für die Zukunft keine vernünftigen Antworten. Es kommt auf das Miteinander an und nicht auf das Gegeneinander. Nur so können wir für Österreich eine gute Zukunft sichern, von der alle Menschen profitieren.

Die Wirtschaft schafft Arbeit

Arbeitsplätze kann nur die Wirtschaft schaffen – dies muss allen klar sein. Diese Aufgabe übernehmen vor allem die klein- und mittelständischen Unternehmen. Die Aufgabe einer Regierung ist es dagegen, optimale Rahmenbedingungen zu garantieren, damit sich Betriebe im Land ansiedeln. Ebenso muss es eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, die heimischen Betriebe besser für den internationalen Wettbewerb zu rüsten.

Fachkräfte im Inland ausbilden

Schlecht oder gar nicht ausgebildete Migranten können allerdings keinen Lehrlings- und Fachkräftemangel ausgleichen. Sie bewirken maximal ein Lohndumping für die österreichischen Arbeitnehmer und die heimische Jugend.

Die Steuerreform zum Wohl der österreichischen Arbeitnehmer muss kommen

Unser Hauptaugenmerk liegt vielmehr auf Österreich und damit auch auf den berufstätigen Österreicherinnen und Österreichern. Diese müssen steuerlich entlastet werden. Erste Schritte dafür hat die FPÖ schon in der Regierung unternommen, bevor diese von ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz ohne ersichtlichen Grund gesprengt wurde. Daher verzögert sich durch das Verschulden der ÖVP auch die Steuerreform, die den österreichischen Arbeitnehmern wesentliche Entlastungen gebracht hätte. Die FPÖ wird aber weiterhin auf eine vollständige Umsetzung drängen. Das garantieren wir!

Beliebteste Beiträge

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | [Ausserpolitik](#)

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschläge
20. September 2019 | [Arbeit und Soziales](#)

Blitzlicht



Mitglied werden!



© 2019 Freiheitliche Partei Österreichs. Alle Rechte vorbehalten.



Datenschutz
 Impressum

- ☐ Wahlprogramm NRW 2019
 - Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur
 - Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug
 - Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik
 - Umweltbewusster und leistbarer Verkehr
 - Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus
 - Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten
 - [Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie](#)
 - Tierschutz ist Herzenssache – Transporte vermeiden
 - Mindestpension für ein Altern in Würde
 - Leistbares Wohnen durch modernes Mietrecht
 - Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken
 - Strukturreform bei ORF und Kammern fortsetzen
- ☐ Parteiprogramm
 - Leitantrag
 - Parlament
 - Publikationen
 - ID - Partei

Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie



Umweltschutz ist keinesfalls ein Monopol von selbsternannten Ökos. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen darf aber auch nicht zum Marktplatz für findige Geschäftemacher werden. Der Klimawandel ist Realität und nicht wegzuleugnen. Es ist andererseits aber auch nicht rational erklärbar, dass angesichts des hohen Anteils von Kohlenstoffdioxid in unserer Atmosphäre eine CO₂-Reduktion in Österreich oder Europa etwas daran ändern könnte. Eine nachhaltige CO₂-Reduktion ist ohne Einbindung der USA oder des Wirtschaftsriesen China außerdem wirkungs- und sinnlos. Eine sogenannte „Luftsteuer“ auf CO₂ lehnen wir deshalb entschieden ab.

Sinnvoller Klimaschutz geht anders

Die Klimahysterie bringt unser Land nicht weiter. Die FPÖ ist für die Einrichtung eines „nationalen Klima- und Energie-Rates“ zur Beratung der Bundesregierung in der Bewertung von Maßnahmen und Gesetzen zu den Bereichen Klima und Energie. Ein umfangreicher Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die bestmögliche Nutzung heimischer Energiequellen und der Schutz unseres Trinkwassers sowie die Offensive bei der E-Mobilität unter FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer sind gute Beispiele dafür, dass wir den Umweltgedanken auch wirklich leben.

Kein Diesel-Bashing

Noch vor wenigen Jahren wurden Dieselfahrzeuge aufgrund ihres sparsamen Treibstoffverbrauchs groß beworben. Nun will man die Dieselfahrer bestrafen und getroffen werden damit vor allem die Pendler. Mit einer Preissenkung bei Jahres-Vignetten für Autobahnen bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Preise für Kurzzeit-Vignetten könnte diese Gruppe entlastet werden.

Beliebteste Beiträge

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | [Aussenpolitik](#)

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschläge
20. September 2019 | [Arbeit und Soziales](#)

Blitzlicht



Mitglied werden!



© 2019 Freiheitliche Partei Österreich. Alle Rechte vorbehalten.



[Datenschutz](#) [Impressum](#)

- ☐ Wahlprogramm NRW 2019
 - Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur
 - Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug
 - Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik
 - Umweltbewusster und leistbarer Verkehr
 - Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus
 - Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten
 - Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie
 - [Tierschutz ist Herzessache – Transporte vermeiden](#)
 - Mindestpension für ein Altern in Würde
 - Leistbares Wohnen durch modernes Mietrecht
 - Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken
 - Strukturreform bei ORF und Kammern fortsetzen
- ☐ Parteiprogramm
 - Leitantrag
 - Parlament
 - Publikationen
 - ID – Partei

Tierschutz ist Herzessache – Transporte vermeiden



Tierschutz ist der FPÖ ein echtes Herzensanliegen. Denn der Schutz unserer Mitgeschöpfe ist längst keine Domäne der Grünen mehr. Rund 30 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher halten sich Haustiere. Insgesamt sind es etwa 3,2 Millionen Tiere. Trotzdem ist die Anzahl der Haustiere in österreichischen Haushalten rückläufig. Eine überzogene Hetze bis hin zur Kriminalisierung von bestimmten Hunderassen, wobei vor allem sogenannte „Listenhunde“ betroffen sind, und der Hundehalter haben das ihre dazu beigetragen. Dies ist nicht der Weg der FPÖ. Wir stehen für ein vernünftiges Miteinander von Mensch und Tier.

Auch Nutztiere gehören geschützt

Der Tierschutz geht aber selbstverständlich über den Bereich der Haustiere hinaus. Auch Nutztiere sind vor Qualen zu schützen. Ein Problemfeld stellen hier unter anderem die Tiertransporte dar. Diese Transporte erfolgen durch ganz Europa unter oft unzumutbaren Temperaturen oder grauenhaften Bedingungen. Meist hat dies steuerliche Gründe. Mehr Kontrollen und die Einschränkung beziehungsweise der Stopp von Tiertransporten unter bestimmten Bedingungen können zur Minderung des Tierleids beitragen.

Vernünftige Lösungen für Wildtiere

Ein drittes und völlig anderes Thema ist die Wiederansiedelung wilder Tiere in unseren heimischen Wäldern. Wölfe oder Bären waren in unseren Breiten schon ausgestorben und wandern über die Grüne Grenze zu unseren Nachbarländern wieder ein. Die Lebensräume für Wildtiere sind jedoch heute vielfach nicht mehr gegeben. Auch hier müssen vernünftige Lösungen gefunden werden, wie mit diesen Wildtieren umgegangen werden soll.

Beliebteste Beiträge

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | [Ausienpolitik](#)

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschläge
20. September 2019 | [Arbeit und Soziales](#)

Blitzlicht



Mitglied werden!



© 2019 Freiheitliche Partei Österreichs. Alle Rechte vorbehalten.



[Datenschutz](#)
[Impressum](#)

- + Parteiprogramm
- + Leitantrag
- + Parlament
- + Publikationen
- + ID – Partei

Soziale Sicherheit ist oberstes Gebot

Ein gutes Pensionssystem muss den Lebensstandard auch im Alter absichern können – dies ist unsere feste Überzeugung. Das sind wir unseren Pensionisten schuldig, für deren Lebensleistung man gar nicht genug dankbar sein kann. Denn sie haben den Österreichern ein Leben in Wohlstand und Sicherheit ermöglicht.

künftige Herausforderungen gibt es beim Thema „Mehr Geld für die häusliche Pflege“. Auch hier hat die FPO ein Konzept vorgelegt, wie Gesundheit und Pflege ohne neue Steuererhöhungen finanziert werden können. Denn für eine langfristige und nachhaltige Finanzierung der Pflege in Österreich ist es nicht notwendig, die Menschen extra zur Kasse zu bitten. Österreich hat etwa doppelt so viele Akutbetten wie der Schnitt der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union. Viele Patienten sind im falschen Bett untergebracht. Alleine dieser Missstand verursacht einen Mehraufwand von 13 Millionen Euro pro Tag oder von 4,75 Milliarden Euro im Jahr. Es ist daher die Aufgabe der Politik, Gesundheit und Pflege besser zu organisieren und nicht nach dem Geld der Bürger zu greifen.

20. September 2019 | Arbeit und Soziales

- ☐ Parteiprogramm
- ☐ Leitantrag
- ☐ Parlament
- ☐ Publikationen
- ☐ ID - Partei

Reform des Wohnbauförderungssystems

Wohnungen für Österreicher

Zeitgemäßes Mietrecht umsetzen

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | Außenpolitik

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschläge

- ☐ Wahlprogramm NRW 2019
 - Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur
 - Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug
 - Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik
 - Umweltbewusster und leistbarer Verkehr
 - Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus
 - Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten
 - Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie
 - Tierschutz ist Herzenssache – Transporte vermeiden
 - Mindestpension für ein Altern in Würde
 - Leisbares Wohnen durch modernes Mietrecht
 - [Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken](#)
 - Strukturreform bei ORF und Kammern fortsetzen
- ☐ Parteiprogramm
- ☐ Leittrag
- ☐ Parlament
- ☐ Publikationen
- ☐ ID - Partei

Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken



Die Demokratie und freie Wahlen wurden im Laufe der Geschichte hart und unter vielen Opfern erkämpft. Aber immer häufiger hört man Klagen der Bürgerinnen und Bürger über die Politik. **Viele Menschen fühlen sich geradezu ohnmächtig und glauben, dass sie ohnehin nichts ändern können. Das Resultat sind niedrige Wahlbeteiligungen und ein schlechtes Image von Politikern. Daher ist es dringend notwendig, die Österreicherinnen und Österreicher direkt in politische Entscheidungen einzubinden und damit das Interesse an der Politik neu zu entfachen.** Deshalb will **die FPÖ mehr aktive Beteiligung und Mitsprache der Bürger fördern**.

Erste Verbesserungen bereits erreicht

Die FPÖ hat in der Regierung bereits die „Woche der direkten Demokratie“ eingeführt. Noch nie zuvor hatten Bürgerinnen und Bürger, die für ein Volksbegehren unterschreiben wollten, die Möglichkeit, eine beliebige Gemeinde aufzusuchen oder die Unterschrift mittels digitaler Signatur online zu tätigen. Möglich wurde dies durch die Inbetriebnahme des Zentralen Wählerregisters.

Instrumente müssen weiter ausgebaut werden

Die Instrumente der direkten Demokratie müssen aber weiter verbessert und ausgebaut werden. Die Stimmen für ein Volksbegehren dürfen nicht mehr in verstaubten Schubladen landen. Hier wollen wir wesentlich mehr direkte Demokratie erreichen als im letzten Regierungsprogramm. Wenn 10 Prozent der Wahlberechtigten, also rund 600.000 Personen, ein Volksbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützen, dann muss auf jeden Fall eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Alles andere wäre eine Verhöhnung der engagierten Bürgerinnen und Bürger. Noch demokratiefreundlicher ist eine Volksabstimmung ab 250.000 Unterschriften.

Uns liegt Österreich am Herzen. Daher müssen wir die Demokratie stärken. Und das gelingt nur zusammen mit den Österreicherinnen und Österreichern!

Beliebteste Beiträge

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | [Auslandspolitik](#)

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschläge
20. September 2019 | [Arbeit und Soziales](#)

Blitzlicht



Mitglied werden!



© 2019 Freiheitliche Partei Österreichs. Alle Rechte vorbehalten.



[Datenschutz](#)
[Impressum](#)

- ☐ Wahlprogramm NRW 2019
 - Heimat und Identität – eine österreichische Leitkultur
 - Sicherheit für Österreicher – Kampf dem Asylbetrug
 - Nein zu Massenzuwanderung und Willkommenspolitik
 - Umweltbewusster und leistbarer Verkehr
 - Mehr Österreich und weniger EU-Zentralismus
 - Arbeitnehmer und Betriebe steuerlich entlasten
 - Wirksamer Umweltschutz ohne Klimahysterie
 - Tierschutz ist Herzenssache – Transporte vermeiden
 - Mindestpension für ein Altern in Würde
 - Leistbares Wohnen durch modernes Mietrecht
 - Direkte Demokratie durch Volksentscheide stärken
 - [Strukturreform bei ORF und Kammern fortsetzen](#)
- ☐ Parteiprogramm
 - Leitantrag
 - Parlament
 - Publikationen
 - ID – Partei

Strukturreform bei ORF und Kammern fortsetzen



Die Bereitstellung bestimmter Strukturen gehört zu den Aufgaben eines Staates. Dazu steht die FPÖ. Dies bedeutet aber nicht, dass diese Strukturen übermäßig aufgebläht werden sollen. Eine ausufernde Bürokratie, in welchem Bereich auch immer, ist nicht hilfreich. Sie ist vielmehr lähmend sowie kontraproduktiv und führt letztendlich zu Brüsseler Zuständen. Mehrfachzuständigkeiten, Doppelgleisigkeiten und legisistischer Wildwuchs haben in einem modernen Staatswesen nichts verloren. Deshalb müssen staatliche Einrichtungen laufend auf ihre Sinnhaftigkeit und Effizienz überprüft werden.

Zusammenlegung der Krankenkassen als Vorbild

Mit der freiheitlichen Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein hat die FPÖ etwa die lange versprochene Zusammenlegung der Krankenkassen endlich realisiert. Diese Reform, die von vielen Funktionären, die um ihre Pfründe fürchteten, wütend bekämpft wurde, war längst überfällig. Sie trägt dazu bei, Österreichs Gesundheitssystem wieder auf die Überholspur zu bringen.

Weg mit den ORF-Zwangsgebühren

Eine solche Reform ist aber auch in anderen Bereichen gefragt, welche durch die Bürger finanziert werden – etwa bei den Kammern oder beim ORF. Die Zwangsmitgliedschaft bei den Kammern ist genauso wenig zeitgemäß wie die ORF-Zwangsgebühr. Gerade der ORF muss auf neue Beine gestellt werden, um im Konkurrenzkampf mit den Privatsendern bestehen zu können. Das gelingt aber nicht durch höhere Gebühren, mehr Steuerzuwendungen des Staates oder durch eine Erhöhung der Werbezeit. Die Lösung liegt nur in einer effizienten Strukturreform.

Beliebteste Beiträge

Zustimmung zu doppelter Staatsbürgerschaft für Südtiroler
20. September 2019 | [Aussenpolitik](#)

Nach 45 Arbeitsjahren in Pension - ohne Abschlüsse
20. September 2019 | [Arbeit und Soziales](#)

Blitzlicht



Mitglied werden!



© 2019 Freiheitliche Partei Österreichs. Alle Rechte vorbehalten.



[Datenschutz](#)
[Impressum](#)

Die neue
Volkspartei

Unser Weg für Österreich.

100 Projekte.





Unser Weg für Österreich. Unsere österreichische Identität bewahren.

Österreich steht auf einem **starken Wertefundament**, das von **unserer jüdisch-christlichen Tradition und der Aufklärung** geprägt ist. Die Achtung der **Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte** gehören zu diesem Fundament. **Unsere historischen Erfahrungen** und diese Werte sind die Grundlage für **unsere österreichische Identität, unsere Kultur und unser Lebensmodell**. Als **neue Volkspartei** wollen wir diese Identität bewahren und sicher in die Zukunft bringen.

Die **österreichische Gesellschaft** ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich vielfältiger geworden. So ist der Anteil von Menschen aus anderen Ländern in Österreich **durch Migration** stark gestiegen. **Etwa jeder fünfte in Österreich lebende Mensch hat Migrationshintergrund**. Das heißt, dass er oder seine beiden Elternteile aus dem Ausland kommen.

Migrantinnen und Migranten bringen ihre Kulturen und Traditionen mit nach Österreich. Bei weitem nicht alles davon entspricht unseren Werten und Überzeugungen. **Normen und Werte aus der Scharia** etwa haben in Österreich keinen Platz. Und **der politische Islam** stellt eine **Bedrohung** für **unsere freie Gesellschaft** dar und **darf von uns nicht toleriert werden**.

In Zeiten der gesellschaftlichen Veränderung **ist uns als neue Volkspartei die Bewahrung der österreichischen Identität deshalb ein wichtiges Anliegen**. **Wir wollen nicht aus falsch verstandener Toleranz Entwicklungen zulassen, die unserem Rechtsstaat und unserer Werteordnung zuwiderlaufen**. Deshalb sind wir überzeugt: **Wer beabsichtigt, in Österreich zu bleiben, muss unsere Werte akzeptieren**. Integration heißt deshalb auch Anpassung an die österreichische Werteordnung.

Außerdem müssen wir gegen jede Form von Extremismus und Hass konsequent vorgehen – egal ob **Rechts- oder Linksextremismus** oder den **politischen Islam**. Auch das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Wer dort hetzt oder Hass verbreitet, soll so wie in der realen Welt zur Verantwortung gezogen werden können.

Asyl & Migration.

Illegale Migration weiter bekämpfen – Reform des Asylsystems auf europäischer Ebene.

01.

Unsere strikte Asylpolitik zeigt Wirkung: 2018 wurden 85 Prozent weniger Asylanträge gestellt als noch drei Jahre zuvor. Unser Kampf gegen illegale Migration muss entschlossen fortgesetzt werden. Österreich konnte im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft eine entscheidende Trendwende in der europäischen Migrationspolitik erzielen: Nicht mehr die Frage der Flüchtlingsverteilung, sondern der Schutz der EU-Außengrenze wurde in den Mittelpunkt gerückt. Hierfür ist eine rasche Stärkung der EU-Grenzschutzagentur Frontex notwendig, sowie eine enge Kooperation mit den Transit- und Herkunftsländern. Wir müssen weiterhin konsequent gegen das illegale Schlepperwesen vorgehen und die Anreize minimieren, dass Menschen sich auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa machen, nur aufgrund der Aussicht auf ein besseres Leben und ohne Fluchtgrund, wie er in der Genfer Flüchtlingskonvention vorausgesetzt ist. Die konsequente Linie in der Migration darf auch nicht wieder aufgeweicht werden, wie dies in manchen europäischen Hauptstädten derzeit angedacht wird. Ganz im Gegenteil setzen wir uns für eine Reform des Asylsystems auf europäischer Ebene ein: Das Durchwinken von illegalen Migranten muss ein Ende haben. Es muss künftig Strafen für Staaten geben, die illegale Migranten einfach durchwinken, das Dublin-Abkommen aushebeln oder nicht gegen Schlepperei vorgehen. Im Rahmen eines neuen EU-Vertrags sollte dafür ein entsprechender Sanktionsmechanismus vorgesehen werden.

Stopp der Zuwanderung ins Sozialsystem und konsequente Umsetzung der Mindestsicherung neu.

02.

Mit der Reform der Mindestsicherung, dem neuen Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, ist ein wichtiger Schritt in Richtung Stopp der Zuwanderung ins Sozialsystem gelungen. Die neue Sozialhilfe als Grundsatzgesetz ist mit Juni 2019 in Kraft getreten. Die wichtigsten Bereiche des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes sind dadurch bundeseinheitlich geregelt worden. Nun müssen die Bundesländer auf Basis dieser Grundlage ihre eigenen Gesetze erlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass es zu einer konsequenten Umsetzung in den Bundesländern kommt. Denn nur so kann auch effektiv sichergestellt werden, dass Asylberechtigte erst dann die volle Mindestsicherung bekommen, wenn gewisse Kriterien erfüllt sind, unter anderem ein bestimmtes Sprachniveau.

Taskforce Sozialleistungen für Zuwanderer.

03.

Um weitere Bereiche zu identifizieren, in denen es ein größeres Export-Potenzial gibt, soll in der nächsten Legislaturperiode eine breit angelegte Taskforce gestartet werden, die alle sozialen Leistungen für Zuwanderer screen und potenziellen Missbrauch identifiziert. Die Zahlen sprechen für sich: mehr als 130.000 Kinder, für die wir Familienbeihilfe im Ausland zahlen, 33.000 gestohlene und 163.000 verlorene E-Cards pro Jahr, mehr als 200 Mio. Außenstände bei ausländischen Krankenkassen, überfüllte Ambulanzen in den Spitälern und viele Fakten mehr. Bis jetzt sind die Daten darüber, wer welche Leistungen erhält, nur bruchstückhaft vorhanden und es gibt kaum Vernetzung zwischen den Gebietskörperschaften und Organisationen. Im Rahmen der Taskforce sollen auch die gesetzlichen Änderungen ausgearbeitet werden, damit es in Zukunft einen automatisierten Datenaustausch, schärfere und automatische Kontrollen gegen Sozialmissbrauch gibt und die Strafen entsprechend wirksam sind.

Integration.

Österreichische Identität bewahren: Bekenntnis zu **unserer** Kultur und **unserer** Tradition.

04.

Österreich ist eine solidarische Gesellschaft. Wer hier leben möchte, muss seinen Beitrag leisten, sich an die Regeln halten und **unsere** Werte akzeptieren. Es ist unsere Aufgabe, dass wir **unsere** Kultur und das, was sie ausmacht, bewahren. Als Teil unserer Kultur, die neben dem Judentum und der Aufklärung viele Jahrhunderte vor allem auch vom Christentum geprägt wurde, sehen wir das Kreuz und die christlichen Feste. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass **wir** diese Werte hochhalten und den **Menschen, die in unser Land zuwandern**, näherbringen wollen bzw. erwarten, dass sie sich für **unsere** Kultur interessieren und **unsere** Art zu leben respektieren. Deswegen gibt es von uns ein klares Bekenntnis zum Kreuz im Klassenzimmer und zu den christlichen Traditionen, die wir in Österreich feiern.

Vielfältige Angebote für eine gelungene Integration schaffen.

05.

Getreu dem Motto „Integration durch Leistung“ wollen wir Anreize schaffen, damit sich **Menschen, die nach Österreich kommen, auch in unsere Gesellschaft integrieren**. Deswegen müssen die **Angebote an Integrations- und Wertekursen weiter ausgebaut werden**. Es ist auch notwendig, dass ausreichend **Deutschkurse** angeboten werden – denn die **Sprache ist ein wichtiger Schlüssel für eine gelungene Integration**. Der Österreichische Integrationsfonds spielt hier eine zentrale Rolle und soll die einheitlichen Qualitätsstandards der verschiedenen Angebote sicherstellen. Das Projekt „Zusammen Österreich“, das Vorbilder von gelungener Integration mit jungen Menschen in Kontakt bringt, soll weiter ausgebaut werden. Auch zivilgesellschaftliche Integrationsprojekte sollen weiter gestärkt und gefördert werden.

Integration durch das Bildungssystem verstärken.

06.

Mit der Einführung von **Deutschförderklassen** im vergangenen Schuljahr wurde ein wichtiger Schritt für die Verbesserung der Integration durch das **Bildungssystem gesetzt**. Die Ergebnisse österreichweit zeigen auch, dass die Maßnahme wichtig war, um **die zugewanderten Schülerinnen und Schüler auf ein Sprachniveau zu bringen, damit sie überhaupt erst dem eigentlichen Unterricht folgen können**. Die Deutschförderklassen sollen auch in Zukunft weiter fortgeführt werden. Während der **Spracherwerb eine Grundvoraussetzung** ist, gibt es natürlich noch viele andere Elemente, die wichtig sind für eine erfolgreiche Integration. **Es braucht auch mehr Wissen über unsere Gesellschaft und unser Rechtssystem, um sich an unsere Grundwerte anpassen zu können**. Deswegen soll **ein eigenes Fach „Staatskunde“** geschaffen werden. In diesem sollen die Grundzüge **unserer** Verfassung und des österreichischen Rechtsstaates, welche Werte und Traditionen **uns** prägen und auf welcher Kultur **unser** Land aufbaut, **verpflichtend in unseren Schulen gelehrt werden**. Dieses Fach soll bereits ab der 5. Schulstufe angeboten werden.

Unterstützungsangebote in den Ferien und während des Schuljahres.

07. Integration fängt schon von klein auf an – wir müssen die Kinder so früh wie möglich fördern und gegebenenfalls vorhandene Defizite ausgleichen. Deswegen soll es bei Schülerinnen und Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten, Lern- oder Sprachdefiziten verpflichtende Nachmittags- und auch Sommerkurse geben. Mit speziell geschulten Pädagoginnen und Pädagogen sollen sie so die, für die anderen Kinder unterrichtsfreie Zeit nützen, um ihre Defizite auszugleichen und so mit ihren Klassenkolleginnen und -kollegen mithalten zu können. Mit einem breiten Unterstützungsangebot an den Schulen soll sichergestellt werden, dass Kinder aus migrantisch geprägten Elternhäusern gute Chancen haben, eine erfolgreiche Schullaufbahn zu absolvieren und eine gute Ausbildung für das spätere Berufsleben zu bekommen.

Integration durch ehrenamtliches Engagement.

08. Ehrenamt und Vereine sind das Rückgrat unserer Gesellschaft, vor allem im ländlichen Raum. Das beginnt bei der Arbeit bei der freiwilligen Feuerwehr oder beim Roten Kreuz, geht über die Aufrechterhaltung des lokalen Brauchtums und bis hin zur Organisation des gesellschaftlichen Lebens durch Sportveranstaltungen, Feste und andere Veranstaltungen, die das Leben der Menschen bereichern. Wir müssen diese Aktivitäten stärken und dabei die Menschen integrieren, die zugewandert sind und offen sind für unsere Kultur und unsere Werte. Wenn Menschen gemeinsam Verantwortung für eine gemeinsame Sache übernehmen, bauen sie auch schneller Vorbehalte ab und stellen das Gemeinsame vor das Trennende.

Grundwehrdienst weiterentwickeln zur Schule der Nation.

09. Der Grundwehrdienst ist nicht nur ein integraler Bestandteil unseres Bundesheeres, er ist auch eine Schule der Nation. Das Bundesheer soll für junge Staatsbürger nicht nur ein Ort sein, wo sie Verantwortung für unser Heimatland übernehmen und ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen. Der Grundwehrdienst soll auch eine Zeit der Weiterbildung und der Integration in die Gesellschaft in Österreich sein. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass der Grundwehrdienst noch attraktiver gestaltet wird und auch die Zugangsvoraussetzungen so reformiert werden, dass möglichst viele junge Österreicher daran teilnehmen. Nur wer auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung wirklich nicht dazu in der Lage ist, soll auch in Zukunft nicht zum Heer oder Zivildienst. Für alle anderen gibt es eine Aufgabe. Wenn es nicht der klassische Grundwehrdienst ist, gibt es andere Einsatzmöglichkeiten, in denen jeder seinen Beitrag leisten kann. Daher soll es in Zukunft eine Reform der Tauglichkeitskriterien geben und eine zweite Tauglichkeitsstufe eingeführt werden: „Volltauglich“ heißt wie bisher uneingeschränkter Einsatz beim Bundesheer und beim Zivildienst, und „Teiltauglich“ eine Verwendung im Büro, in der Küche oder einer anderen individuell passenden Tätigkeit. Vorbild dafür ist die Schweiz: Dort gibt es seit Jahrzehnten eine Zwischenstufe „Zivilschutzdienst“ für eingeschränkt Taugliche (rund 15% der Stellungspflichtigen, diese werden zum Koch, Materialwart, zur Bürokraft etc. ausgebildet). Diese „Zivilschützer“ unterstützen dann z.B. militärische oder zivile Einsatzkräfte.

Kopftuchverbot für Lehrerinnen in der Schule und für Kinder bis 14 Jahre.

10. Lehrerinnen mit Kopftuch stellen eine gewisse weltanschauliche Haltung zur Schau und propagieren ein Gesellschaftssystem, in dem die Frau nicht dieselbe Stellung hat wie in unserer westlichen, aufgeklärten Gesellschaft. Wir wollen, dass die Schule ein Raum für die Entwicklung von Kindern fernab von gesellschaftspolitischen Zwängen ist. Darüber hinaus wollen wir, dass Lehrerinnen den staatlichen Bildungsauftrag erfüllen und dabei das Neutralitätsgebot einhalten. Ein Kopftuch ist ein deutlich sichtbares, demonstratives Symbol, das Schüler politisch beeinflussen kann. Deshalb soll es allen Lehrerinnen in Zukunft verboten werden, ein Kopftuch in der Schule zu tragen. Das Kopftuch ist ein weltanschaulich und ideologisch behaftetes Symbol mit großer Sichtbarkeit, das Mädchen aufgrund ihres Geschlechts gewisse Rollen zuschreibt. Wir wollen, dass sich Mädchen frei von diesen Stereotypen entwickeln können und Lehrerinnen ihnen dafür ein Vorbild sind. Um die Mädchen in der sensiblen Phase im Alter zwischen 10 und 14 Jahren zu schützen, soll das geltende Kopftuchverbot bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres ausgeweitet werden.

Reduktion von Sozialleistungen bei Vernachlässigung von Erziehungspflichten.

11. Bei den Themen Gewalt an der Schule und Schulpflichtverletzungen spielen die Eltern eine wichtige Rolle. In vielen Familien – vor allem solchen mit Migrationshintergrund – gibt es dafür aber oft kein Problembewusstsein. Lehrerinnen und Lehrer haben oft sogar Bedenken, die Eltern von solchen Kindern vorzuladen, da es immer wieder zu Konfliktsituationen kommen kann. Der Staat zahlt den Eltern für ihre Kinder gewisse Sozialleistungen aus – diese übernehmen im Gegenzug die Verantwortung für ihre Kinder. Wenn diese Verantwortung vernachlässigt wird und die Kinder gewalttätig an der Schule werden oder länger unentschuldigt fernbleiben, braucht es wirksame Maßnahmen, um von den Eltern ihre Pflichten einzufordern. Deswegen soll es für Schulbehörden und die Jugendwohlfahrt möglich werden, einen Teil der Familienbeihilfe zu kürzen, falls andere Maßnahmen nicht wirksam sind. Es soll darüber hinaus geprüft werden, ob weitere Sozialleistungen gekürzt werden können. Die konkrete legislative Ausarbeitung soll bereits im ersten Jahr der neuen Regierung erfolgen.

Regelmäßige Jobbörsen für nicht in den Arbeitsmarkt integrierte Asylberechtigte.

12. Aufgrund der großen Migrationswelle in den Jahren 2015 und 2016 und der Asylverfahren, die in den Monaten und Jahren danach abgewickelt wurden, gibt es derzeit immer noch eine große Anzahl an asylberechtigten Menschen in Österreich, die voll vom Sozialsystem abhängig sind. Über 30.000 Asylberechtigte in Österreich sind derzeit auf Arbeitssuche. Um ihnen eine klare Perspektive zu vermitteln und sie schnell in den Arbeitsmarkt zu bringen, soll es regelmäßig eigene Jobbörsen für diese Zielgruppe geben, die das AMS organisiert.

Zumutbarkeitskriterien bei der Jobvermittlung für Asylberechtigte verschärfen.

13.

Gerade für Menschen, die noch nicht so lange in Österreich sind und daher regional noch keine starke Verwurzelung haben, muss es möglich sein, dass sie bei Arbeitslosigkeit auch Jobs annehmen, die in einem anderen Bundesland sind. Es kann nicht sein, dass jemand, der erst seit kurzem in Österreich ist, einen Job ablehnt und weiter durch den Staat unterstützt wird, nur weil die Arbeit in einem anderen Bundesland zu finden ist. Dafür muss die überregionale Vermittlung des AMS verstärkt und ein neuer Kriterienkatalog entwickelt werden, der festlegt, ob eine Arbeit in einem anderen Bundesland angenommen werden muss oder nicht. Wie sehr jemand an einem Ort verwurzelt ist, muss dabei berücksichtigt werden. Das Alter, die Aufenthaltsdauer, die Meldedauer und der Familienstand sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Kampf gegen Extremismus und Hass.

Gesetzliches Verbot des politischen Islams.

14.

Um den Anfängen zu wehren, sollen in der nächsten Legislaturperiode gesetzliche Bestimmungen ausgearbeitet werden, die der Ausbreitung des politischen Islams in Österreich einen Riegel vorschieben. In der vergangenen Legislaturperiode wurde bereits durch das Verbot von Symbolen von Organisationen des politischen Islams ein erster wichtiger Schritt gesetzt. Die neue Volkspartei setzt sich dafür ein, dass es in Zukunft auch weitere gesetzliche Bestimmungen geben soll gegen den politischen Islam. Darunter sollen auch strafgesetzliche Bestimmungen fallen, die eine Betätigung im Sinne des politischen Islams mit Freiheitsstrafen verbieten. Zudem soll es einen strafgesetzlichen Erschwerungsgrund geben für religiös-fundamentalistisch motivierte Verbrechen.

Ehealter auf 18 Jahre anheben und Verbot der Heirat von Cousins.

15.

Wir wollen keine Mehrfach-, Kinder- oder Zwangsehen in Österreich dulden. Deshalb sollen diese Tendenzen auch wirksam bekämpft werden: Das Ehefähigkeitsalter soll generell auf 18 Jahre angehoben werden. Ehen, die vor diesem Alter geschlossen werden, sollen, ähnlich wie dies auch in Deutschland geregelt ist, keine Gültigkeit haben (abgestufte Nichtigkeit). Außerdem soll die Staatsanwaltschaft bei einer Kinderehe Nichtigkeitsklage einbringen können. Erb- und familienrechtliche Regelungen (z.B. Unterhalt) im Fall von Nichtigkeitsklärung von Kinderehen und Mehrfachehen müssen evaluiert und novelliert werden. Die Heirat zwischen Cousins ist in Österreich zwar eher selten, aber rechtlich möglich. Studien belegen immer wieder, dass die Gefahr von schweren Behinderungen und Fehlbildungen von Kindern besonders hoch ist, wenn die Eltern miteinander verwandt sind. Durch die Zuwanderung aus Ländern, in denen die Ehe zwischen Cousin und Cousine eher üblich ist, gewinnt das Thema aber wieder stärker an Relevanz. Deshalb soll das Eheverbot auf Cousins ausgeweitet werden.

Kampf gegen Paralleljustiz.

16.

Wir stehen für eine Demokratie, in der die Regeln für alle Menschen gleich sind, und wollen keine Parallelsysteme in Österreich. Islamische Friedensrichter und Schiedsgerichte, wie es sie in Großbritannien (Islamic Sharia Council) und vereinzelt auch schon in Deutschland gibt, haben in Österreich keinen Platz. Derartige Systeme zuzulassen ist falsch verstandene Toleranz. Wir werden deshalb mit allen Mitteln gegen die Einrichtung von parallelen Justizsystemen vorgehen. Auch wenn es keine eigenen Scharia-Gerichte gibt, ist es dennoch so, dass auch in Österreich Scharia-Rechtsprechung zur Anwendung kommen kann. Zwar muss diese im Rahmen des ordre public stattfinden, also mit den grundlegenden Wertvorstellungen des österreichischen Rechtssystems übereinstimmen, trotzdem kommen Regeln zur Anwendung, die nicht Teil des österreichischen Rechtssystems sind. In Zukunft soll in Österreich unabhängig von der Staatsbürgerschaft österreichisches Recht anzuwenden sein und nicht das Scharia-Recht.

Schaffung einer Dokumentationsstelle für den politischen Islam.

17.

Ein weiteres Problem, das sich im Kampf gegen den politischen Islam stellt, ist die fehlende Aufbereitung von Informationen und wissenschaftliche Erforschung des politischen Islams. Anders als beim Rechtsextremismus gibt es keine eindeutig legitimierte staatliche Stelle in Österreich, die sich mit den Strömungen des politischen Islams befasst, die zwar noch nicht strafrechtlich relevant sind, aber die politische und gesellschaftliche Grundordnung in Österreich gefährden. Es gibt somit keine Stelle, die Aktivitäten des politischen Islams beobachtet, dokumentiert und für die Öffentlichkeit und die Politik aufarbeitet. Deswegen soll in der nächsten Legislaturperiode, ähnlich dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) zur Beobachtung des Rechtsextremismus, eine unabhängige Dokumentationsstelle für den politischen Islam geschaffen werden. Die Dokumentationsstelle soll Schnittstelle zwischen (Sicherheits-)Behörden, Multiplikatoren und der muslimischen Gemeinschaft sein und zur besseren Koordination der Präventions- und Aufklärungsarbeit zum politischen Islam beitragen. So soll ein wirksamer Warnmechanismus für antidemokratische Strömungen etabliert und relevante Stellen sowie die Öffentlichkeit frühzeitig sensibilisiert werden, um den Rechtsstaat und unsere freie Gesellschaft vor dem politischen Islam besser zu schützen.

Auflösung von extremistischen Vereinen vereinfachen (z.B. Identitäre) und Einführen eines Extremismus-Berichts des BVT.

18.

Das Vereinsrecht sieht vor, dass ein Verein in Österreich aufgelöst werden kann, wenn er gegen Strafgesetze verstößt. Was allerdings nicht vorgesehen ist: dass eine Vereinsauflösung auch von den Behörden vorgenommen werden kann, wenn der Verein genutzt wird, um extremistisches oder staatsfeindliches Gedankengut zu verbreiten. Im Falle der Identitären wäre auf diese Weise ein effektiveres Vorgehen der Behörden gegen den modernisierten Rechtsextremismus möglich. Deswegen soll es eine Änderung des Vereinsrechts geben, damit in Zukunft Vereine, die extremistischen Organisationen zuzurechnen sind, leichter aufgelöst werden können. Da die Bedrohungen durch extremistische Strömungen – sowohl durch politisch als auch durch religiös motivierten Extremismus – ständig zunehmen, soll es in Zukunft einen eigenen Extremismus-Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung geben. In diesem Bericht sollen die verschiedenen Gruppierungen und Organisationen im rechts- bzw.

linksextremen und islamistischen Bereich näher dargestellt und strukturiert analysiert werden, welches Bedrohungspotential von ihnen ausgeht. Mit dieser Informationsgrundlage können andere Behörden und Teile der staatlichen Verwaltung, aber auch die Zivilgesellschaft besser den Kampf gegen den Extremismus unterstützen und Österreich noch sicherer machen vor dem Einfluss von extremistischen Gruppierungen.

Härtere Strafen für Verhetzung einführen.

19.

Hate-Speech ist ein Phänomen, das immer stärker zunimmt. Vor allem im digitalen Zeitalter, wo es sehr leicht ist, Inhalte schnell zu verbreiten. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Hate-Speech und ähnliche Vergehen gegen Demokratie, Rechtsstaat, Religionen, aber auch gegen Personen- oder Gesellschaftsgruppen härter bestraft werden.

Kampf gegen Hass im Netz.

20.

Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Gerade in Online-Medien werden allerdings immer wieder die Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten in Richtung Verhetzung, Hass und andere strafbare Tatbestände. Da es aber keine gesetzliche Grundlage gibt für den Nachweis der Identität von Postern vor allem in Online-Foren, bleiben viele Verstöße ungeahndet. Mit der Klarnamenpflicht soll geregelt werden, dass niemand komplett anonym im Internet unterwegs sein kann. Auf allen relevanten Plattformen, wo Meinungsaustausch passiert, soll in Zukunft die Identität der Schreiber hinterlegt werden – das soll schon im Zuge der Registrierung passieren.

Unser Weg für Österreich. Für ein Land, in dem wir uns sicher fühlen.

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Wir alle wollen in Sicherheit leben und dabei dürfen wir uns glücklich schätzen, denn Österreich ist ein sehr sicheres Land. Das verdanken wir der engagierten Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten, unserem Bundesheer, unserer gut arbeitenden Justiz. Aber auch die Wachsamkeit und die Eigenverantwortung der Österreicherinnen und Österreicher garantiert ein hohes Maß an Sicherheit in unserem Land.

Doch Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss jeden Tag neu gewährleistet werden. Die Migrationsbewegungen der letzten Jahre, offene Grenzen, Naturkatastrophen und neue Sicherheitsbedrohungen wie etwa im Cyber-Bereich zeigen das deutlich. Als neue Volkspartei wollen wir diesen Gefahren begegnen und Österreich zum sichersten Land der Welt machen.

Dafür brauchen wir eine moderne Polizei, die personell bestens aufgestellt ist. Wir müssen die begonnene Personaloffensive fortführen und darüber hinaus gewährleisten, dass für die zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen die notwendige Ausbildung und Ausrüstung sichergestellt ist. Wir brauchen ein Bundesheer, das im Krisenfall einsatzfähig ist und seine Aufgaben erfüllen kann. Dafür braucht es die entsprechenden Ressourcen, damit wir mehr Planbarkeit ermöglichen und die hohe Leistungsbereitschaft der Truppe honorieren. Und wir brauchen eine Justiz, die budgetär entsprechend ausgestattet ist und ihre Aufgaben erfüllen kann. Dafür ist es aber auch notwendig, die Effizienz weiter zu steigern. Denn der technologische Fortschritt eröffnet auch im Bereich der Justiz neue Möglichkeiten.

Mehr Sicherheit.

Polizei modernisieren für die Herausforderungen der Zukunft.

21.

Der Polizeiberuf ist einem ständigen Wandel unterworfen, denn die Kriminalität entwickelt sich ebenfalls stets weiter. Sicherheit steht für uns an erster Stelle. Deswegen brauchen wir auch eine moderne, handlungsfähige Polizei mit ausreichendem Personal und moderner Ausstattung. Viele neue Technologien, die uns den Alltag erleichtern, können auch für kriminelle Zwecke eingesetzt werden. Daher muss die Polizei ihre Ausbildung stärker auf zukünftige Bereiche der Kriminalität ausrichten, aber auch den Polizistinnen und Polizisten zeitgemäße Möglichkeiten geben, die neuen Technologien zur Verbrechensbekämpfung einzusetzen. Es sollte weiters eine eingehende Prüfung verschiedener aktueller Projekte (z.B. berittene Polizei) stattfinden und diese sind einer kritischen Evaluierung zu unterziehen, ob die Projekte den Herausforderungen der Zeit entsprechen.

Reform der Nachrichtendienste und der Rechtsschutzbeauftragten nach internationalem Vorbild.

22.

Die österreichischen Nachrichtendienste sollen reformiert und nach internationalen Vorbildern neu organisiert und professionalisiert werden. Außerdem soll der Rechtsschutz gestärkt und die Rechtsschutzbeauftragten an einer Stelle gebündelt werden. Es muss unser klares Ziel werden, dass die österreichischen Nachrichtendienste wieder uneingeschränkt mit ihren Partnerorganisationen zusammenarbeiten können und auch die Professionalität unserer Dienste auf internationaler Ebene anerkannt ist. Nur so können wir die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher in Zukunft gewährleisten.

Kampf gegen organisierte Kriminalität.

23.

Wir wollen den Kampf gegen den Menschenhandel, Zwangsprostitution, die Bettelfamilie und das illegale Glücksspiel verstärken. Es braucht härtere Strafen für die Hintermänner und mehr Unterstützung für die Betroffenen.

Schutz des Eigentums und keine Toleranz für Gewaltverbrechen.

24.

Die eigenen vier Wände müssen ein Ort der Sicherheit und nicht der Angst sein. Der Schutz von Hab und Gut ist für uns deshalb zentral. Deshalb wollen wir, dass die Polizei noch gezielter gegen Einbruchs-, Raub- und Diebstahlsdelikte vorgeht. Neben Eigentumsdelikten wurden vergangenes Jahr rund 70.000 Angriffe auf Leib und Leben angezeigt. Viele Gewaltdelikte hinterlassen bei den Opfern bleibende Schäden. Daher wollen wir einen konsequenten Vollzug der neuen verschärften Strafen für Gewaltverbrechen und mehr Schutz für die Opfer.

Kampf gegen Umweltkriminalität.

25.

Illegale Abfalltransporte, verbotene Müllablagerungen, die fahrlässige Verunreinigung von Gewässern und andere Umweltschäden gefährden unser Ökosystem. Wir wollen daher im privaten Bereich mehr Sensibilisierung und international eine bessere Zusammenarbeit im Kampf gegen Umweltverbrecher. Unsere derzeitigen Strafbestimmungen reichen nicht aus, um Umweltsünder zur Verantwortung für ihr Handeln zu ziehen. Es braucht daher härtere Strafen für Umweltsünder, die Mindestschwellen für die Straffälligkeit müssen reduziert werden und die Kontrollen müssen massiv verstärkt werden.

Landesverteidigung.

Bundesheer zukunftsfit machen und Miliz stärken.

26.

Die Angehörigen des Bundesheeres leisten einen wesentlichen Beitrag für den Schutz der Bevölkerung. Es ist entscheidend, dass das Heer im Krisenfall einsatzfähig ist und seine Aufgaben erfüllen kann. Wir bekennen uns deshalb zu einer positiven und spürbaren Budgetentwicklung für die Landesverteidigung. Im Rahmen eines leistungsfähigen Mischsystems (Kader, Grundwehrdienst, Miliz) spielt auch die Miliz eine wichtige Rolle. Sie ist eine wesentliche Ergänzung zum Präsenzsystem, um den flächendeckenden Schutz unseres Landes garantieren zu können.

Als neue Volkspartei wollen wir das Bundesheer weiter finanziell, personell und materiell stärken, um es für die Herausforderungen der Gegenwart, aber auch für die Bedrohungen der Zukunft fit zu machen. Damit wollen wir mehr Planbarkeit für das Bundesheer ermöglichen und die hohe Leistungsbereitschaft der Truppe entsprechend honorieren. Das bedeutet für uns auch, die Einsatzfähigkeit unseres Bundesheeres im In- und Ausland weiter zu verbessern und den Grundwehrdienst attraktiver zu machen. Gleichzeitig muss sich das Bundesheer auf neue Herausforderungen ausrichten, um richtig vorbereitet zu sein.

Ressortübergreifendes „Gesamtstaatliches Lagezentrum“.

27.

Einrichtung einer Koordinierungs- und Operationsstelle mit Schwerpunkt auf dem Kampf gegen hybride Bedrohungen nach Vorbild der Europäischen Union. Das Ziel ist dabei, einen gesamtheitlichen Zugang zum Thema Sicherheit zu etablieren.

Kapazitäten im Bereich Cyber Security und Cyber Defense forcieren.

28.

Themen wie digitale Mündigkeit und das Erkennen von Fake-News sollen ein Schwerpunkt im Rahmen des Grundwehrdienstes sein. Um zusätzliches Know-how aufzubauen, soll das Bundesheer verstärkt mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten und IT-Fachkräfte im Rahmen der Miliz rekrutieren.

Europäische Zusammenarbeit ausbauen.

29.

Österreich hat sich bereits unter Wahrung seiner Neutralität zur verstärkten Zusammenarbeit im Rahmen der 2017 geschaffenen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) bekannt. Wir wollen auch in Zukunft intensiv auf europäischer Ebene zusammenarbeiten.

Justiz. 

Neue Technologien und ausreichend Ressourcen für eine moderne Justiz.

30.

Die österreichische Justiz bildet das Fundament unseres Rechtsstaates. Der Staat soll allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zum Recht und Gleichheit vor dem Gesetz garantieren. Der technologische Fortschritt eröffnet auch im Bereich der Justiz neue Möglichkeiten. Wir wollen die Digitalisierung nützen, um Verfahren zu beschleunigen, transparenter zu gestalten und den Rechtszugang für alle zu erleichtern. Damit wollen wir sicherstellen, dass die Menschen in unserem Land schneller, einfacher und unbürokratischer zu ihrem Recht kommen. Dazu ist es notwendig, die Justiz mit ausreichend Ressourcen auszustatten. Außerdem sollen manuelle Tätigkeiten reduziert und so die Arbeitsbelastung im heimischen Justizsystem reduziert werden.

Haft in der Heimat ausbauen.

31.

Mehr als die Hälfte der Häftlinge in Österreich haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Daher sollen in der nächsten Legislaturperiode vor allem bilaterale und multilaterale Abkommen, insbesondere mit dem Westbalkan, forciert werden, um Häftlinge in Gefängnisse in ihren Herkunftsländern überstellen zu können. Nur so können wir die Sicherheit unserer Bevölkerung gewährleisten und die heimischen Justizanstalten entlasten.

Bessere Prävention in Justizanstalten durch Einsatz moderner Technologie.

32.

Auch in den Justizanstalten sollen neben zusätzlicher personeller Ressourcen verstärkt neue Technologien wie Videoanalyse und Analytics zur Früherkennung von nicht ordnungsgemäßigem Verhalten eingesetzt werden. So sollen etwa aktuelle Videodaten mittels Videoanalyse live nach Mustern wie Radikalisierung, Gewalt oder Suizid durchsucht und in der Folge soll eine entsprechende Alarmierung der Justizwache ausgelöst werden. Insassen können mittels Gesichtserkennung auf Videos identifiziert werden und die illegale Verwendung von Handys in Hafträumen kann erkannt werden. So erhöhen wir die Sicherheit im Strafvollzug und in der Gesellschaft.

Unser Weg für Österreich. Stärke zeigen in Europa und der Welt.

Viele Herausforderungen unserer Zeit – von der illegalen Migration über die Globalisierung bis hin zum Schutz unseres Klimas – können wir nicht in Österreich allein lösen. Hier braucht es internationale Zusammenarbeit und eine enge Abstimmung mit unseren Partnern in Europa und in der Welt.

Gleich ob im Rahmen unserer Außenpolitik oder innerhalb der Europäischen Union – Österreich hat in den vergangenen Jahren mehrfach unter Beweis gestellt, dass wir in der Lage sind, Lösungen zur Bewältigung internationaler Herausforderungen entscheidend mitzugestalten. Gerade die Erfolge des EU-Ratsvorsitzes im vergangenen Jahr haben das eindrucksvoll bestätigt. Wir wollen diesen Weg der aktiven Außenpolitik weitergehen und auch in Zukunft mit Selbstbewusstsein unsere österreichischen Interessen vertreten und unsere Lösungskonzepte zu den großen Fragen unserer Zeit durchsetzen.

Das trifft ganz besonders auf unsere Pläne für die Zukunft der Europäischen Union zu. Die Europäische Union ist die größte Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Sie ist das wohl längste und erfolgreichste Friedensprojekt unseres Kontinents. Und als einer der größten und leistungsfähigsten Wirtschaftsräume der Gegenwart ist sie wesentliche Grundlage unseres Wohlstands. Die Ziele der Union – Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand – haben bis heute nichts an ihrer Gültigkeit verloren.

Um diese Errungenschaften und unser einzigartiges europäisches Lebensmodell auch für die Zukunft zu wahren, braucht es heute jedoch mehr denn je Veränderung.

Der Vertrag von Lissabon ist bereits zehn Jahre alt und wurde in einer Zeit entworfen, in der es noch keine Schuldenkrise, keine Eurokrise, keine Migrationskrise und keine Klimakrise gegeben hat. Die Europäische Union war in diesen Krisen stets bemüht, die europäischen Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu schützen, auch wenn dafür oft nicht die notwendigen vertraglichen Grundlagen vorhanden waren. Daher ist es jetzt Zeit, aus der Vergangenheit zu lernen und in die Zukunft zu blicken. Wir wollen Europa auf ein neues und besseres Fundament stellen. Deshalb brauchen wir einen neuen Vertrag für Europa.

Ein neuer Vertrag für Europa.

Stärkung der Subsidiarität in der EU.

33.

In Europa muss wieder der Hausverstand regieren! Es sollte selbstverständlich sein, dass die Europäische Union auf jene großen Herausforderungen unserer Zeit fokussiert, die die Mitgliedstaaten alleine nicht mehr bewältigen können. Wir brauchen ein starkes Europa vom Klimaschutz über den Schutz der Außengrenzen bis hin zum Welthandel. Im Gegenzug muss sich die EU bei den kleinen Fragen stärker zurücknehmen, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene besser gelöst werden können. So wäre es beispielsweise angesichts der stark unterschiedlichen Sozial- und Lohnniveaus in Europa nicht sinnvoll, eine Sozialunion oder einen einheitlichen Mindestlohn anzustreben. Wir brauchen also ein Europa, in dem Entscheidungen dort getroffen werden, wo es am besten für die Menschen ist. Das gebietet der Hausverstand. Und das entspricht dem europäischen Motto „In Vielfalt geeint“. Dieses Grundprinzip der effizienten Aufgabenteilung ist das Prinzip der Subsidiarität. Das Europa, das wir uns für die Zukunft wünschen, ist ein Europa der Subsidiarität. Eine konsequente Umsetzung dieses Subsidiaritätsprinzips würde positive Effekte auf viele Bereiche der europäischen Einigung haben.

Verschlanung der Institutionen der Europäischen Union.

34.

Eine konsequentere Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips steht in engem Zusammenhang mit einer sparsamen EU-Verwaltung. Die europäischen Institutionen müssen, was die Strukturen betrifft, mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehört mittelfristig die Verkleinerung der EU-Kommission bei gleichzeitiger Einführung eines fairen Rotationsprinzips ebenso wie die Zusammenlegung der Tagungsorte des Europäischen Parlaments und die Einführung eines „One-in-one-out“-Prinzips bei EU-Agenturen. Für jede neue EU-Agentur, die wir vielleicht eines Tages brauchen, sollten wir eine existierende Agentur abschaffen.

Bürokratieabbau konsequent vorantreiben.

35.

Wenn sich Europa auf die großen Fragen fokussiert, kann es auch einen Beitrag zu Deregulierung leisten. Denn Fortschritt kommt nicht durch Regulierung und überbordende Bürokratie – Fortschritt kommt durch Freiheit. Wir haben es in Österreich vorgemacht und von 5.000 Vorschriften rund 2.500 veraltete gestrichen. Auch in der EU braucht es viele Regelungen nicht mehr. Deshalb sollen auf EU-Ebene alle Rechtsakte durchforstet werden und alle Regelungen, die nicht mehr gebraucht werden, sollen aufgehoben werden. Jedes EU-Gesetz soll außerdem ein Ablaufdatum („Sunset Clause“) haben, um regelmäßig nach seiner Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit überprüft zu werden. Und damit Mitgliedstaaten künftig mehr Spielraum bei der nationalen Umsetzung europäischer Rechtsnormen bekommen, sollen Richtlinien grundsätzlich den Vorzug vor Verordnungen haben. Häufig liegt die Ursache von Überregulierung aber gar nicht direkt an EU-Regeln, sondern an der Art und Weise, wie wir sie in Österreich umsetzen. Daher haben wir in der letzten Regierung eine konsequente Politik gegen die unnötige Übererfüllung von EU-Regeln bei der nationalen Umsetzung („Gold Plating“) durchgesetzt. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden.

Sparsamer Umgang mit Steuergeldern auch auf europäischer Ebene.

36.

Ein Europa der Subsidiarität braucht ein schlankes EU-Budget. Denn Europa soll nur dort Geld in die Hand nehmen, wo ein europäisches Vorgehen tatsächlichen Mehrwert bringt. Derzeit laufen in der EU die Verhandlungen für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027. Unser Ziel in diesen Gesprächen ist klar: Wir wollen, dass Österreich im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft insgesamt nicht mehr als bisher ins EU-Budget einzahlt. Daher ist es notwendig, klare Schwerpunkte im EU-Budget zu setzen.

Bürgernähe & Demokratie stärken.

37.

Die Idee Europa hat nur Zukunft, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger zu Beteiligten macht. Durch mehr Subsidiarität werden Entscheidungen automatisch näher an die Menschen gebracht. Um Bürgernähe in Europa darüber hinaus zu stärken, wollen wir die Demokratie auch innerhalb der EU-Institutionen ausbauen und sprechen uns für die Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten aus. Denn die Europawahlen 2019 haben gezeigt, dass das Spitzenkandidaten-Modell nicht funktioniert.

Klare Sanktionen bei verantwortungsloser Schuldenpolitik.

38.

All jene Staaten, die mit einer verantwortungslosen Schuldenpolitik den Euro gefährden, müssen künftig mit deutlich spürbaren Sanktionen rechnen. Es darf nicht sein, dass sich Staaten wie Österreich an die Regeln halten, anständig haushalten und Reformen durchsetzen, während andere fahrlässig Schulden machen und sich auf die Hilfe der anderen Staaten verlassen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss von allen eingehalten werden. Wenn dies nicht der Fall ist, muss es automatische Sanktionen geben, die wirksam greifen – ohne Ausnahmen. Es braucht also Mechanismen, die über die derzeitigen hinausgehen, und auch eine klare Haltung seitens der EU-Kommission gegenüber Budgetsündern. Zudem muss sichergestellt werden, dass ausnahmslos kein Land der Euro-Zone beitreten kann, das die Kriterien dafür nicht vollständig und nachhaltig erfüllt.

Rechtsstaatlichkeit als Grundvoraussetzung für die EU-Mitgliedschaft.

39.

Rechtsstaatlichkeit ist ein zentraler Pfeiler für jede funktionierende Demokratie und für das Funktionieren der Wertegemeinschaft Europa. Staaten, die den Weg der Rechtsstaatlichkeit verlassen, gefährden die Grundfesten unserer Gemeinschaft. Sie müssen mit klaren Sanktionen rechnen. Es braucht daher eine Stärkung des bestehenden Rechtsstaatlichkeitsrahmens und wirksamere Sanktionen. Denn wer Teil der Europäischen Union sein will, muss unsere Grundwerte teilen. Hier darf es keine Abstriche geben.

Gemeinsame Außenpolitik mit einer Stimme.

40.

Wenn die Europäer ihre Interessen selbstbewusst nach außen vertreten und dem Anspruch entsprechen wollen, ein entscheidender Faktor in der Weltpolitik zu sein, müssen sie mit einer Stimme sprechen können und schneller zu gemeinsamen Entscheidungen kommen. Hier dürfen nicht die Zögerer und Zauderer das Tempo bestimmen. Denn gerade in Fragen der Außenpolitik ist oft schnelles Handeln notwendig. Dazu gehört auch, dass Europa innerhalb der Vereinten Nationen mit einer Stimme spricht und einen gemeinsamen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhält.

Beitrittsperspektive für Westbalkan-Staaten & kein EU-Beitritt der Türkei.

41.

Wenn die EU weiterhin Stabilität exportieren und nicht Instabilität importieren will, besteht der Anspruch an Europa, der Westbalkanregion eine glaubhafte Beitrittsperspektive zu bieten, statt sie dem Einfluss von Drittstaaten zu überlassen. Österreich ist politisch, wirtschaftlich und menschlich traditionell eng mit den Ländern des Westbalkans verbunden

und zählt in nahezu allen Ländern des Westbalkans zu den größten Investoren. Die Stabilität des Westbalkans und die damit verbundene Umsetzung von notwendigen Reformen sind daher in unserem ureigenen Interesse. Wenn die entsprechenden Kriterien von den Westbalkanstaaten erfüllt werden, sollen Beitrittsverhandlungen eröffnet bzw. vorangetrieben werden. Aber wir müssen natürlich konsequent an unseren Beitrittskriterien und unseren europäischen Werten festhalten und das bedeutet für uns, dass Europa auch seine Grenzen kennen muss. Wenn ein Kandidatenland die Kriterien, die für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen gelten, nicht mehr einhält, müssen daraus die Konsequenzen gezogen werden. Europa muss diesem Anspruch an sich selbst glaubhaft nachkommen und die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei daher umgehend abbrechen. Die Türkei kann kein Vollmitglied der Europäischen Union werden.

Kampf gegen Desinformation und Wahlbeeinflussung verstärken.

42.

In den vergangenen Jahren sind vermehrt staatliche und nicht-staatliche Akteure aktiv, um gezielt Desinformation zu verbreiten und demokratische Systeme zu destabilisieren. Gerade im Vorfeld von Wahlen und rund um Kriminalfälle mit internationaler Dimension sind diese Aktivitäten zu beobachten.

Immer häufiger werden hohe Geldsummen investiert, um gezielt politische Prozesse und Entscheidungen zu beeinflussen. Zum Einsatz kommen dabei Fake News, Troll-Fabriken und Social Media Tools. Aber auch die Attacken auf die IT-Systeme der neuen Volkspartei haben zum Ziel, Daten zu beschaffen und Daten zu manipulieren, um Einfluss auf den politischen Diskurs zu nehmen. Um diesen Herausforderungen entsprechend zu begegnen, braucht es eine stärkere Zusammenarbeit bei der Cybersicherheit von allen betroffenen Ressorts der Bundesregierung. Außerdem müssen die bestehenden Mechanismen der Europäischen Union, wie das Frühwarnsystem und die Taskforce zur Früherkennung von Desinformations-Kampagnen, gestärkt und genutzt werden.

Reform des Wettbewerbsrechts auf europäischer Ebene.

43.

Die Fusion von einem österreichischen und einem chinesischen Unternehmen ist auf der Grundlage des derzeitigen Wettbewerbsrechts einfacher als von zwei österreichischen Unternehmen. Das zieht erhebliche Nachteile für die globale Positionierung und Innovationsfähigkeit europäischer Unternehmen nach sich. Das EU-Wettbewerbsrecht muss daher im europäischen Eigeninteresse reformiert werden. Wir wollen den globalen Wettbewerb stärker berücksichtigen und etwa bei der Fusionskontrolle die Marktabgrenzung neu definieren. Zudem sollen Ausnahmen vom EU-Beihilfenrecht ausgeweitet werden, um innovative Markteinführungen und Anschubfinanzierung leichter zu fördern.

Steuergerechtigkeit auf internationaler Ebene.

Digitalsteuer für internationale Großkonzerne.

44.

Bereits im Parlament eingebracht ist die Einführung einer (nationalen) Digitalsteuer. Mit dem Digitalsteuerpaket schließen wir Steuerlücken und Schlupflöcher und nehmen damit digitale Großkonzerne, Vermittlungsplattformen und Händlerplattformen in die Pflicht. Wir schaffen durch eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft eine neue Steuergerechtigkeit. Auch auf internationaler und europäischer Ebene müssen die Anstrengungen intensiviert werden, um eine Digitalsteuer einzuführen.

CO₂-Zölle auf internationaler und europäischer Ebene.

45.

Es braucht weltweit mehr klima- und umweltpolitische Gerechtigkeit: Für Importe in den europäischen Binnenmarkt aus Drittstaaten, die den nötigen Standards im Klima- und Umweltschutz nicht entsprechen, sollten – in Abstimmung mit der Welthandelsorganisation (WTO) – CO₂-Zölle eingeführt werden.

Besteuerung von Kerosin und Schiffsdiesel auf internationaler bzw. europäischer Ebene.

46.

Wir wollen eine verursachergerechte Besteuerung von Kraftstoffen im Flugverkehr und in der Schifffahrt. Dafür ist international akkordiertes Handeln nötig – zumindest auf europäischer Ebene. Ein Land allein kann hier wenig ausrichten und würde durch einseitiges Handeln sogar riskieren, dass der eigene Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb leidet, ohne dass CO₂-Emissionen insgesamt reduziert würden.

Qualität der Lebensmittel in Österreich sicherstellen.

Ablehnung des Mercosur-Abkommens in der derzeitigen Form.

47.

Mercosur ist eines der größten Handelsabkommen, das die EU je verhandelt hat. Das Abkommen bedeutet einen leichteren Zugang zum südamerikanischen Markt für viele exportorientierte Unternehmen in Österreich und ist damit eine große Chance für die heimische Wirtschaft. Das Abkommen bedeutet aber auch die Gefahr, dass es durch vermehrten Import von Lebensmitteln zu einem Absenken unserer heimischen Standards kommt. Es wird kolportiert, dass es eine Einigung auf eine Quote von 100.000 Tonnen Rindfleisch pro Jahr gibt, das in die EU zusätzlich importiert werden soll. Das bedeutet eine Ausweitung von 33% der Importe aus Drittstaaten gegenüber dem Status quo in der Europäischen Union. 2017 wurde beispielsweise ein riesiger

Fleischskandal in Brasilien, aufgedeckt wo große Mengen Gammelfleisch entdeckt wurden. Solche Probleme dürfen nicht in die Europäische Union importiert werden. Aber nicht nur die Qualität unserer Lebensmittel ist in Gefahr. Auch die österreichische Landwirtschaft kommt auf Grund des Abbaus der Handelsschranken zunehmend unter Druck. Während landwirtschaftliche Betriebe in Südamerika eher großen Industriebetrieben ähneln, ist die heimische Landwirtschaft eher von kleinen und mittelgroßen Betrieben geprägt, bei denen die Produktion erheblich teurer ist. Hinzu kommt noch der Faktor, dass bei einem harten Brexit, der immer noch nicht vom Tisch ist, 200.000 Tonnen irisches Rindfleisch, das bisher nach Großbritannien exportiert wird, auf den europäischen Markt kommt und damit die heimischen Bauern weiter unter Druck bringt. Das Abkommen wird daher in der derzeitigen Form abgelehnt.

Sicherstellen der GAP-Mittel für die heimische Landwirtschaft.

48.

Wir bekennen uns zu einer starken Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) als Politikfeld mit europäischem Mehrwert und einer zentralen Stellung im mehrjährigen EU-Finanzrahmen. Sie soll durch Stabilität, Kontinuität und Multifunktionalität gekennzeichnet sein. Inhaltlich soll sie eine ökosoziale Ausrichtung haben: Unser traditioneller Fokus auf Lebensmittelqualität, Umwelt- und Klimaschutz,

die Absicherung der bäuerlichen Einkommen sowie die Belebung des ländlichen Raumes sind die Antwort auf viele der aktuellen Herausforderungen der Agrarpolitik auf europäischer Ebene. Wir wollen daher die österreichische Form der Landwirtschaft im Zuge der aktuellen Reform zum europäischen Leitmodell machen und die nachhaltig arbeitenden bäuerlichen Familienbetriebe als Prinzip der reformierten europäischen Agrarpolitik festschreiben. Es darf dabei auf europäischer Ebene zu keinen Kürzungen der Mittel insbesondere für die ländliche Entwicklung kommen. Wir kämpfen mit aller Kraft dafür, dass die Einkommensbestandteile der Landwirte stabil bleiben.

Unsere Verantwortung in der Welt.

Europaweiter Fonds zur Erhaltung des Regenwalds.

49.

Die Erhaltung der Regenwälder weltweit ist eine Verantwortung, die uns alle gemeinsam angeht. Der Regenwald ist die grüne Lunge unseres Planeten. Leider ist er in vielen Regionen durch die wirtschaftlichen Interessen der jeweiligen Länder, in denen sich die Regenwaldgebiete befinden, gefährdet.

Diese wirtschaftlichen Interessen können nur durch internationale Zusammenarbeit und Hilfe ausgeglichen werden. Deswegen setzen wir uns für die Schaffung eines Fonds zur Erhaltung der Regenwälder auf europäischer Ebene ein. Es gibt schon viele gute private und staatliche Initiativen. Diese sollen so weit als möglich vernetzt und unter ein europäisches Dach gebracht werden. Wir setzen uns auch für eine rasche internationale Hilfe bei den Waldbränden in Brasilien und seinen Nachbarländern ein. Die Weltgemeinschaft darf nicht zusehen, wenn ein Teil der Lunge der Welt den Flammen zum Opfer fällt. Hier braucht es rasche und unbürokratische Hilfe auf internationaler Ebene. Kurzfristig soll auch Österreich über den Auslandskatastrophenfonds und andere Finanzierungstöpfe seinen Beitrag leisten.

Entwicklungszusammenarbeit neu denken und europäischer Afrikaplan, um Fluchtgründe nachhaltig zu bekämpfen

50.

Wir bekennen uns zu einer stärkeren Hilfe vor Ort und zum Ziel, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit weiter zu erhöhen. Die zentrale Zielsetzung unserer Entwicklungspolitik ist es, Menschen und Regionen zu befähigen, möglichst rasch wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Dazu gehört es auch, Mittel der Entwicklungszusammenarbeit an Konditionen zu knüpfen, die für die Entwicklung eines Landes mittel- und langfristig positiv wirken. So könnten das Verbot von Kinderarbeit sowie die Einhaltung gewisser Standards beim Arbeitsrecht oder Umweltschutz Voraussetzungen für die Auszahlung von Hilfsmitteln sein. Wir müssen die Entwicklungszusammenarbeit aber auch ganz neu denken, was die Zusammenarbeit mit Unternehmen betrifft. Österreichische Unternehmen leisten einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung vieler Länder. Hier sollte in der Ausschüttung der Mittel ein starker Fokus darauf gelegt werden, Projekte zu fördern, die in Zusammenarbeit mit österreichischen Firmen realisiert werden. Die Entwicklungszusammenarbeit sollte auch regional stärker fokussiert werden. Es braucht aber nicht nur Entwicklungshilfe, sondern auch Zusammenarbeit auf Augenhöhe – vor allem mit afrikanischen Ländern. In Afrika wird das Bevölkerungswachstum derzeit nicht von einem entsprechenden Wirtschaftswachstum begleitet. Gleichzeitig boomen Zukunftsbereiche wie der Mobilfunksektor und die Finanztechnologie (FinTech) in Afrika. Das stellt auch ein Potential für Europa dar. Wir wollen daher einen neuen europäischen Afrikaplan – keine neue Bevormundung, sondern eine neue Art von Partnerschaft auf Augenhöhe für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Das hochrangige EU-Afrika-Forum im Dezember 2018 in Wien hat hier einen wichtigen Paradigmenwechsel eingeleitet, den wir fortsetzen müssen. Indem wir eine wirtschaftspolitische Partnerschaft anstreben, wird der Weg für Investitionen und Arbeitsplätze frei, die letztlich dringend notwendige Perspektiven vor Ort ermöglichen.

Kampf gegen Antisemitismus und Christenverfolgung weltweit.

51.

Unsere Werte enden nicht an der Staatsgrenze. Deshalb bekennen wir uns zum Schutz von Menschen, die in anderen Ländern aufgrund ihrer Religion verfolgt werden oder dort nicht in Sicherheit leben können, insbesondere Christen und Juden. Wir wollen, dass sich Österreich auch in Zukunft international gegen die Verfolgung religiöser Minderheiten – insbesondere christlicher Minderheiten – einsetzt und sich zu seiner historischen Verantwortung gegenüber Israel bekennt. Die Anerkennung und Verteidigung der Menschenrechte weltweit ist uns ein großes Anliegen.

Unser Weg für Österreich. Für ein gerechtes Österreich.

Gerechtigkeit zu schaffen ist uns als neue Volkspartei ein zentrales Anliegen. Wir wollen die Pflege langfristig sichern, das Gesundheitssystem stärken und den Sozialstaat weiterentwickeln. Sozial ist, was stark macht – wir müssen aber auch jenen helfen, die sich selbst nicht helfen können. Gerechtigkeit heißt aber auch, dass wir jene, die viel für unser Land leisten, entsprechend entlasten. Deswegen haben wir einen klaren Plan für eine Steuerreform, die vor allem kleinen und mittleren Einkommen mehr zum Leben lässt und die Steuer- und Abgabenquote weiter in Richtung 40% senkt. Darüber hinaus ist Gerechtigkeit auch ein wichtiges Thema bei der Stärkung von Frauen und Familien. Es ist unser Anliegen, dass die Familien echte Wahlfreiheit haben, dass Frauen die gleichen Chancen in der Arbeitswelt wie Männer haben und dass sie auch entsprechend im Alter abgesichert sind.

Pflege endlich langfristig sichern.

Einführung einer Pflegeversicherung.

52.

Wir versichern in unserem Sozialversicherungssystem die Grundrisiken des Lebens: Krankheit, Alter, Unfälle und Arbeitslosigkeit. Da die Menschen immer älter werden, ist auch die Pflegebedürftigkeit immer mehr zu einem Grundrisiko des Lebens geworden. Deswegen soll eine 5. Säule der Sozialversicherung etabliert werden. So wie in der Pensionsversicherung soll es auch bei der Pflegeversicherung eine Abgangsdeckung durch das Bundesbudget geben.

Einführung eines Pflege-daheim-Bonus in der Höhe von bis zu 1.500 Euro.

53.

Die meisten Menschen wollen ihren Lebensabend, solange es geht, in den eigenen vier Wänden verbringen. Das fordert die Angehörigen oft sehr heraus. Es gibt in Österreich über 800.000 Menschen, die Angehörige von zu pflegenden Menschen sind. Sie leisten großartige Arbeit, oft unter Doppelbelastung durch einen Job oder auch durch größere Distanzen, die vielfach mehrmals pro Woche zurückgelegt werden müssen. Wertschätzung für diese überaus wichtige Tätigkeit bekommen sie dafür häufig nur eine geringe. Das soll sich jetzt ändern. Wir wollen pflegende Angehörige endlich wertschätzen für den großartigen Beitrag, den sie Tag für Tag leisten. Das Pflegegeld in der aktuellen Form macht keinen Unterschied, wo die Pflege stattfindet und wer sie erbringt. In Zukunft soll es einen Pflege-daheim-Bonus in der Höhe von 1.500 Euro pro Pflegebedürftigem für die pflegenden Angehörigen geben. Dieser Anspruch soll ab der Pflegestufe 3 bestehen, wenn ein Angehöriger zuhause betreut wird. Der gleiche Wohnsitz ist nicht erforderlich, der Anspruch kann auch zwischen mehreren Angehörigen aufgeteilt werden. Bei Pflegestufe 1 soll es 500 Euro geben, bei Pflegestufe 2 sind 1.000 Euro vorgesehen.

Lückenschluss bei der Ausbildung im Pflegebereich.

54.

Schon heute sind wir mit einem Mangel an Pflegepersonal konfrontiert. Dabei gäbe es genügend Jugendliche, die sich für den Pflegeberuf interessieren. Da es aber eine Lücke im Ausbildungssystem gibt, gehen viele der Interessenten andere berufliche Wege. Wir setzen uns daher für die Pflegelehre und eine höhere Lehranstalt für Pflege ein. Die

Pflegelehre soll vor allem jenen eine Möglichkeit bieten, die sich bereits nach dem Pflichtschulabschluss für die Pflege interessieren.

Palliativpflege und Hospiz in die Regelfinanzierung überführen.

55.

Eine besondere Form der Pflege stellt die Palliativ- und Hospizpflege dar. Diese versucht, Menschen mit unheilbaren Krankheiten ein Lebensende in Würde und mit wenig Schmerzen zu ermöglichen. Bisher hat diese Form der Pflege in Österreich im Wesentlichen dank des Engagements vieler Ehrenamtlicher funktioniert. 3.500 Ehrenamtliche betreuen mittler-

weile 13.000 Patientinnen und Patienten. Wir sehen es als unsere gesellschaftliche Pflicht, den Menschen und ihren Angehörigen in dieser schwierigen Zeit eine unkomplizierte und unbürokratische Stütze zu bieten und diese besondere Form der Pflege ausreichend zu fördern. Im Rahmen des zeitlich begrenzten Pflegefonds wurden Geldmittel für den Ausbau von Hospiz- und Palliativpflege zweckgewidmet. Die Finanzierung soll in der nächsten Legislaturperiode auf dauerhaft sichere Beine gestellt werden, damit es Planungssicherheit für die Einrichtungen und Projekte gibt.

Gesundheitssystem weiter stärken.

Mehr Ärzte in Österreich von österreichischen Medizinuniversitäten und Landarztstipendien einführen.

56.

Die Gründe, warum es immer schwieriger wird, Ärzte für gewisse Stellen zu finden, sind vielfältig. Gerade im ländlichen Raum ist das ein großes Thema. Einerseits ist die Zahl der Ärzte, die wir ausbilden und die das Studium abschließen, begrenzt. Andererseits verlassen auch viele von ihnen Österreich aufgrund z.T. besserer Arbeitsbedingungen und Bezahlung

in anderen Ländern. Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, setzen wir uns für eine kontinuierliche Ausweitung des bestehenden Angebots an Plätzen für das Medizinstudium ein. Das allein wird unser Problem allerdings nicht lösen. Deswegen wollen wir darüber hinaus auch eine Verpflichtung einführen für alle, die ihr Studium an einer Medizinuniversität in Österreich absolviert haben, als Ärztin oder Arzt in Österreich für eine gewisse Zeit zu arbeiten. Wenn sie dieser Pflicht nicht nachkommen, so sollen sie Teile der Kosten für das Studium zurückzahlen müssen. Darüber hinaus soll es auch einen positiven Anreiz in Form eines Landarztstipendiums geben, wenn junge Ärzte bereit sind, eine Stelle im ländlichen Raum zu übernehmen.

Konsequente Umsetzung der Sozialversicherungsreform.

57.

Mit der Reform der Sozialversicherungsträger von 21 auf 5 haben wir einen wichtigen ersten Schritt in Richtung eines faireren Gesundheitssystems geschafft. Wir dürfen hier aber nicht aufhören, sondern müssen weiterarbeiten und Leistungen weiter vereinheitlichen. Langfristig ist es unser Ziel, im Gesundheitssystem gemeinsam mit allen Ländern in diesem Bereich die Finanzierung aus einer Hand sicherzustellen.

Prävention im Gesundheitssystem stärken.

58.

Österreich gehört zu den Ländern mit der höchsten Lebenserwartung. Dem stehen aber vergleichsweise geringe gesunde Lebensjahre gegenüber. Wir liegen bei den gesunden Lebensjahren im europäischen Vergleich nur im Mittelfeld, und das obwohl die Ausgaben im Gesundheitsbereich immer weiter steigen und vergleichsweise hoch sind. Ein Grund dafür ist, dass viele Österreicher gar nicht wissen, wie sie ihre eigene Gesundheit fördern können. Wir wollen deshalb, dass jede Österreicherin und jeder Österreicher – egal in welchem Alter, vom Kindergarten bis zur Pension – weiß, was für seine Gesundheit am besten ist und wohin er sich wenden kann. Dafür brauchen wir eine umfassende Präventionsstrategie, die sicherstellt, dass Prävention, egal in welchem Bereich, an oberster Stelle steht. In allem, was wir tun, muss immer der Mensch im Mittelpunkt stehen: Um die Lebensqualität bis ins hohe Alter zu gewährleisten, wollen wir eine Verbesserung der allgemeinen Gesundheit der Bevölkerung erreichen und die Eigenverantwortung und Handlungskompetenzen jedes Einzelnen stärken.

Den Sozialstaat stärken.

Anreize setzen für die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern.

59.

Aufgrund der langjährigen Erfahrung älterer Mitarbeiter sind diese für das Unternehmen äußerst wichtig und sollen daher länger im Erwerbsleben gehalten werden. Insofern ist es notwendig, dass verbesserte Anreize für Arbeitgeber geschaffen werden, ältere Arbeitnehmer einzustellen. Hier wollen wir konsequent den Weg der Entlastung durch die Reduktion von

Steuern und Abgaben weitergehen, statt bürokratische Fördermodelle zu verfolgen, die in der Regel teurer und weniger effektiv sind.

Pensionen nachhaltig sichern.

60.

Auch in Zukunft sollen die Pensionen der Österreicherinnen und Österreicher nachhaltig gesichert werden und der Wertverlust aufgrund der Inflation soll jedes Jahr ausgeglichen werden. Wenn es die Staatsfinanzen zulassen, soll es für kleine und mittlere Pensionen auch eine Erhöhung über der Inflationsrate geben. Sonderpensionsprivilegien sind hingegen weiterhin konsequent zu durchforsten und zu reduzieren.

Erleichterungen für Menschen mit Behinderung und Einführung eines Lohns statt Taschengelds.

61.

Menschen mit Behinderung sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und sie leisten einen sehr wertvollen Beitrag in ihr. Die Arbeit von Menschen mit Behinderung sollte noch mehr wertgeschätzt werden. Personen mit Behinderung erhalten in den von den Ländern anerkannten Einrichtungen für ihre Beschäftigung keine Entlohnung, sondern ein Taschengeld, das unter der Geringfügigkeitsgrenze liegt. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass in Gesprächen mit den Ländern sichergestellt wird, dass Menschen mit Behinderung in Zukunft einen Lohn anstatt Taschengeld bekommen. Damit einhergehend müssen Menschen mit Behinderung, die in geschützten Werkstätten arbeiten, künftig nicht nur unfallversichert werden, sondern sollen auch alle anderen sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche erwerben können. Darüber hinaus soll es weitere Erleichterungen für Menschen mit Behinderung geben, wie zum Beispiel das Forcieren von barrierefreiem Bauen und Wohnen.

Leistbares Wohnen sicherstellen.

Mehr Angebot und mehr Eigentum im Wohnbau.

62.

Unsere Überzeugung ist es, dass wir Anreize setzen müssen, damit mehr Wohnraum geschaffen wird. Durch ein größeres Angebot werden auch die Mietpreise weniger stark ansteigen. Dazu soll geprüft werden, welche baurechtlichen Vorschriften im sozialen Wohnbau ggf. nur eingeschränkt angewendet werden können (z.B. Anzahl der Auto-Stellplätze etc.), damit ein Bauen zu geringeren Kosten möglich ist. Außerdem soll verstärkt die Möglichkeit des Mietkaufs angeboten werden. Der Mieter hat dann nach einer gewissen Zeit die Möglichkeit, die Wohnung zu kaufen. So erhöhen wir die Eigentumsquote beim Wohnen und schaffen mehr soziale Absicherung für das Alter.

Einführung des Bestellerprinzips bei Maklergebühren.

63.

In Österreich darf ein Immobilienmakler laut Verordnung einem zukünftigen Mieter grundsätzlich maximal zwei Monatsmieten als Provision für die vermittelte Wohnung berechnen. Auch wenn diese Beträge als Höchstbeträge geregelt sind, ist es zumeist so, dass es für einen Wohnungssuchenden hier gegenüber einem Makler keinen Verhandlungsspielraum gibt. Durch diese Regelung entstehen Wohnungsmietern, noch bevor sie eingezogen sind, hohe Kosten. Neben der Maklerprovision ist dann nämlich auch noch eine Kautions zu entrichten, es sind Möbel zu kaufen und andere Anschaffungen zu tätigen. Deutschland hat bei der Maklerprovision einen anderen Weg beschritten und schon 2015 das Bestellerprinzip für die Vermittlung von Mietwohnungen eingeführt. Das heißt: Wenn der Vermieter einen Makler beauftragt, dann soll er diesen auch bezahlen. Er darf dann diese Kosten nicht an den zukünftigen Mieter weiterverrechnen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Bestellerprinzip für die Vermittlung von Mietwohnungen auch in Österreich eingeführt wird. In Zukunft sollen Provisionen von jener Seite bezahlt werden, die den Auftrag für die Vermittlung einer Mietwohnung gibt.

Abschaffung der staatlichen Nebenkosten aufs erste Eigenheim bis zu 20.000 Euro.

64.

Die Schaffung von Eigentum ist die beste Absicherung gegen Armut im Alter. Im internationalen Vergleich hat Österreich allerdings einigen Aufholbedarf, was das Eigentum beim Wohnen betrifft. Hier wollen wir Anreize setzen, damit auch jüngere Menschen den Schritt zum Eigentum wagen. Neben den mittlerweile immer weiter steigenden Preisen für Grundstücke, Häuser und Wohnungen entstehen aber zusätzlich noch erhebliche Nebenkosten beim Kauf eines Hauses oder einer Wohnung. Was die staatlichen Steuern und Gebühren wie Grunderwerbssteuer oder Eintragungsgebühren ins Grundbuch betrifft, sollen diese in Zukunft beim Kauf des ersten Eigenheims bis zu einem Betrag von 20.000 Euro erlassen werden.

Mehr Steuergerechtigkeit.

Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40% senken.

65.

Österreich ist nach wie vor ein Hochsteuerland und hat eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten weltweit. Innerhalb der letzten 1,5 Jahre konnten erste Schritte einer Entlastung gesetzt werden. Mit dem Familienbonus, der Entlastung von kleinen Einkommen und der Senkung des Mehrwertsteuersatzes im Tourismus konnten ganz konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, die die Steuer- und Abgabenlast in den kommenden Jahren reduzieren. Auch die geplante Entlastung für 2020, die einen Sozialversicherungs-Bonus für Einkommen bis 2.200 Euro und damit eine weitere Entlastung vorsieht, ist auf dem Weg und wird noch vor der Wahl beschlossen. Dieser Weg muss auch nach der Wahl konsequent weitergegangen werden. Für uns ist aber sehr klar, dass diese Entlastung nicht mit neuen Steuern wie Vermögens- oder Erbschaftssteuern gegenfinanziert werden soll. Es ist weiterhin unser Ziel, die Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40% zu senken und so den Menschen mehr von ihrem hart erarbeiteten Geld zu überlassen.

Neue Lohnsteuer-Tarifstufen 20/30/40%.

66.

Die Lohn- und Einkommensteuer ist eine jener Steuern mit dem höchsten Gesamtaufkommen und wird von knapp 7 Millionen Menschen in Österreich bezahlt (selbstständig und unselbstständig Erwerbstätige, aber auch Pensionisten). Das letzte Mal wurden die Steuersätze 2016 angepasst. Die untersten drei Stufen betragen derzeit 25/35/42%. Insgesamt gibt es sechs Progressionsstufen. Damit vor allem kleinere und mittlere Einkommen entlastet werden, sollen die Steuersätze der ersten Progressionsstufen der Lohn- und Einkommensteuer auf 20/30/40% abgesenkt werden.

Steuerlast für Unternehmen reduzieren.

67.

Die Steuerlast für Unternehmen in Österreich ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Es sind die Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Wohlstand in Österreich sichern. Es müssen daher attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen in Österreich geboten werden, damit die derzeitigen Arbeitsplätze abgesichert und neue geschaffen werden. Deswegen müssen wir die Steuerlast für Unternehmen reduzieren, um weiterhin als attraktiver Standort für Investitionen im internationalen Vergleich mithalten zu können.

Mitarbeiterbeteiligung am Gewinn bis 3.000 Euro steuerfrei und Überstunden steuerlich entlasten.

68.

Derzeit besteht bei Beteiligungen von Mitarbeitern am Unternehmensgewinn keine abgabenrechtliche Begünstigung. Damit es attraktiver wird, Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen und die Interessen von Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern noch besser in Einklang zu bringen, soll eine Begünstigung für Mitarbeitererfolgsbeteiligungen in Höhe von maximal 10% des Gewinns und jährlich bis zu 3.000 Euro pro Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer eingeführt werden. Außerdem lohnt sich die Bereitschaft für Mehrleistung momentan wenig, da die Grenzbelastung (Steuern und SV-Abgaben) bei jeder zusätzlichen Arbeitsstunde ab der 11. Überstunde sehr hoch ist, da nur die ersten 10 Überstunden steuerlich bessergestellt sind. Um jene, die mehr leisten, nicht auch noch finanziell zu bestrafen, wollen wir die Anzahl der begünstigten Stunden ausweiten.

Abschaffung der kalten Progression.

69.

Die kalte Progression ist die schleichende Steuererhöhung durch die starren Grenzsätze des progressiven Lohnsteuertarifs. Mit jeder Lohnerhöhung zahlt man nicht den durchschnittlichen Steuersatz mehr, sondern den Grenzsteuersatz. Damit diese zusätzliche jährliche Steuerbelastung abgeschafft wird, setzt sich die neue Volkspartei für eine regelmäßige Anpassung der Grenzwerte für die Progressionsstufen und ein Ende der kalten Progression ein.

Ökologisierung des Pendlerpauschales.

70.

Das Pendlerpauschale ist ein wichtiger Faktor für die Stärkung des ländlichen Raums. Bisher sind aber ökologische Aspekte komplett unberücksichtigt. Jemand, der täglich mit der Bahn oder mit einem elektrisch betriebenen Fahrzeug in die Arbeit pendelt, bekommt dasselbe Pauschale wie jemand, der mit einem großen SUV fährt. Hier müssen zusätzlich neue ökologische Aspekte berücksichtigt werden und positive Anreize für klimafreundliche Transportmittel gesetzt werden.

Mehr Unterstützung für Frauen und Familien.

Mehr Flexibilität bei Kinderbetreuungseinrichtungen.

71.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heutzutage immer noch teilweise schwierig zu organisieren, vor allem dort, wo die Kinderbetreuungseinrichtungen nur eingeschränkte Öffnungszeiten haben. Wir wollen beim Abschluss der nächsten 15a-Vereinbarungen über die Bereitstellung von Bundesmitteln für die Kinderbetreuung der unter 6-Jährigen und für die Nachmittagsbetreuung mehr Geld zur Verfügung stellen – mit einem Fokus auf jene Gebiete in Österreich, wo es noch Aufholbedarf bei der Flexibilität der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen gibt. Außerdem stellt die Kinderbetreuung während der Schulferien berufstätige Eltern vor eine Herausforderung. Das ist während der Sommerferien so, aber auch bei den anderen Ferien während des Jahres. Besonders schwierig ist es, wenn die Ferienregelungen von Schule zu Schule unterschiedlich sind. Die neu eingeführten, österreichweit einheitlichen Herbstferien sind deswegen eine große Erleichterung für Eltern, vor allem wenn die Kinder in unterschiedliche Schulen gehen. Mit der neuen Regelung soll aber auch einhergehen, dass qualitative Angebote für die Kinderbetreuung geschaffen werden, damit die Eltern, die sich während dieser Zeit nicht freinehmen können, ihre Kinder gut betreut wissen. Auch der Ausbau und die Qualität von Kinderbetreuung während anderer Ferienzeiten soll weiter forciert werden.

Automatisches Pensionssplitting bei gemeinsamen Kindern bis zum 10. Lebensjahr.

72.

Für jenen Elternteil, der sich nach der Geburt eines Kindes hauptsächlich der Betreuung widmet, ist es nur fair, wenn diese Zeit entsprechend für die Pension angerechnet wird. Die Möglichkeit, nach der Geburt eines Kindes die Pensionsversicherungsbeiträge aufzuteilen, gibt es bereits seit 2005, doch sie wird kaum genutzt. Daher wollen wir, dass ein automatisches Pensionssplitting mit einer Opt-out-Möglichkeit eingeführt wird. Bei der Geburt eines Kindes wäre die Aufteilung der Pensionsversicherungsbeiträge somit der Regelfall; eine Opt-out-Möglichkeit sichert die Wahlfreiheit. Die Pensionsversicherungsbeiträge können derzeit freiwillig bis zum 7. Lebensjahr des Kindes geteilt werden. Wir wollen eine Ausdehnung dieser Möglichkeit bis zum 10. Lebensjahr, um die Gehaltseinbußen durch Teilzeitarbeit besser auszugleichen. Zudem soll das Pensionssplitting auch dann ermöglicht werden, wenn Angehörige gepflegt werden. Diese Maßnahme wird einen nachhaltigen positiven Effekt im Kampf gegen die Altersarmut von Frauen haben.

Mehr Plätze in Schutzeinrichtungen für Frauen.

73.

Mit dem Gewaltschutzpaket wurden gesetzliche Maßnahmen getroffen, um Gewaltopfer noch besser vor möglichen Tätern zu schützen. Wichtig ist auch, das Angebot an Plätzen der Unterstützungseinrichtungen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, zu erweitern. Das reicht von einem Ausbau der Beratungsstellen über eine Bereitstellung von mehr Übergangswohnungen bis hin zu einer höheren Anzahl an Plätzen in Frauenhäusern. In der nächsten Legislaturperiode sollen dafür die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

40% Frauenquote in Aufsichtsräten von Unternehmen der öffentlichen Hand.

74.

Die öffentliche Hand hat eine wichtige Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft. Über die Jahre hat sich ein differenziertes System an Zentralstellen, ausgelagerten Dienststellen und Unternehmen im Eigentum der öffentlichen Hand entwickelt. Es ist üblich, dass die Eigentümerinteressen in Unternehmen der öffentlichen Hand durch Aufsichtsräte ausgeübt werden, die von den Ministerien besetzt werden. Um hier Frauen auch die entsprechenden Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, soll sich die nächste Bundesregierung als Ziel setzen, den Frauenanteil in jedem Aufsichtsrat auf mindestens 40% bis zum Ende der Legislaturperiode zu erhöhen.

Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes zum Eltern-Kind-Pass.

75.

Der Mutter-Kind-Pass stellt eine wichtige Begleitmaßnahme mit Beginn einer Schwangerschaft dar, indem er die gesundheitliche Vorsorge von Schwangeren und Kleinkindern unterstützt. Im Sinne einer umfassenderen Erfassung der individuellen Entwicklung des Kindes muss das Leistungsspektrum des Passes bis zum 18. Lebensjahr in Form eines Eltern-Kind-Passes [Entwicklungspass] erweitert werden. Der neue Pass soll auch um die Komponenten Bildung und Integration erweitert werden, um so ein möglichst umfassendes Bild über den jungen Menschen zu bekommen und ihm die bestmöglichen Chancen für sein Leben zu bieten. Auch im Gesundheitsbereich ändern sich die Einflüsse von außen und der Stand der Wissenschaft stetig. Deswegen sind heutzutage andere Untersuchungen notwendig, als dies bei Einführung des Mutter-Kind-Passes der Fall war. Die Untersuchungen müssen daher erweitert werden, insbesondere müssen gesonderte Beratungen in Bezug auf den Lebensstil (z.B. Ernährung, Bewegung etc.) stattfinden. Außerdem muss auch explizit auf Prävention und den speziellen Bereich der Impfaufklärung ein Fokus gelegt werden. Nachdem dem Mutter-Kind-Pass für die gesundheitliche Vorsorge von Schwangeren und Kindern in den ersten Lebensjahren besondere Bedeutung zukommt, oftmals aber durch Bürokratie unnötig Zeit verloren geht, soll der Mutter-Kind-Pass in ELGA integriert werden. So wird Bürokratie vermieden und ein gesamthafter Überblick über alle Leistungen im Zusammenspiel mit Untersuchungen außerhalb des Passes kann entstehen.

Unser Weg für Österreich. Bildung und Zukunft für alle.

Bildung ist eines der wichtigsten Themen für unsere Gesellschaft. Bildung schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle Menschen in Österreich ihre Talente entfalten, einen Beitrag leisten und ein selbstbestimmtes Leben führen können. Das österreichische Bildungssystem hat aber auch seine Herausforderungen, besonders im Bereich der Schulbildung. So zeigen internationale und österreichische Studien wiederholt auf, dass vielen Schülerinnen und Schülern mittlerweile wichtige Grundkompetenzen fehlen. Diese und ähnliche Entwicklungen können wir nicht akzeptieren, da sie sowohl zum Nachteil der Betroffenen als auch zum Nachteil der Allgemeinheit sind. In einer sich schnell entwickelnden Arbeitswelt, in der Flexibilität und lebenslanges Lernen immer mehr gefragt sind, müssen wir sicherstellen, dass jeder junge Mensch die nötigen Grundkompetenzen mitbringt, um einen Beitrag zu leisten und ein eigenständiges Leben zu führen.

Denn wir leben in Zeiten des Umbruchs – der technologische Fortschritt wird immer rasanter und der wirtschaftliche Wettbewerb wird immer globaler. Diese Entwicklungen bergen große Chancen sowie auch ernsthafte Herausforderungen. Um als Österreich hier effektiv mitgestalten zu können, müssen wir wieder zu den internationalen Innovationsvorreitern aufschließen. Wir müssen in Wissenschaft, Forschung und Digitalisierung auf unsere bestehenden Stärken bauen und sicherstellen, dass Innovationen auch künftig aus Österreich stammen. Das sichert Arbeitsplätze, Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe.

Beste Bildung für alle.

Digitalisierung des Unterrichts vorantreiben.

76.

Österreichs Schulen haben in Sachen Digitalisierung stellenweise erheblichen Aufholbedarf. Wir wollen einen Masterplan für Digitalisierung im Bildungswesen ausarbeiten und umsetzen. Durch die Realisierung des Plans sollen neue Lehr- und Lerninhalte in den Unterricht an unseren Schulen Eingang finden.

Die erforderliche technische Ausstattung unserer Schulen soll bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode auf einen einheitlichen Stand gebracht werden und alle Schülerinnen und Schüler sollen damit die Chance haben, mit digitalen Endgeräten zu arbeiten (Tablets oder Laptops). Bei Pädagoginnen und Pädagogen sollen neue Inhalte aus dem Bereich der Digitalisierung verbindlicher Teil der Aus-, Fort- und Weiterbildung werden. Und wir wollen eine einheitliche österreichische Plattform schaffen, auf der digitale Inhalte für alle Österreicherinnen und Österreicher zugänglich werden.

5.000 neue IT-Ausbildungsplätze schaffen.

77.

Der Bedarf an Fachkräften aus den Bereichen MINT und IT wird weiterhin steigen. Im Bereich der berufsbildenden höheren Schulen, der Kollegs, der Fachhochschulen und darüber hinaus wollen wir einen Schwerpunkt in diesen Fächern setzen und zusätzliche Ausbildungsplätze flächendeckend in ganz Österreich schaffen. Nur durch gut ausgebildete Fachkräfte sind wir attraktiv für die Unternehmen, die die Jobs der Zukunft schaffen.

Bildungspflicht einführen.

78.

Keine Schülerin und kein Schüler soll das Schulsystem ohne ausreichende Grundkenntnisse verlassen. Wir wollen daher eine Bildungspflicht einführen: Die Pflichtschule kann also erst abgeschlossen werden, wenn die Mindeststandards erreicht sind – sollte das am Ende der regulären Schulpflicht noch nicht der Fall sein, soll es weitere verpflichtende Fördermaßnahmen geben, die ausreichende Grundkenntnisse in den Hauptfächern sicherstellen. Damit sichern wir allen Jugendlichen die entsprechenden Chancen am Arbeitsmarkt und bereiten sie auf eine Zukunft vor, in der sie aus eigener Kraft ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Duales Bildungssystem stärken, mehr Durchlässigkeit für Lehrlinge.

79.

Die Lehre ist ein wichtiges Element im österreichischen Bildungssystem. Unser duales Ausbildungssystem ist mit ein Grund, warum wir über gut qualifizierte Arbeitskräfte verfügen und gerade in der Jugendarbeitslosigkeit weniger Probleme haben als andere Staaten. Viele andere Länder beneiden uns um unser duales Ausbildungssystem. Dieses System muss gestärkt und auch fit für die Zukunft gemacht werden. Es braucht die Vermittlung von digitalen Grundkompetenzen und branchenspezifischen Fertigkeiten. Außerdem soll es auch leichter möglich sein, eine Lehre nach der Matura zu machen. Die Lehre darf keine Endstation sein – die Durchlässigkeit in Richtung Hochschule und anderen Ausbildungsformen soll weiter erhöht werden.

Lehrerinnen und Lehrer als Grundpfeiler des Bildungssystems stärken.

80.

Kaum ein Berufsstand ist für unsere Gesellschaft so wichtig wie unsere Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen sicherstellen, dass die herausragenden Leistungen unserer Pädagoginnen und Pädagogen künftig verstärkt gewürdigt werden. Neben gerechter Entlohnung soll vor allem auch wieder das öffentliche Bewusstsein dafür gestärkt werden, was unsere Pädagoginnen und Pädagogen tagtäglich leisten. Unser Ziel ist es, dass Pädagogin oder Pädagoge zu werden einer der beliebtesten und vielversprechendsten Berufswege für junge Menschen ist – idealerweise für ein Berufsleben lang, aber auch für eine bestimmte Zeit am Anfang der Karriere oder zu einem späteren Zeitpunkt [z.B. als Quereinsteiger].

Unterstützungspersonal für Lehrer.

81.

Um dem Bedarf an administrativem Unterstützungspersonal im Schulbereich Rechnung zu tragen, soll es in Absprache mit den Ländern und Gemeinden sowie Institutionen des Arbeitsmarktservice (AMS) ermöglicht werden, dass geeignete Personen aus den AMS-Programmen bzw. Bundes- und Vertragsbedienstete in der Verwaltung an Schulen eingesetzt werden können. Außerdem ist es eine immer größer werdende Herausforderung, dass in unsere Schulen viele unterschiedliche gesellschaftliche Probleme hineingetragen werden. Damit sich unsere Lehrerinnen und Lehrer auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können, müssen wir soziales Unterstützungspersonal in allen Schulen in ausreichender Anzahl verfügbar machen. In Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden soll hierfür ein qualifizierter Personalpool aufgebaut werden. Das Personal soll die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer unterstützen sowie Schülerinnen und Schülern helfen, die in einer sozial bzw. psychisch schwierigen Situation sind.

Schnittstellen im Bildungsbereich verbessern.

82.

An den verschiedenen Schnittstellen im Bildungsbereich treten immer wieder Herausforderungen auf. So ist beispielsweise der Übergang zwischen Kindergarten und Volksschule, gerade was die Deutschkenntnisse betrifft, nicht überall auf gleichem Niveau und es braucht daher weiterhin Deutschförderklassen in den Volksschulen. Aber auch an der Schnittstelle Sekundarstufe II und tertiäre Bildung gibt es einige Herausforderungen. Durch die Veränderungen im Bereich der Universitäten, was die Zugangsbeschränkungen in einzelnen Fächern betrifft, haben sich auch die Herausforderungen an den AHS und BHS geändert. Die Vorbereitung auf das mögliche Studium, die Auswahl der Fachrichtung und die notwendigen Anforderungen, die mit der Fachrichtung verbunden sind, sollen verstärkt in der Oberstufe thematisiert und im Unterricht behandelt werden.

Konfessionellen Religionsunterricht erhalten, Ethikunterricht für alle, die nicht das Fach Religion besuchen.

83.

Gerade in einer liberalen Demokratie ist es wichtig, sich mit den Grundwerten zu beschäftigen, die Basis für diese Demokratie und das Zusammenleben sind. Vor allem wenn immer mehr Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen in einer Gesellschaft zusammenkommen, sollte kein Schüler in Österreich die Schule verlassen, ohne sich mit den wesentlichen Fragen unseres Lebens auseinandergesetzt zu haben. Deswegen sollen die Pläne rasch umgesetzt werden, dass ein Ethikunterricht für alle eingeführt wird, die keinen Religionsunterricht besuchen.

Forschung, Innovation und Digitalisierung vorantreiben.

Beste Rahmenbedingungen für Universitäten und Fachhochschulen schaffen.

84.

Wissenschaftliche Ausbildung und Arbeit an den heimischen Hochschulen sind zentrale Innovationstreiber unserer Gesellschaft. Sie tragen wesentlich zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes sowie zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit bei. Die Initiativen der vergangenen Bundesregierung haben zu einem spürbaren Entwicklungsschub an den österreichischen Universitäten geführt. Mit knapp 11 Milliarden Euro Budget für die kommenden drei Jahre erhalten unsere Universitäten fast 15% mehr als im Vergleichszeitraum zuvor, was auch die Ausschreibung von 360 neuen Professuren ermöglicht. Damit können wichtige inhaltliche, strukturelle und personelle Schwerpunkte gesetzt werden. Auch die zweite große hochschulische Säule, der Fachhochschulbereich, wurde durch Initiativen der letzten Regierung gestärkt. Ab dem Studienjahr 2020/21 wird es wieder einen Ausbau von Studienplätzen geben, der vor allem auch im MINT-Bereich zum Tragen kommen wird. Im Blick nach vorne gibt es aber noch einiges zu tun. So sind die geplanten Reformen durch die Studienplatzfinanzierung NEU umzusetzen. Es braucht eine nachhaltige Verbesserung der Studien-, Lehr- und Prüfungsbedingungen, vor allem was die Durchlässigkeit betrifft. Außerdem müssen wir bessere Rahmenbedingungen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler schaffen und so die besten Köpfe in Österreich halten.

Innovation Leader werden und Exzellenz-Initiative in der Forschung umsetzen.

85.

Aufbauend auf der hervorragenden Arbeit unserer Hochschulen sowie durch die Investitionen unserer Unternehmen hat Österreich heute eine der führenden Forschungslandschaften Europas. Trotz steigender Leistungen und Budgets sehen wir aber, dass wir uns anstrengen müssen, um mit den Besten mitzuhalten. Besonders der asiatische Raum hat in den vergangenen Jahren stark aufgeholt und setzt auf gezielte Zukunftsinvestitionen in ausgewählten Schlüsseltechnologien. Unser Ziel ist es, hier mitzuhalten und Österreich im internationalen Spitzenfeld im Bereich Innovation und Forschung zu positionieren. Um vor allem die Grundlagenforschung und angewandte Forschung in Österreich zu stärken, wollen wir vermehrt auf die kompetitive Vergabe von Forschungsmitteln setzen, um so Spitzenleistung und Exzellenz in Österreich auszubauen. Mehr Mittel sollen künftig im fairen und transparenten Wettbewerb vergeben werden und darauf ausgelegt sein, größtmöglichen Output und beste wissenschaftliche Qualität zu fördern.

Wissenstransfer von Wissenschaft zu Wirtschaft stärken.

86.

Gemeinsam mit österreichischen Hochschulen und der heimischen Wirtschaft wollen wir konkrete Maßnahmen setzen, um die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung und Unternehmertum zu stärken. Der Universitätscampus soll Ort des Lernens, des Forschens und der Unternehmensgründung werden. Steuerliche und rechtliche Anreize sollen die Gründung von Start-ups und Spin-offs fördern und die Wirtschaft soll verstärkt direkt mit Hochschulen zusammenarbeiten.

Vorreiter bei 5G in Europa werden und Breitbandausbau vorantreiben.

87.

Damit nicht mehr die Menschen pendeln müssen, sondern die Daten pendeln können, braucht es eine entsprechende digitale Infrastruktur am Land. Die Menschen unterscheiden heute immer weniger zwischen mobilem und fixem Internet – solange die Bandbreite stimmt. Es braucht daher eine möglichst hohe durchgängig garantierte Bandbreite für möglichst viele Haushalte. Das soll durch eine Kombination aus Glasfaser und andere Technologien und den raschen Ausbau von 5G-Netzen erreicht werden. Mit der raschen Bereitstellung hoher Bandbreiten kann die digitale Landflucht verhindert werden.

Digitalisierung in der Verwaltung vorantreiben.

88.

Wir als neue Volkspartei möchten unseren Weg weiter fortsetzen, Österreich zu einer der führenden Digitalnationen innerhalb der Europäischen Union zu machen. Wir wollen die digitale Zukunft aktiv gestalten und die Position Österreichs darin weiter stärken. Dabei sollen jede Österreicherin und jeder Österreicher die Vorteile der Digitalisierung in allen Lebensbereichen möglichst eigenverantwortlich, transparent und erfolgreich nutzen können. Datenschutz und vollumfängliche Kontrolle über die eigenen Daten müssen an erster Stelle stehen und insbesondere in der Digitalisierung der Verwaltung oberste Priorität haben. Die öffentliche Verwaltung soll durch die Innovationen der Digitalisierung einfacher werden – modern, effizient und bürgerorientiert – mit dem Fokus auf die Menschen und ihre Lebenssituationen.

Unser Weg für Österreich. Für eine gute Zukunft.

Österreich ist das schönste Land der Welt! Unser hoher Lebensstandard ist der Verdienst hart arbeitender Menschen, fleißiger Unternehmer, einer engagierten Zivilgesellschaft und des Zusammenhalts in unserem Land. All das macht Österreich aus. All das ist Teil unseres Lebensmodells und darauf sind wir zu Recht stolz.

Unser Wohlstand ist aber auch ein Ergebnis davon, dass wir uns in Österreich stets auf neue Herausforderungen eingestellt und Antworten auf die drängendsten Fragen unserer Zeit gefunden haben. Auch in Zukunft werden wir uns auf Veränderungen einstellen müssen. Der Klimawandel, die Globalisierung und die rasant fortschreitende Digitalisierung stellen nicht zuletzt Wohlstand und Zusammenhalt im Land auf die Probe. Es braucht daher jetzt die richtigen Maßnahmen und mutige Schritte, um Österreich in eine gute Zukunft zu führen.

Unsere größten Errungenschaften bringen uns wenig, wenn wir gleichzeitig unseren Planeten und unsere Umwelt zerstören. Wir müssen daher sicherstellen, dass unsere Lebensweise nachhaltig ist und unserem Klima und unserer Umwelt keinen unumkehrbaren Schaden zufügt. Grundlage für unser Handeln sind die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens sowie die Ziele der Europäischen Union zur Verringerung der Treibhausgasemissionen. Zu diesen Verpflichtungen bekennen wir uns klar und ohne Abstriche. Wir wollen dabei mit gutem Beispiel vorangehen und beweisen, dass Nachhaltigkeit, soziale Verträglichkeit und Wirtschaft einander nicht widersprechen – ganz im Sinne unserer langen Tradition der ökosozialen Marktwirtschaft.

Der Zusammenhalt im Land ist maßgeblich durch unsere gemeinsame kulturelle Identität und unser österreichisches Lebensmodell geprägt. Eine wesentliche Grundlage dieser kulturellen Identität ist ein starker ländlicher Raum, in dem die Menschen gleichwertige Chancen vorfinden wie in der Stadt und dessen gesellschaftliches Leben maßgeblich von den unzähligen im Ehrenamt tätigen Menschen und Vereinen geprägt ist. Dieses Ehrenamts- und Vereinswesen wollen wir genauso stärken wie unsere Kunst- und Kulturszene – vom Brauchtum bis zur zeitgenössischen Kunst –, den Sport – vom Spitzensport bis zum Breitensport – sowie die heimische Medienlandschaft. Sie alle sind unverzichtbares Rückgrat unserer kulturellen Identität; sie alle sind Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Für den Zusammenhalt im Land ist schließlich maßgeblich, dass möglichst viele Menschen auch in Zukunft einen Arbeitsplatz haben, von dem sie gut leben können. Zwar haben sich die Arbeitslosenzahlen in der Zeit der letzten Regierung klar positiv entwickelt. Doch stehen wir nicht zuletzt durch die drohende Rezession bei unserem wichtigsten Wirtschaftspartner Deutschland vor großen Herausforderungen. Wir müssen daher unsere Unternehmerinnen und Unternehmer in die Lage versetzen, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten heimische Arbeitsplätze zu sichern. So ist neben der hohen Steuerlast auf Arbeit weiterhin die Bürokratie ein großes Hemmnis bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Zudem bedroht in vielen Branchen der Mangel an gut qualifizierten Fachkräften eine positive Entwicklung. Insgesamt muss sich der Standort Österreich im globalen Wettbewerb geschickt positionieren und verstärkt auf Innovation setzen, um in bewährten Industrien weiter Weltspitze zu bleiben und in zukunftsorientierten Industrien Weltspitze zu werden – nur so können wir Wachstum und damit Wohlstand und Zusammenhalt in Österreich nachhaltig sichern und ausbauen.

Arbeitsplätze für die Zukunft und wettbewerbsfähiger Standort.

Arbeitsplätze der Zukunft schaffen und die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

89.

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ist eine wichtige Voraussetzung für soziale Mobilität und Armutsbekämpfung. Dabei wollen wir gezielt Rahmenbedingungen schaffen, damit österreichische Unternehmen auch in Österreich investieren und internationale Unternehmen, die bereits in Österreich Niederlassungen haben, diese ausbauen bzw. andere in Betracht ziehen, eine Niederlassung zu gründen. So werden Arbeitsplätze geschaffen, mehr Steuereinnahmen für den Staat lukriert und unser Sozialsystem weiter abgesichert. Dabei soll es vor allem um die Jobs der Zukunft gehen, mit denen wir auch langfristig international wettbewerbsfähig sind. Die bestehenden Initiativen, um Arbeitsplätze aus dem Ausland nach Österreich zu holen, sollen daher in Zukunft noch besser gebündelt und vernetzt werden, um ausländische Unternehmen dabei zu unterstützen, wenn sie in Österreich investieren wollen und hier Jobs schaffen. Auch die Veranstaltungsreihe „Invest in Austria“ soll weiter fortgeführt werden. Außerdem sollen im Rahmen einer Standort-Strategie die Prioritäten für unsere heimische Wirtschaft festgelegt werden. Die besten Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort kann der Staat aber nur schaffen, wenn er selbst ordentlich wirtschaftet. Die Entwicklung der öffentlichen Schulden in den letzten Jahrzehnten zeigt die Notwendigkeit einer Schuldenbremse im Verfassungsrang. Nur eine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse kann dafür sorgen, dass Österreich in konjunkturell hervorragenden Jahren einen Überschuss schafft und mit diesem Polster dann notwendige Investitionen in schlechten Jahren finanziert.

Fachkräftemangel bekämpfen und Maßnahmen für den Tourismus setzen.

90.

Gut qualifizierte Fachkräfte sind ein Erfolgsgarant der österreichischen Wirtschaft. Laut aktuellen Schätzungen werden österreichweit jedoch mittlerweile mehr als 160.000 Fachkräfte für offene Stellen gesucht. Diesem Fachkräftemangel müssen wir entschieden entgegenwirken. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die größtmögliche Anzahl der offenen Fachkräftestellen in Österreich durch heimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu besetzen. Dafür ist es entscheidend, dass die Menschen in Österreich gut ausgebildet sind und ihre Qualifikationen den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Wenn sich keine heimischen Arbeitskräfte finden, sollen offene Stellen mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus EU-Mitgliedstaaten belegt werden. Überall dort, wo dies aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich ist, soll der Bedarf durch den Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten gedeckt werden können. Das wäre nicht zuletzt für die Tourismus-Branche wichtig. Sie ist eine der stärksten Wirtschaftsbranchen in Österreich, mit einer hohen Wertschöpfung im Inland. Wir brauchen daher die richtigen Maßnahmen, um diese Branche weiter zu stärken und Österreich als Urlaubsland international noch attraktiver zu machen. Es braucht faire Wettbewerbsbedingungen zwischen international agierenden Plattformkonzernen und unseren heimischen Touristikern. Wir setzen uns daher einerseits dafür ein, dass es die gleichen Regelungen online wie offline gibt. Andererseits muss auch die beschlossene Registrierungspflicht für Vermieter auf Plattformen umgesetzt werden, um für einen fairen Wettbewerb zu sorgen. Außerdem müssen weiter bürokratische Hürden abgebaut werden.

Unternehmertum stärken (vereinfachte Gründung, Abgaben und Bürokratie für KMU reduzieren).

91.

Wenn sich Menschen in Österreich dafür entscheiden, unternehmerisch tätig zu sein, müssen wir es ihnen so einfach wie möglich machen. Neben den nötigen bürokratischen Erleichterungen für KMUs und Start-ups braucht es vor allem weitere Verbesserungen bei der Unternehmensgründung. Hier wurden erste Erfolge erzielt, wie etwa dass Notariatswege bei der GmbH-Gründung mittlerweile online erledigt werden können. Das kann aber erst der Anfang gewesen sein. Die Unternehmensgründung soll künftig im Einklang mit internationalen Standards noch rascher und unbürokratischer abgewickelt werden können. Auch muss die Beteiligung von Mitarbeitern und Investoren einfacher möglich sein. Besonders in der frühen Phase eines Unternehmens sollen bestimmte Erleichterungen bei Steuern und Abgaben, etwa für die ersten Mitarbeiter in den ersten Jahren, in Betracht gezogen werden.

Klimaschutz ernst nehmen.

Klimaschutz als Staatsziel & CO₂-Neutralität in Österreich bis 2045.

92.

Um die politische und gesellschaftliche Bedeutung des Klimaschutzes gesetzlich entsprechend hervorzuheben, soll das bestehende Staatsziel Umweltschutz in der Bundesverfassung um ein deutliches Bekenntnis zum Klimaschutz ergänzt werden. Außerdem wollen wir, dass Österreich bis 2045 gänzlich CO₂-neutral wird – dass wir entweder kein CO₂ mehr ausstoßen oder alle Emissionen kompensieren. Im Gegensatz zu anderen Industrienationen wollen wir dieses Ziel aber ohne den Einsatz von Nuklearenergie erreichen.

Österreich zum Wasserstoffland Nummer 1 weltweit machen und 30.000 neue Jobs bis 2030 schaffen.

93.

Neben bekannten Technologien wie E-Mobilität, Solarenergie und Wasserkraft ist vor allem Wasserstoff als Energieträger eine der vielversprechendsten Zukunftstechnologien. Österreich hat hier eine Chance, internationaler Vorreiter zu werden: Wir können mit gutem Vorbild vorangehen und gleichzeitig unsere Positionierung als Innovationsstandort stärken, was langfristig Arbeitsplätze schafft und sichert. Dabei müssen wir vor allem die Gewinnung von Wasserstoff nachhaltig machen – nicht aus fossilen Quellen, sondern aus erneuerbaren. Auch die Nutzung muss effizienter werden und somit auch günstiger. Um hier nun die weiteren nötigen Fortschritte zu erzielen, muss Wasserstoff entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Grundlagenforschung bis zur industriellen Anwendung – zur Priorität gemacht werden. Hier braucht es eine großangelegte Zusammenarbeit aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Deswegen wollen wir diese Technologie zur Priorität machen. Wir wollen 500 Millionen Euro in Forschung und Entwicklung investieren und erwarten, dass bis 2030 30.000 Jobs durch die Wasserstoff-Industrie in Österreich geschaffen werden.

Verbot des Entsorgens von frischen Nahrungsmitteln in Supermärkten.

94.

Frische Nahrungsmittel, die im Regal bleiben, sollen nicht weggeworfen, sondern gemeinnützigen Vereinen und Bedürftigen zur Verfügung gestellt werden. Hier hat der österreichische Handel bereits Initiativen gesetzt, die aber weiter ausgebaut werden müssen. Auch soll das Bewusstsein dafür in der Gastronomie und in Privathaushalten gestärkt werden.

Das gesellschaftliche Leben in ganz Österreich stärken.

Ländlichen Raum und die heimische Landwirtschaft stärken.

95.

Uns ist es ein Anliegen, in allen Teilen des Landes – egal ob in Ballungszentren oder am Land – gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen. Dabei muss es uns gelingen, junge Menschen durch aussichtsreiche Angebote und Perspektiven in Zusammenarbeit mit Bundesländern und Gemeinden auch in den ländlichen Regionen zu halten oder eine Rückkehr in die Heimat attraktiv zu machen. Gleichzeitig müssen bestehende und neue Unternehmen am Land weiterhin wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen vorfinden, um Arbeitsplätze vor Ort zu sichern und ausbauen zu können. Dafür soll es etwa besondere Unterstützung für Betriebsansiedlungen im ländlichen Raum geben. Und auch die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen und Verwaltungstätigkeiten, soweit das möglich ist, in den ländlichen Raum verlagern. Zudem muss es uns gelingen, dass ein Leben am Land nicht eine finanzielle Frage, sondern eine freie Entscheidung der jeweiligen Personen ist. Deswegen darf es zu keinen zusätzlichen finanziellen Belastungen für Menschen in ländlichen Regionen kommen, wie das beispielsweise durch eine CO₂-Steuer der Fall wäre. Im Gegenteil müssen positive Anreize gesetzt werden, wie etwa eine Ökologisierung des Pendlerpauschales oder den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Die zentrale Stütze des ländlichen Raums sind und bleiben unsere kleinstrukturierten bäuerlichen Familienbetriebe. Sie sind das Rückgrat unserer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft, die gemeinsam die Ernährungs- und Versorgungssicherheit in Österreich sicherstellen. Und das soll auch so bleiben. Damit die Landwirte auch morgen noch das Herz des ländlichen Raumes sind, müssen wir ihnen heute bereits dafür die Möglichkeiten schaffen: Wir wollen daher die Anerkennung ihrer Leistung sicherstellen und durch gezielten Bürokratieabbau auch für sie und die nächsten Generationen an Landwirten die Arbeit so weit wie möglich erleichtern. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit ihrer qualitativen Produkte gegenüber Billigimporten aus dem Ausland durch eine transparente Herkunftskennzeichnung und Stärkung der bestehenden Gütesiegel sowie leichtere Direktvermarktung erhöhen und ihnen neue Chancen eröffnen, die ihnen die Möglichkeiten der Digitalisierung und des nachhaltigen Umbaus der Gesellschaft bieten. Außerdem sollen in öffentlichen Einrichtungen so weit als möglich regionale Produkte zum Einsatz kommen.

Stärkung des Ehrenamts und der Vereine.

96.

Ehrenamt und Vereine sind das Rückgrat unserer Gesellschaft, vor allem im ländlichen Raum. Das beginnt bei der Arbeit bei der freiwilligen Feuerwehr oder beim Roten Kreuz, geht über die Aufrechterhaltung des lokalen Brauchtums und bis hin zur Organisation des gesellschaftlichen Lebens durch Sportveranstaltungen, Feste und andere Veranstaltungen, die das

Leben der Menschen bereichern. Wir müssen diese Aktivitäten stärken: Ehrenamtliches Engagement soll besser anerkannt werden und auch im beruflichen Bereich besser nachweisbar werden. Wir müssen bei Vorschriften und Regelungen klar zwischen Unternehmen, Vereinen und privaten Initiativen unterscheiden, damit wir durch staatliche Regulierungen nicht das zivilgesellschaftliche Leben einschränken.

Kunst- und Kulturbereich stärken und regionale Diversität forcieren.

97.

Kunst und Kultur sind die wesentliche Basis unserer österreichischen Identität – vom Brauchtum bis zur zeitgenössischen Kunst. Hier sind wir Weltspitze und das wollen wir auch in Zukunft bleiben. Natürlich sind dabei unsere bestehenden Kultureinrichtungen von großer Bedeutung. Wir werden auch alles daran setzen, unser kulturelles Erbe zu schützen und zu erhalten. Mit

der gesetzlichen Verankerung unseres Verständnisses, dass das reiche kulturelle Erbe Österreichs das Fundament ist, auf welchem unsere Kunst- und Kulturlandschaft aufbaut, setzen wir ein klares Zeichen. Wir stehen für ein starkes Bekenntnis zur Kulturnation Österreich und gleichzeitig für die Verbesserung aktuell bestehender Herausforderungen im Bereich der Zuständigkeiten. Um den Kunst- und Kulturbereich zu stärken, müssen wir vor allem auch die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur in Österreich verbessern. Dabei wollen wir einen Schwerpunkt auf die regionale Diversität in der Kulturlandschaft in Österreich legen und neben der öffentlichen Förderung auch privates Engagement stärken. Volks- und Hochkultur sind für uns kein Widerspruch, denn Kultur kennt keine Schubladen. Auch die musisch-kreative Ausbildung unserer Kinder muss weiter forciert werden: für Kunstschaaffende und ein Publikum von morgen – und kreative Menschen in einer digitalisierten Welt. Mit der Stärkung interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen Kultur- und Techszene sowie Start-ups wollen wir Österreich als internationalen Treffpunkt im Bereich Culture Tech etablieren und mit einer zukunftsgerichteten Weiterentwicklung als Kunst- und Kulturnation auch künftig Geschichte schreiben.

Breit abgestimmte Sportstrategie entwickeln zur Förderung von Spitzen- und Breitensport.

98.

Die Sportpolitik muss ein verlässlicher und konstruktiver Partner für die österreichischen Sportverbände und -vereine sein. Daher soll die Abstimmung einer neuen Sport-Strategie Austria mit den Sportverbänden, den Ländern und Gemeinden erfolgen mit dem Ziel einer Professionalisierung der Organisationen im Sport auf der Grundlage des erfolgreichen Systems der Ehrenamtlichkeit.

Durch forcierte Zusammenarbeit der Institutionen im Sport und klare Schwerpunktsetzungen in der Sportförderung auf österreichische Stärken werden die strategischen Zielsetzungen verfolgt. Dabei setzt die Sportpolitik in der Weiterentwicklung auf die Kraft der Autonomie der Sportorganisationen. Wir setzen uns sowohl für die Förderung im Spitzensport als auch für eine Stärkung des Breitensports ein. Beide Elemente sollen im Rahmen der Sport-Strategie entsprechend berücksichtigt werden.

Wettbewerbsfähiger Medienstandort Österreich.

99.

Wir wollen Österreich als wettbewerbsfähigen Medienstandort erhalten – mit einer starken pluralistischen und vielfältigen Medienlandschaft. Gerade durch die steigende Relevanz der sozialen Medien werden Qualitätsmedien noch wichtiger und insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk bekommt zusätzliche Bedeutung und Verantwortung. Der öffentlich-rechtliche Auftrag ist daher weiterzuentwickeln – um den aktuellen Erfordernissen, insbesondere der zunehmenden Digitalisierung, zu entsprechen. Unser Ziel und Anspruch ist es auch in Zukunft, österreichische Identität und österreichische Inhalte sicherzustellen, insbesondere im digitalen Raum. Wir sehen uns mit einem zehn Mal so großen gleichsprachigen Nachbarn konfrontiert – vor allem aber mit multinationalen Online- Giganten wie Facebook und Google, die die tatsächlichen Konkurrenten für unseren heimischen Medienstandort sind. Der ORF muss sich daher vom Konkurrenten zum Partner der Privaten entwickeln. Es braucht ein neues Bewusstsein der Kooperation und des Miteinander, statt der Klein-Klein-Diskussion innerhalb des österreichischen Marktes. Durch die Bündelung der Kräfte auf einer gemeinsamen Plattform sollen österreichische Inhalte von nationaler und regionaler Relevanz im digitalen Raum gestärkt und wettbewerbsfähig gemacht werden. Am unternehmerischen Erfolg dieses Ö-Players sollen alle beteiligten Unternehmen teilhaben. Dafür sind auch Hemmnisse für Allianzen und Kooperationen auf nationaler Ebene auszuräumen, denn für den Online-Markt ist längst nicht mehr der Wettbewerb in einem bestimmten Land entscheidend. Nationale Regeln werden dabei das Problem alleine nicht lösen können, vielmehr braucht es auch auf europäischer Ebene neue Lösungsansätze. Viele der einschlägigen Richtlinien sind jahrzehntealt und stammen aus einer Zeit vor Facebook und YouTube. Wir wollen auch konkrete Anreize dafür schaffen, dass mehr Filme in Österreich produziert werden. Das stärkt unseren Medienstandort, ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor und ist auch für den Tourismus förderlich.

Informationsfreiheitsgesetz umsetzen.

100.

Transparenz im Staat ist ein wichtiges Element in der Demokratie. Wir setzen uns für die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes ein, das klar regelt, welche Informationen von welchen Behörden in welcher Form den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir wollen keinen gläsernen Menschen, sondern den gläsernen Staat.

www.dieneuevolkspartei.at